Gesundheit Experten zerlegen Lauterbachs Cannabis-Gesetz **Seite 5**

Preußische Allgemeine

Nr. 34 · 25. August 2023 | **Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt** | Einzelverkaufspreis: 3,90 €

„In diesem Land ist der Intendant ein Satiriker“

Im Gespräch mit **Henryk M. Broder** und **Reinhard Mohr**, die in ihrem neuen Buch Streifzüge durch das „irre Germanistan“ wagen **Seiten 2 und 3**

Vergessener Vertrag Der Waffenstillstand von Malmö 1848 **Seite 10**

Seelsorge Als ein Theologe aus Schweden deutsche Opfer betreute **Seite 23**

FOTO: SHUTTERSTOCK; WIKIMEDIA; PRIVAT

POLITIK

Der Vertrauensverlust erreicht bedrohliche Ausmaße

Die Erosion des Zutrauens der Deutschen in ihre politischen Parteien wird zunehmend zur Gefahr für das Zutrauen in die Demokratie insgesamt

VON WERNER J. PATZELT

Politikwissenschaftler brachten vor gut zwei Jahrzehnten den Begriff der „Postdemokratie“ in die politische Debatte. Dieser bezeichnet Staaten, in denen das äußere Gepränge von Demokratie weiterhin vorhanden ist, also von der Meinungsfreiheit über freie Wahlen bis zum wiederkehrenden Regierungswechsel. Doch die Politikerschaft schert sich nicht länger um solche Anliegen der Bevölkerung, die sie selbst nicht teilt. Vielmehr macht sie sich selbstbezüglich ans Beschweigen des Unerwünschten, ans Erziehen der Falschdenkenden, ans Ausgrenzen von Quertreibern. Inmitten demokratischer Verfahren entsteht auf diese Weise ein Obrigkeitsstaat, dessen Träger alles besser wissen wollen als das gemeine Volk, sich ihren Kritikern moralisch überlegen dünken und das Ringen mit Gegnern als „Kampf für die Demokratie“ wahrnehmen.

Recht auf abweichende Meinung

Wer Demokratie versteht als die Befugnis, nach Wahlsieg und Koalitionsbildung gemäß eigener Lust und Laune zu regieren, wird höchstens diese Beschreibung solcher Herrschaftspraxis für unfair, die Sache selbst aber für in Ordnung halten. Dennoch hat diese Art von Regierungsführung wenig mit repräsentativer Demokratie zu tun. Die lebt nämlich davon, dass Regierende und Regierte unabhängig voneinander zu ihren Urteilen gelangen können, und dass sich aus konkurrierenden Urteilen auch sehr scharfe Konflikte zwischen der Bevölkerung und ihren Politikern entwickeln können. Diese werden anschließend genau dadurch beigelegt, dass die Regierenden ihre Politik entweder überzeugender erklären oder sie gemäß anhaltend vorgebrachten Bürgerwünschen verändern.

Doch in Deutschland erleben wir seit Längerem, dass von Regierungsvorhaben abweichende Sichtweisen wie rein destruktives „Querdenken“ wahrgenommen und mit sozialer Ächtung bestraft werden, dass Dauerkritik an der politischen Klasse als demokratiefeindlich, gar als verfassungsfeindlich hingestellt wird, und dass zum Regierungsanliegen nicht der legitimierende Konflikt mit Andersdenkenden geworden ist, sondern die Stilllegung gerade jener Konflikte, die zu Politikwechseln Anlass geben könnten.

Zwar besteht der Mehrwert repräsentativer Demokratie genau darin, dass gewählte Politiker nicht einfach nachvollziehen müssen, was da seitens von Interessenvertretern oder Basisbewegungen an – oft fehlerhaften – Sichtweisen und Wünschen jeweils an sie herangetragen wird. Vielmehr haben die Politiker einer repräsentativen Demokratie, wie das der deutsche Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel einst formulierte, den empirisch vorfindbaren Volkswillen zu jenem hypothetischen Allgemeinwillen zu „veredeln“, den die Leute im Land wohl dann hätten, wenn sie sich genauso sorgsam mit zu bewältigenden Problemen befassen könnten, wie das die Amtspflicht gewählter Politiker ist.

Was aber, wenn die Politikerschaft diese Pflicht gerade nicht erfüllt? Also ins eigene Weltbild nicht passende Bevölkerungswünsche ignoriert, verpönt, sanktioniert – statt sich debattierend auf diese einzulassen und sie bei politischen Entscheidungen zu respektieren? Wenn Regierende sich beim Streit mit Andersdenkenden lieber auf den Feuerschutz politisch nahestehender Journalisten verlassen, oder auf eine Schutztruppe von – womöglich mit Staatsgeldern erst handlungsfähig gemachten – „zivilgesellschaftlichen“ Gruppen? Dann wird die Politikerschaft selbst zum Schwachpunkt einer institutionell weiterhin funktionierenden Demokratie. Und wenn das nicht nur Politikwissenschaftler merken, dann kommt es zu genau dem, was in Deutschland mit nun immer mehr Besorgnis demoskopisch festgestellt und an Wahltagen dann unübersehbar wird: Ein Großteil der Bürger hat das Vertrauen in Politiker und Parteien verloren – und beginnt sogar, an der bestehenden Demokratie selbst zu zweifeln.

Der Frust ist nicht verwunderlich

Beobachter ohne Wunschdenken muss das nicht wundern. Da wird seit Jahren an ausdrücklichen Bevölkerungswünschen vorbeiregiert, ja gegen sie regiert – und zwar nicht nur von der Ampelregierung. Von ihrer Mark wollten die Deutschen nur unter der Bedingung lassen, dass der Euro ebenso wertbeständig wäre, und das eigene Land nicht für leichtfertige Politik anderer Staaten in Haftung genommen würde. Die CDU-Regierung Angela Merkels behandelte das als ziemlich nachrangig, und die damaligen Oppositionsparteien klatschten Beifall. Menschen in Not beistehen wollen die allermeisten Deutschen weiterhin. Doch nie wollten sie unser Asyl- und Flüchtlingsrecht massenhaft ausgenutzt oder die eigene Regierung solche Fehlentwicklungen auch noch anfeuern sehen. Die CDU-Regierung Angela Merkels tat das aber, und die damaligen Oppositionsparteien klatschten Beifall. Eine Mehrheit in Deutschland wünscht inzwischen eine nicht-linke und nicht-grüne Politik, und zwar von der Sicherung einer wirtschaftlich wettbewerbsfähigen Energieversorgung bis hin zur Bewahrung der Selbstverständlichkeit bisheriger Mehrheitskultur. Doch auch nach dem Abgang Angela Merkels sehen CDU-Politiker keine Alternative dazu, regelmäßig in formellen oder informellen Regierungsbündnissen mit Sozialdemokraten, Grünen und auch Linken genau solche Politik zu machen, zu deren Abwehr mehr und mehr Leute ihr Wahlkreuz bei der AfD setzen.

Derweil lädt die Politikerschaft unserem Staat immer mehr Lasten auf, schwächt aber dessen wirtschaftliche Grundlagen. Zugleich sieht man in Spitzenämtern immer weniger gestandene Leute, sondern Karrieristen, die außer Politik nichts gelernt haben. Deren Lernprozesse im Amt sind dann eher peinlich als lobenswert. Wen wundert es da, dass viele unser Land einem Systemzusammenbruch zugehen sehen – und gar an der in Deutschland praktizierten Demokratie verzweifeln?

IN DIESER AUSGABE

Politik
Der NSU-Untersuchungsausschuss in Bayern lässt vieles im Dunkeln
Seite 4

Kultur
Augsburg erinnert an den vor 450 Jahren geborenen Stadtwerkmeister Elias Holl
Seite 9

Das Ostpreußenblatt
Das ermländische Heilsberg entwickelt sich nach und nach zum Kurort
Seite 13

Lebensstil
„Karajans Wunderkind“ Anne-Sophie Mutter feiert seinen 60. Geburtstag
Seite 21

Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite **paz.de**

4 191814 303909 34

ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Wo biologische Fakten nicht mehr zählen, sondern alles als „soziales Konstrukt“ gilt: Deutschland im Jahr 2023 *Foto: shutterstock*

„Dieses Land hat sich von der Realität verabschiedet“

Über den alltäglichen Irrsinn in deutschen Landen, das beharrliche Ausblenden unübersehbarer Realitäten und den ewigen Hang zum Mitläufertum, das heute jedoch einen viel schöner klingenden Namen hat

IM GESPRÄCH MIT
HENRYK M. BRODER UND
REINHARD MOHR

Zwei Jahre nach dem Start der Ampelregierung ist Deutschland moralisch Weltspitze, ökonomisch und politisch jedoch auf dem Weg nach unten. In ihrem neuesten Buch versuchen zwei alte publizistische Fahrensleute, den ganzen Irrsinn unserer Zeit in Worte zu fassen. Ein Gespräch über ein Land, in dem immer weniger gelingt und dessen Politiker dennoch überzeugt sind, im Alleingang die Welt retten zu können.

Herr Broder, Herr Mohr, Sie haben sich in ihrem langen Berufsleben schreibend ordentlich an Deutschland abgearbeitet. Was hat Sie dazu bewogen, in Ihrem neuen Buch wieder einmal Streifzüge durch das „irre Germanistan“ zu unternehmen?

Reinhard Mohr: Wenn man wie ich Tag für Tag stundenlang Zeitungen liest sowie Nachrichten und Talkshows schaut, dann ist der Irrsinn, der einem dort begegnet, kaum noch auszuhalten. Ich schalte dann zwar um oder aus, wenn mir alles zu viel wird, aber auf die Dauer hilft das nicht. Und da ich mein ganzes Berufsleben lang gewohnt bin, dieses Land zu beschreiben, stieg in mir der Drang, die Zustände unter der Ampelregierung, die in vielem wie schlechte Satire sind, in Worte zu fassen.

Henryk M. Broder: Bei mir ist es ähnlich. Ich habe einen Lieblingsschriftsteller, Oskar Panizza, ein bayerischer Nervenarzt, der auch mal in Haft kam, weil er ein Stück über den Vatikan geschrieben hatte, das seiner Obrigkeit nicht gefallen hat. Panizza hat mehrere tolle Aussagen hinterlassen. Einer seiner besten Sätze ist: „Der Wahnsinn, wenn er epidemisch wird, heißt Vernunft“. Phantastisch! Damit ist in einem Satz die gesamte Verfassung der Bundesrepublik zusammengefasst. In diesem Sinne leben wir in epidemisch vernünftigen Zeiten. Der Wahnsinn regiert.

Vielleicht bin ich auch etwas zu hysterisch, da kann es sein, dass ich übertreibe. Aber wissen Sie: Ich habe gelegentlich Heuschnupfen, und Leute, die Heuschnupfen haben, sehen immer nur andere Leute mit Heuschnupfen. So wie schwangere Frauen permanent auch schwangere Frauen wahrnehmen. Und da ich neben meinem Heuschnupfen noch einen Hang zum Wahnsinn habe, sehe ich um mich herum nur Wahnsinnige. Ich höre unseren Kanzler reden und denke: „Der ist ja so wie ich, nur weiter oben.“

Worin drückt sich dieser Wahnsinn aus?

Broder: Zum Beispiel in einem Scholz-Satz wie: „Ich gehe davon aus, dass die AfD bei den nächsten Wahlen nicht anders abschneiden wird als bei der letzten Wahl.“ Natürlich ist das eine Bagatelle. Aber was steckt in diesem Satz? Wozu dann überhaupt noch Wahlen, wenn das Ergebnis absehbar ist?

Auch wenn ich im Zusammenhang mit der AfD Formeln höre wie „Jetzt müssen alle demokratischen Parteien …“. Das ist der reine Euphemismus, die reine Ausschlusspolitik. Eine Partei, die in demokratischen Wahlen gewählt wurde, die nicht verboten ist und gegen die auch kein Verbotsverfahren läuft, wird pauschal als „nicht demokratisch“ abgestempelt. Dass es in dieser Partei ein paar unangenehme Undemokraten gibt, ist mir schon klar. Aber das macht doch nicht die ganze Partei zu einem Geschwür am blütenweißen Körper der unbefleckten Demokratie.

Und wenn dann irgendwo ein Landrat der AfD gewählt wird, kann man doch nicht so tun, als stünden SA und SS wieder vor der Tür. In diesen und anderen Dingen wird der deutsche Hang zur Übertreibung und zur Apokalyptisierung erkennbar. Das hat mich dazu angeregt, auf Reinhard Mohrs Vorschlag, ein Buch über den Irrsinn unserer Zeit zu schreiben, einzugehen.

Was ist das für ein Buch? Sind das Notizen aus dem Alltag? Oder Frust-E-Mails, die zu Kapiteln erweitert wurden? Der Titel „Durchs irre Germanistan“ erinnert ja durchaus an Romane von Karl May.

Broder: Das Organisationsprinzip war der reine Zufall. Wir haben unsere Texte nicht miteinander abgesprochen. Jeder von uns beiden hat, wenn Sie so wollen, selbstständig gearbeitet wie ein Sperrmüllwagen, der durch die Straßen zieht und einsammelt, was die Leute vor die Türen stellen.

Mohr: Das Buch ist eine Art Kaleidoskop vieler kleiner Momentaufnahmen, die zusammen ein Sittenbild unserer Zeit ergeben. Wenn zum Beispiel eine katholische Kita an die Eltern schreibt, die Kinder sollten keine Muttertagsgeschenke mitbringen, weil in Zeiten von Diversität und Vielfalt Mama und Papa als Vorbild nicht mehr taugen. Oder wenn eine Kaffeetasse in einem Polizeirevier ein dünnes blaues Strichlein zeigt, das irgendwo in Amerika als rechtsradikales Symbol gilt, und daraufhin die Kaffeetasse entsorgt wird und sich alle Beteiligten entschuldigen müssen. Oder wenn ein paar Damen mit ihrem Chor keinen Sombrero aufsetzen dürfen, weil das als „kulturelle Aneignung“ gilt.

> „Wenn man Tag für Tag Nachrichten und Talkshows schaut, ist der Irrsinn kaum noch auszuhalten“

Sie beide als Sperrmüllsammler der Ampelrepublik, das ist doch ein schönes Bild.

Broder: Durchaus. Aber das ist ja nicht nur einfacher Sperrmüll, es ist hoch kontaminierter ideologischer Sperrmüll. In diesem Land ist der Intendant ein Satiriker. Wer hätte sich noch vor zehn oder zwanzig Jahren ein Selbstbestimmungsgesetz vorstellen können, in dem es einer Frau oder einem Mann möglich gemacht wird, die Geburtsurkunde retrospektiv umschreiben zu lassen und dann sein Geschlecht selbst zu bestimmen?

Wenn das Gesetz durchkommt, werde ich mit Vera Tschechowa und Monika Maron zu dritt zum Standesamt gehen und unsere Geburtsurkunden umschreiben lassen auf das Alter, das wir haben möchten. Wenn schon das Geschlecht ein soziales Konstrukt ist, dann ist es das Alter umso mehr.

Mohr: Biologische Tatsachen sagen einfach nichts mehr aus.

Broder: Genau. Deshalb rechne ich inzwischen mit allem. Ich rechne auch damit, dass es schon bald eine Novellierung des Gravitätsgesetzes geben wird, dass wenn ich etwas aus der Hand fallen lasse, es nach oben fällt und nicht nach unten. Dieses Land hat sich von der Realität verabschiedet.

Debatte

Henryk M. Broder,
Reinhard Mohr
Durchs irre Germanistan. Notizen aus der Ampel-Republik
EuropaVerlag 2023,
gebunden mit Schutzumschlag, 224 Seiten
ISBN: 978-3-95890-593-1
20 Euro

Sie beide sind alte Linke. Da scheint es erstaunlich, wenn Sie den Verlust von Tugenden beklagen, die früher als „typisch deutsch“ oder als konservativ galten. So fragen Sie zum Beispiel, ob denn heute niemand mehr arbeiten will. Haben Sie sich persönlich verändert oder das Land?

Mohr: Ich glaube, die alte Linke, zu der wir gehören, war durchaus sehr fleißig. Wir haben unglaublich viel gelesen, diskutiert, natürlich auch viel Unsinn gemacht, aber immer auch gewusst, dass wir Geld verdienen müssen, weil der Mensch von irgendetwas leben muss. Spätestens mit 30 wurden wir alle Rechtsanwälte, Journalisten, Ärzte, Architekten und haben dann richtig hart gearbeitet.

Diejenigen, die heute am liebsten gar nicht mehr arbeiten wollen, sind eigentlich keine Linken, sondern eher Wohlstandsverwahrloste. Ich habe gerade gelesen, dass die unter 25-Jährigen kaum noch Überstunden machen. Viele scheinbar ideologische Themen sind also eher eine Generationenfrage.

Broder: Ich glaube, wir haben uns auseinanderentwickelt, die Gesellschaft und wir. Ich habe eine Woche nach meinem Abitur angefangen zu arbeiten und seitdem noch nie im Leben Urlaub gemacht. Das ist nichts, was ich anderen empfehlen würde, aber es ist auch nichts, worüber ich mich beklage. Ich arbeite einfach gerne. So wie Gerhard Polt einmal gesagt hat: „Ich wohne gern.“

Arbeit ist eine sozialistische Tugend. Die Klientel des Sozialismus waren ja die Arbeiter. Arbeit war der Weg zu bescheidenem Wohlstand und zur Selbständigkeit. Marx hat einmal den klugen Satz gesagt: „Reichtum ist geronnene Arbeit.“ Und ich kann mich noch daran erinnern, als sich die ersten von uns nach dem Abitur einen alten Opel Kadett kauften, was das für ein Erfolgserlebnis war. Man stand dann auf eigenen Füßen.

Heute glauben zu viele, dass man auch ohne Arbeit gut leben kann. Wenn Sie diejenigen nehmen, die beim Staat beschäftigt sind, und diejenigen hinzufügen, die von Sozialleistungen leben, sind diejenigen, die auf dem freien Arbeitsmarkt beschäftigt sind, längst in der Minderheit. Gesellschaften, die Arbeit als Tugend aufgeben, denen ist keine Zukunft beschieden.

Sie schreiben, Sie wollen keine schlechte Stimmung verbreiten. Wie kommen Sie darauf, dass man beim Lesen Ihres Buches schlechte Stimmung bekommen könnte, wo doch die Bundesregierung davon überzeugt ist, dass alles wunderbar läuft?

Mohr: Satire ist nicht jedermanns Sache. Deswegen muss man hin und wieder klarmachen, dass nicht jeder Gedanke bluternst zu nehmen ist. Auch ich bekomme gelegentlich schlechte Laune, wenn zum Beispiel die „Abendschau“ des rbb tagelang über die Schwimmbadkrawalle in Berlin berichtet und dabei kein einziges Mal erwähnt, welche Gruppe dafür verantwortlich ist. Doch da ich weiß, dass das Beenden des Tages mit schlechter Laune schlecht für den Schlaf ist, drehe ich den Spieß einfach um und versuche, das Ganze ironisch zu sehen. Wenn man sich zum Beispiel schreibend über die Klima-Kleber amüsieren kann, die sich irgendwo auf der Straße festkleben und hinterher mit einem Stück Asphalt an der Hand zum Arzt gehen müssen, lässt sich alles viel leichter ertragen.

Broder: Für mich ist das alles Realsatire, was hier stattfindet. Mein großes Idol war und ist Hans-Dieter Hüsch. Ich habe ihn mal gefragt, wie er das eigentlich macht, immer so wunderbare Alltagsthemen zu haben. Und Hüsch sagte: „Ganz einfach: Hingehen. Hinhören. Nachhause gehen. Aufschreiben. Vortragen.“ Und genau das machen wir auch.

Ein Beispiel: Vor Kurzem habe ich im „Handelsblatt“ gelesen, dass die Bundesrepublik „vermutlich“ – das heißt: mit Gewissheit – das Ziel von 15 Millionen Elektroautos im Jahre 2030 nicht erreichen wird. Weil dafür jetzt schon 90 Prozent aller neu zugelassenen Autos „Elektro“ sein müssten. Und dann höre ich zur selben Zeit im Fernsehen Erfolgsmeldungen, wie enorm die Zulassungszahlen steigen: Vor drei Jahren waren es zwei Prozent aller Autos, jetzt sind es 18. Das heißt, obwohl offensichtlich ist, dass Deutschland das erklärte Ziel nicht erreichen wird, werden wir frech mit Statistiken belogen.

Hat jemand „Nine Eleven“ vorhergesehen? Nein! Den Krieg in der Ukraine? Nein! Die Wirtschaftskrise 2008 auch nicht. Die wichtigsten Sachen hat kein Mensch vorhergesehen. Aber die Bundesregierung und die EU planen, dass Europa 2045 „klimaneutral“ ist.

Mohr: Die Unseriösität politischen Handelns zeigt sich oft schon in den Projektnamen: das „Gute-Kita-Gesetz“ oder das „Klimaschutzgesetz“ oder auch das „Starke-Familien-Gesetz“. Den Verantwortlichen ist offenbar selbst bewusst, dass sie inhaltlich nichts zu bieten haben. Sonst würden sie ihre Vorhaben nicht mit solchen Phrasen behängen.

Kommen wir zu den therapeutischen Ansätzen. In einem Ihrer Texte, Herr Mohr, heißt es: „Jetzt ist der erste Kaiserstuhl, der Spätburgunder fällig.“ Nun können die Deutschen nicht immer Kaiserstuhl-Spätburgunder trinken. Was schlagen Sie Ihren Lesern vor, wenn diese nicht nur in Ihrem Buch, wo alles satirisch verarbeitet wird, sondern draußen im realen Leben wieder einmal einem Alltagswahnsinn begegnen?

Mohr: Zum Beispiel – gern auch zwei-, dreimal am Tag – zu EDEKA oder einem anderen Laden zu gehen und mit ganz normalen Leuten zu sprechen. Da ist sofort eine therapeutische Wirkung erkennbar. Auch wenn wir selbst Medienleute sind, kann ich nur empfehlen: Weg von Laptop, Smartphone, Fernseher oder Radio! Selbst den „Deutschlandfunk“ lasse ich immer häufiger aus, weil ich etliche Kommentare nicht mehr ertragen kann.

Wo Sie beide doch ziemlich ernst werden, ist die Kritik am deutschen Spießertum, weil sich dort das den Deutschen oft nachgesagte Verhaltensmuster des Mitläufertums ausdrückt.

Mohr: Richtig. Ich bringe dazu unter anderem das Beispiel eines Radiomoderatoren, der völlig sinnfrei gendert. Ein typischer linker Spießer unserer Zeit. Wobei diese Leute ja eigentlich keine Linken sind, sondern Mitläufer …

Broder: … oder genderkorrekt: Mitlaufende.

Mohr: Exakt! Mir fällt dann immer Diederich Heßling aus Heinrich Manns „Untertan“ ein. Solche Mitläufer hätten auch den Buckel vor dem Kaiser gemacht oder beim Führer laut „Heil Hitler“ geschriehen.

Broder: Wobei die Techniken heute schon weiterentwickelt werden. Mitläufertum heißt nicht mehr „Mitläufertum“, sondern „Zusammenhalt“. Was soll das heißen? Kann ich nicht selbst entscheiden, mit wem ich zusammenhalte? Diese Form von sprachlicher Maßregelung gibt es inzwischen überall. Die Idee, Schulden „Vermögen“ zu nennen, ist einfach genial: „Sondervermögen“. Das sind Schulden! Bei mir gehen dann die Alarmglocken an und ich höre nicht „Sondervermögen“, sondern „Sonderbehandlung“. Diese Entwirklichung von Begriffen ist einfach wunderbar.

Haben Sie so etwas wie eine deutsche Lieblingsidiotie?

Broder: Klimawende. Die Idee, dass man das Klima zu etwas überreden kann, finde ich großartig.

Mohr: Noch schöner finde ich das Wort „Wärmewende“. Irre dabei ist, dass auch Kriminelle umgehend entdeckt haben, wie lukrativ Wärmepumpen sind. Da diese in der Neuanschaffung richtig teuer sind, gibt es eine hohe Nachfrage an gebrauchten Anlagen. Und weil die Anlagen leicht abzumontieren und zu stehlen sind, bildet sich gerade ein regelrechter Markt heraus. Es solle also niemand sagen, wir würden in Sachen „Wärmewende“ nicht vorankommen.

Broder: Beim Elektroauto ist es ähnlich. Es gibt einen Elektroauto-Gebrauchtwagenmarkt, bei dem die in Deutschland hoch subventionierten Neuwagen nach Ablauf der Haltefrist für einen höheren Preis ins Ausland verkauft werden, weil dort die Preise für E-Autos ohne Subventionen irre hoch sind. Das heißt, die Gauner sind dem System immer um eine Nasenlänge voraus – immer und überall.

Die Deutschen machen sich auch hier gern etwas vor. Obwohl jeder die Schwächen der Elektroautos sieht, legen wir die Zukunft unserer ganzen Volkswirtschaft in die Hände dieser unausgereiften Technologie. Das ist bewährte deutsche Tugend: Man macht sich etwas vor und will von Fakten, die nicht zum

Ringen mit dem Irrsinn unserer Zeit: Die Publizisten Henryk M. Broder (li.) und Reinhard Mohr *Foto: pa; imago/Starfoto*

eigenen Weltbild passen, nichts wissen. Ich kann wieder nur Hüsch zitieren: „Alles, was wir machen, machen wir uns vor.“ Um Elektroautos bauen zu können, braucht man Rohstoffe aus aller Welt, unter anderem Kobalt, beziehungsweise für die Außenministerin: Kobold, das von Kindern aus dem Berg geschlagen wird. Und am Ende steht so ein Besitzer von einem Elektroauto da und sagt, er tut was für die Umwelt. Wahnsinn!

Und das finde ich so irre, dass man mit solchen Illusionen in diesem Lande „gut und gerne leben“ kann, wie es die Altkanzlerin sagen würde. Die Idee des „Dritten Reiches“, den Osten Europas zu erobern, um dort Lebensraum für das deutsche Volk zu schaffen, ist für mich die Blaupause für den Siegeszug des Elektroautos: vollkommen irrational, aber von einer tiefen Gläubigkeit geprägt.

Als Publizisten leben Sie aber auch ganz gut von der Idiotie unserer Zeit. Empfinden Sie da nicht ab und zu wenigstens ein bisschen Dankbarkeit für Frau Baerbock, Herrn Habeck und all die anderen, die Ihnen Tag für Tag so schöne Themen liefern?

Mohr: Durchaus. An Geschichten wie die von Habecks Staatssekretär Graichen, der ein Apparatschik ist, wie er im Buche steht, habe ich schon Freude gehabt.

Broder: Aber nur solange, wie Du nicht daran denkst, dass außer Graichen alle anderen noch im Amt sind …

Mohr: … richtig! Aber wenn ich ehrlich bin, denke ich oft an meinen alten Traum, Almwirt in Südtirol zu werden. Dann könnte ich den ganzen Berliner Irrsinn hinter mir lassen.

Broder: Meine Lieblingsfigur in der Politik ist übrigens die längst vergessene frühere Landwirtschaftsministerin Barbara Hendriks. Die hat mal allen Ernstes den Vorschlag gemacht, die Hälfte aller Kühe zu schlachten, um die Methangas-Produktion zu reduzieren. Ich habe sie dann angeschrieben und höflich gefragt, wie sie das den Indern klarmachen möchte. Darauf hat sie dann wirklich den Satz zurückgeschrieben: „Wir müssen mit gutem Bespiel vorangehen.“

Das ist das deutsche Credo: Nicht „Jedem das Seine!“ oder „Arbeit macht frei!“, sondern „Wir müssen mit gutem Beispiel vorangehen.“ Ich stelle mir dann vor, wie Millionen von Menschen in England, Ägypten, Australien und auf der ganzen Welt jeden Morgen aufwachen und ihr erster Gedanke ist: „Was macht Deutschland heute? Und was können wir davon übernehmen?“ Was für eine Selbstüberschätzung! Insofern haben Sie völlig recht, dass ich manchmal wirklich dankbar bin, dass dieses Milieu uns solch großartige Vorlagen für unsere Arbeit liefert. Allein kämen wir gar nicht auf die Idee, uns das alles auszudenken.

Allerdings ist meine Toleranzreserve aufgebraucht. Wenn ich etwa heute Frau Göring-Eckardt reden höre und daran denke, wie begeistert sie 2015 gerufen hat, wie viel bunter und vielfältiger unser Land doch werde, dann schüttele ich noch immer den Kopf. Und die

> „Die Idee des ‚Dritten Reiches‘, den Osten Europas zu erobern, um dort Lebensraum für das deutsche Volk zu schaffen, ist für mich die Blaupause für den Siegeszug des Elektroautos: vollkommen irrational, aber von einer tiefen Gläubigkeit geprägt“

hat jetzt wieder Oberwasser und behauptet: „Die Abschaffung der Atomkraft wird den Strompreis senken.“ Wie kann man so gegen jede Evidenz reden? Wie kann man ein Volk dazu bringen, dermaßen an der Realität vorbei zu leben?

Eine große Verantwortung dafür haben sicher die Medien. Viele Journalisten bemühen sich gar nicht mehr, Ereignisse so zu beleuchten, wie sie sind. Stattdessen blenden sie alles, was nicht in ihr Weltbild passt, konsequent aus. Das war ja nicht nur bei den Berliner Schwimmbadgeschichten so, sondern auch bei der Kölner Silvesternacht 2015, wo die unzähligen Übergriffe auf Frauen direkt vor den Fenstern des WDR erfolgten und die ARD trotzdem tagelang so tat, als wäre nichts gewesen. Haben Sie eine Erklärung dafür?

Mohr: Viele haben sicher eine panische Angst davor, als „Rassisten“, „Ausländerfeinde“ oder „Rechte“ gebrandmarkt zu werden. Niemand will sich dem Vorwurf aussetzen, Ressentiments zu schüren. Allerdings benehmen sich viele Kollegen auch aus eigenem Antrieb heraus wie Aktivisten und nicht wie Journalisten. Doch genau dadurch entsteht jener Vertrauensverlust, den nicht nur die Politik seit vielen Jahren zu verzeichnen hat, sondern auch die etablierten Medien.

Broder: Aber die Frage ist schon richtig. Wovor haben die Leute Angst? In der DDR konnte man es verstehen, aber hier und heute? Das ist unerklärlich. Letztlich müssen die Leute schon bereit sein, für ihre Freiheit selbstständig zu denken und den Mund aufzumachen.

Können Sie sich einen Zustand oder Anlass vorstellen, bei dem Sie das Schreiben einstellen würden?

Broder: Ja, wenn Dolly Parton mit mir eine lange Reise durch die USA machen würde.

Das hat dann aber nichts mit den deutschen Zuständen zu tun.

Broder: Klar, aber es wäre eine Horizonterweiterung.

Mohr: Also bei mir ist es die schon erzählte Alm-Phantasie, allerdings müsste ich da so wahnsinnig früh aufstehen … Aber im Ernst: Ich mache so lange weiter, bis man – wie Manes Sperber sagte – „mir Scherben auf die Augen legt“.

Ich meinte die Frage auch in dem Sinne, dass Sie vor dem Irrsinn der Zeit kapitulieren. Bislang, unterstelle ich, ist Schreiben für Sie noch ein Stück Selbsttherapie …

Broder: … es ist eine massive Selbsttherapie.

Mohr: Deshalb freuen wir uns schon auf das Erscheinen des Buches. Es wird manche sehr ärgern, aber auch vielen aus der Seele sprechen. Und insofern ist es eine kleine Lebens- und Überlebenshilfe in Zeiten, in denen man Gefahr läuft, aus dem Kopfschütteln nicht mehr herauszukommen.

Das Interview führte René Nehring.

Zu den Personen

● **Henryk M. Broder** schrieb seit dem Ende seiner Schulzeit zunächst für „konkret“, „Frankfurter Rundschau“ und die „St. Pauli-Nachrichten“, später für „Spiegel“ und „Tagesspiegel“. Seit 2011 arbeitet er für die Titel der „Welt“-Gruppe. Er ist Gründer und Autor des Blogs „Achse des Guten“.

● **Reinhard Mohr** war bis 2004 Redakteur des „Spiegel“ und bis 2010 Autor von „Spiegel Online“. Er schreibt heute unter anderem für „Die Welt“ und „Neue Zürcher Zeitung“.

MELDUNGEN

Eilantrag stattgegeben

Gera – Das Verwaltungsgericht Gera hat dem Eilantrag eines Sportschützen auf Rückgabe seiner Waffenbesitzerlaubnis stattgegeben. Diese war ihm ausschließlich deshalb entzogen worden, weil er Mitglied im Thüringer Landesverband der AfD ist, der laut dem Amt für Verfassungsschutz Thüringen „erwiesen rechtsextremistisch“ ist. In der Urteilsbegründung hieß es, eine solche Einstufung bedürfe „der Absicherung durch eine eingehende und ausführliche Analyse der entsprechenden programmatischen Aussagen der Partei sowie der Aussagen einer ausreichenden Vielzahl von Funktionären, Mitgliedern oder sonstiger Personen, die der Partei zugerechnet werden können und aus denen eine systematische Verletzung und Missachtung der im Thüringer Verfassungsschutzgesetz genannten Verfassungsgrundsätze folgt“. Diese „qualitative und quantitative Verdichtung“ habe der Verfassungsschutz aber bislang versäumt. *W.K.*

Grimm räumt Kosten ein

Berlin – Nach Ansicht der Wirtschaftsweisen Veronika Grimm müssen sich die Deutschen auf härtere Zeiten und ein längeres Berufsleben einstellen. Neben dem Fachkräftemangel und einer älter werdenden Bevölkerung sieht sie auch die angestrebte „Klimaneutralität“ der Wirtschaft als Hauptgrund an. „Der Umbau der Wirtschaft zur Klimaneutralität kostet etwas – auch den einzelnen Bürger“, sagte Grimm. Die Inhaberin des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, Schwerpunkt Wirtschaftstheorie, an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg spricht sich dafür aus, das Renteneintrittsalter bei steigender Lebenserwartung automatisch anzuheben. „Die Formel in Zukunft könnte sein: Nimmt die Lebenserwartung um ein Jahr zu, so würden zwei Drittel des zusätzlichen Jahres der Erwerbsarbeit zugeschlagen und ein Drittel dem Ruhestand“, sagte sie. *P.E.*

Mehrheit für Faesers Idee

Berlin – Eine klare Mehrheit der Deutschen findet den Vorschlag von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), Mitglieder von kriminellen Clans mit Immigrationshintergrund auch dann aus Deutschland abzuschieben, wenn sie lediglich „Bezüge zu den kriminellen Aktivitäten“ ihrer Großfamilie haben und nicht schon wegen eigener Straftaten verurteilt wurden, gut. Das ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Forsa im Auftrag der Zeitschrift „Stern“. 67 Prozent der Teilnehmer stimmten Faeser zu, 29 Prozent äußerten Widerspruch und vier Prozent zeigten sich unentschieden. Besonders groß ist der Anteil der Befürworter in den Reihen der Anhänger von AfD und CDU/CSU mit 85 beziehungsweise 73 Prozent. Die Sympathisanten von SPD und FDP liegen zu rund zwei Dritteln auf Faesers Linie. Gespalten sind die potentiellen Grünen-Wähler: 49 Prozent lehnen die Idee ab, und 49 Prozent finden sie gut. *W.K.*

FOTO: BILDARCHIV BAYERISCHER LANDTAG/ROLF POSS

Der Ausschussvorsitzende von den oppositionellen Grünen und sein Stellvertreter von der regierenden CSU: Toni Schuberl und Holger Dremel (von rechts)

NATIONALSOZIALISTISCHER UNTERGRUND

Zweifel am üblichen Narrativ

Was der bayerische Untersuchungsausschuss NSU II erbracht hat

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der im März 2022 eingesetzte Zweite Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags (UA NSU II) zur weiteren Aufklärung des NSU-Komplexes erschütterte einige wesentliche Narrative über die angebliche rechtsextreme Terrorgruppe. So weckten die Zeugenbefragungen erhebliche Zweifel an der Alleintäterschaft von Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos. Des Weiteren kamen neue Indizien dafür zutage, dass es sich bei den neun Morden an Immigranten, die auf das Konto des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) gehen sollen, nicht um die Tötung „willkürlich ausgewählter Repräsentanzopfer“ handelte, wie offiziell immer wieder behauptet wird. Außerdem fand der UA NSU II zahlreiche Hinweise auf eine bemerkenswert starke Involvierung von V-Leuten der Verfassungsschutzämter des Freistaates und des Bundes. Und das, obwohl die bayerischen Sicherheitsorgane und Behörden immer wieder Sand ins Getriebe der Ausschussarbeit streuten.

Beispielsweise erhielt das Gremium die gewünschten Akten nur äußerst schleppend – nach exzessiven Schwärzungen. Teilweise wurden sogar Unterlagen geschwärzt, die der erste NSU-Untersuchungsausschuss, der von Juli 2012 bis Juli 2013 tagte, noch im unzensierten Zustand einsehen konnte. Darüber hinaus vernichtete das bayerische Justizministerium 20 Akten mit Bezug zum NSU und dem V-Mann Kai Dalek, obwohl diese oft ganz klar unter das seit Ende 2015 bestehende Löschmoratorium für Polizei-Unterlagen fielen. Ähnlich bizarr ging es auch zu, wenn V-Leute wie Dalek dem Ausschuss Rede und Antwort stehen sollten und sich hinter ihren beschränkten Aussagegenehmigungen verschanzten, denen zufolge es ihnen verboten sei, über „nachrichtendienstliche Strategien“ zu sprechen.

Abschlussbericht mit 800 Seiten

Doch damit nicht genug: Die Sicherheitsbehörden diktierten den Ausschussmitgliedern ebenso noch die Regeln, unter denen sie zu arbeiten hatten. Beispielsweise galt ein striktes Verbot, Aufzeichnungen der Sitzungen vorzunehmen. Letztlich durften die Abgeordneten nicht einmal ihre persönlichen Notizen behalten.

Der Gipfel des Ganzen ist nun jedoch der Umgang mit dem 800 Seiten langen Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses. Mit der Begründung, das Papier verstoße gegen sowohl den Geheim- als auch den Datenschutz, wurde es in der Geheimschutzstelle des Landtages in München weggeschlossen und somit dem allgemeinen Zugang entzogen. Parallel hierzu legten die Regierungsfraktionen von CSU und Freien Wählern – im Ausschuss vertreten durch die Abgeordneten Josef Schmid, Petra Loibl, Stephan Oetzinger, Norbert Dünkel, Holger Dremel und Wolfgang Hauber – ihren eigenen Bericht vor, der dann faktisch zum offiziellen Abschlussbericht mutierte und inhaltlich weitestgehend die Standardversion der Sicherheitsbehörden stützt.

Allerdings erhielt der grüne Ausschussvorsitzende Toni Schuberl die Möglichkeit, gemeinsam mit seinem Fraktionskollegen Cemal Bozoğlu einen inhaltlich abgespeckten, „modifizierten“ und zum Teil geschwärzten „Minderheitenbericht“ herauszugeben. In diesem wird die Informationspolitik des bayerischen Verfassungsschutzes explizit als „Vertuschung“ bezeichnet und die Rolle der V-Männer problematisiert.

Darüber hinaus erstellten auch die Vertreter von FDP, SPD und AfD im UA NSU II Minderheitenberichte. Der Liberale Matthias Fischbach bezweifelt in seiner Ausarbeitung den Willen des Landesamtes für Verfassungsschutz, vollständige Angaben über Dalek zu machen. So enthielten die Akten zwar Hinweise auf Zahlungen an den V-Mann, jedoch nicht auf den Verwendungszweck. Dabei sei es möglicherweise auch um den Erwerb von Waffen gegangen.

Diverse Minderheitenberichte

Dahingegen bemängelt das Ausschussmitglied Arif Taşdelen von der SPD die „nicht restlose“ Aufdeckung der Hintergründe der Taten des NSU und äußert den Verdacht, die Behörden hätten ein Unterstützernetzwerk übersehen. Taşdelen, der aus Nürnberg stammt und das Mordopfer İsmail Yaşar persönlich kannte, hält es für ausgesprochen unwahrscheinlich, dass zwei ortsfremde Personen aus Thüringen selbstständig fünf Morde in Bayern begehen konnten.

Deutlich weniger kritisch kommt der Minderheitenbericht des AfD-Parlamentariers und Polizeihauptkommissars Richard Graupner daher. Darin wird eingangs der Versuch unternommen, „verdiente Landes- und Bundesbeamte“ gegen eine „Herabwürdigung“ durch diverse Unterstellungen zu verteidigen. Danach heißt es, der Verfassungsschutz sei zwar „intransparent“ aufgetreten, habe sich aber keiner Vertuschung schuldig gemacht. Desgleichen verneinte Graupner auch jeglichen „Bedarf an weitergehender Aufarbeitung“.

MOBILITÄTSWENDE

Zahl der Unfälle mit E-Rollern wächst

Ruf nach dem Gesetzgeber – Paris verbietet Leih-Geräte – Die Gerichte haben wohl das letzte Wort

In der saarländischen Landeshauptstadt war das Entsetzen Anfang Juni groß. Zwei Jugendliche verunglückten mit einem Elektroroller tödlich. Illegalerweise nutzten ein 16-Jähriger und eine 17-Jährige den Roller gemeinsam und wurden beim Überqueren einer Hauptverkehrsstraße von einem Pkw erfasst. Ob dieser nun zu schnell gefahren ist oder ob die Jugendlichen eine rote Ampel überfahren haben, klären derzeit noch Gutachter. Die Politik hatte jedoch schnell eine Lösung parat. Saarlands Innenminister Reinhold Jost (SPD) forderte umgehend eine Helmpflicht für Roller-Nutzer. In anderen Bundesländern mehren sich ähnliche Stimmen.

Die Zahl der Toten und Verletzten infolge von E-Scooter-Unfällen steigt bundesweit deutlich an. In allen deutschen Großstädten häufen sich die Beschwerden, dass vor allem Jugendliche mit den Rollern durch die Fußgängerzonen rasen. Die Polizei hat keine ausreichenden Kapazitäten, um Kontrollen durchzuführen. Experten fordern jetzt strengere Regulierungen für die Nutzung. Dazu gehören neben der Helmpflicht eine Altersgrenze von mindestens 18 Jahren und ein Alkoholverbot für Fahrer.

E-Scooter galten lange als Motor für neue, klimafreundliche Mobilität. Vor allem die Grünen und ihnen nahestehende Umweltverbände sahen in ihnen eine umweltschonende Alternative zum Auto. Als der Boom vor vier, fünf Jahren ausbrach, forderten Grünen-Fraktionen in Berlin und anderswo, die Elektroroller auch für Bürgersteige und Fußgängerzonen freizugeben. Mittlerweile hat sich die Begeisterung merklich abgekühlt. Denn die Meldungen über die Zusammenstöße mit Fußgängern häufen sich. 2022 nutzten fast zehn Millionen Deutsche geliehene E-Roller, etwa 8000 private Geräte wurden zugelassen. Drei der großen Anbieter haben sich mittlerweile wieder aus dem deutschen Markt zurückgezogen, denn lukrativ ist das Geschäft bisher nicht. Die Verwaltungen fast aller Großstädte berichten von massenhaft achtlos weggeworfenen Rollern, die in Gewässern landen. Denn wer ein Gerät zuletzt genutzt hat, können die Anbieter nicht feststellen.

Letztlich werden wohl die Gerichte das letzte Wort haben, wie mit den Rollern in Zukunft umzugehen ist. Mehrere Städte haben zuletzt über Sondernutzungsgebühren versucht, das Geschäft unlukrativ zu machen. Branchenführer „Tier“ will dagegen klagen.

In Paris müssen Anfang September die Leih-Geräte aus dem Straßenbild verschwinden. Im Frühjahr hatte sich eine deutliche Mehrheit bei einer Bürgerbefragung für ein Verbot der E-Roller ausgesprochen. Allerdings nahmen nur etwa acht Prozent der Stimmberechtigten daran teil. Und der Besitz und die Nutzung von privaten Geräten ist nach wie vor erlaubt. Es dürfte kein Zufall sein, dass Internet-Riesen wie Amazon derzeit mit massiven Rabatten für Neugeräte werben. Ob das Pariser Modell Schule macht, ist bislang nicht sicher. Die sechs größten Anbieter prüfen derzeit rechtliche Schritte gegen das Verbot. *Peter Entinger*

DROGENPOLITIK

Ein Bürokratiemonster droht

Experten zerlegen geplantes Cannabis-Gesetz – Brandenburg könnte zu Berlins Rauschgiftplantage werden

VON HERMANN MÜLLER

Das Regierungskabinett von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat einen Gesetzentwurf zur Cannabis-Legalisierung auf den Weg gebracht. Der im Haus von Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) ausgearbeitete Entwurf sieht vor, Erwachsenen den Besitz und Anbau von Cannabis in begrenztem Umfang zu erlauben. Laut dem Gesetzentwurf soll es künftig gestattet sein, bis zu drei Cannabispflanzen zu Hause anzubauen. Zudem sollen sich Erwachsene auch in Vereinen zusammentun können, um unter kontrollierten Bedingungen Cannabis zu produzieren. An die Mitglieder dieser Vereine sollen bis zu 50 Gramm Cannabis pro Monat abgegeben werden dürfen.

Lauterbach selbst spricht von einem „Gesetz mit Augenmaß“. Allerdings hagelt es auch massive Kritik, etwa von Medizinern, die beispielsweise vor gesundheitlichen Gefahren für junge Erwachsenen warnen. Bemerkenswert scharf fielen die Reaktionen von denjenigen aus, die künftig kontrollieren sollen, ob die Regelungen der Legalisierung auch eingehalten werden.

Legalisiert und warnt zugleich: Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) *Foto: ddp images*

Zahllose kleinteilige Vorschriften

Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), warnt etwa, dass von einer eigentlich vorgesehenen Entlastung von Polizei und Justiz durch die Teillegalisierung keine Rede sein könne: „Der vorgesehene Gesetzentwurf von Karl Lauterbach bringt ein Bürokratiemonster ersten Grades hervor, das schon wegen seiner Überkomplexität zum Kontrollverlust in der Realität führen wird.“

Der Polizeigewerkschafter wies darauf hin, dass die Cannabis-Vereine, die nach den Vorstellungen Lauterbachs gegründet werden können, zahlreiche Auflagen erfüllen müssen und Dokumentationspflichten nachkommen sollen. „Jeder festgestellte Verstoß erfordert anschließend umfangreiche Ermittlungsarbeit“, so Wendt. Tatsächlich enthält der vom Bundeskabinett beschlossene Entwurf auf 183 Seiten eine Vielzahl von kleinteiligen Regelungen, deren Einhaltung vermutlich nur mit sehr viel Personalaufwand überwacht werden kann.

So sollen die Cannabis-Vereine an Mitglieder unter 21 Jahre höchstens 25 Gramm Cannabis pro Tag und höchstens 50 Gramm pro Monat zum Eigenkonsum abgeben. Wer 18 bis 20 Jahre alt ist, soll maximal 30 Gramm Cannabis pro Monat erhalten. Eine weitere Regelung sieht vor, dass zum Jugendschutz der Cannabis-Konsum nur außerhalb eines Radius von 200 Metern zum Eingangsbereich von Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen, öffentlich zugänglichen Sportstätten sowie Kinderspielplätzen erlaubt sein soll.

Die 200-Meter-Abstandsregelung soll nach den Vorstellungen Lauterbachs auch für die Vereine gelten. In Fußgängerzonen soll zwischen 7 und 20 Uhr kein Cannabis konsumiert werden dürfen. Kritiker befürchten sogar, dass die Einhaltung der Vorschriften praktisch gar nicht kontrolliert werden kann.

Gerade in Großstädten wie Berlin kann die Abstandsvorschrift zum Schutz der Jugend dazu führen, dass in vielen Teilen der Stadt praktisch gar keine Cannabis-Vereine aufmachen können: Verteilt über das Stadtgebiet existieren mehr als 800 Schulen, 1900 Spielplätze und rund 2900 Kindertagesstätten. Die Suche nach einer Örtlichkeit, an der ein Cannabis-Verein die Abstandsregelung einhalten kann, dürfte sich dementsprechend schwierig gestalten. So mancher Verein könnte gleich vorziehen, ins viel dünner besiedelte Brandenburg auszuweichen. Damit würde sich allerdings auch der Kontrollaufwand für Polizei und Ordnungsämter von der Metropole Berlin in das benachbarte Flächenland verlagern.

Justiz „eher zusätzlich belastet“

Mit Sorge blicken Kritiker der Regelung überdies auf die Auswirkungen der Teillegalisierung auf den Straßenverkehr. Bislang noch immer ungeklärt ist trotz des Kabinettsbeschlusses etwa die Frage, wie mit Kraftfahrern im Straßenverkehr umgegangen werden soll, die unter Cannabis-Einfluss stehen. Erschwerend kommt hinzu: Der den Rausch auslösende Wirkstoff THC lässt sich labortechnisch noch Tage nach dem Cannabis-Konsum nachweisen. Die Frage, ob ein positiver THC-Test überhaupt noch Aussagen über die Verkehrstauglichkeit des Getesteten zulässt, könnte damit noch ausgiebig die Gerichte beschäftigen.

Richterbund-Geschäftsführer Sven Rebehn warnt bereits, Lauterbachs Cannabis-Gesetz werde die Justiz nicht entlasten, „sondern eher zusätzlich belasten“. Laut Rebehn sind einige der geplanten Strafvorschriften mit erheblichen Nachweisschwierigkeiten und großem Ermittlungsaufwand für die Staatsanwaltschaften verbunden. Er rechnet zudem auch mit einer Zunahme nachbarschaftlicher Streitigkeiten rund um den Cannabis-Anbau.

KRIMINALITÄT

Wegner lädt zum „Sicherheitsgipfel“

Berlins Regierender will gegen Zustände im Görlitzer Park vorgehen – Wieder nur Symbolhandlung?

In den frühen Morgenstunden des 21. Juni sollen in Berlins Görlitzer Park mehrere Männer eine 27-jährige Frau vergewaltigt haben. Die Polizei hat in dem Fall bislang drei Verdächtige im Alter von 22 Jahren verhaftet. Alle drei befinden sich in Untersuchungshaft. Der Fall hat erneut eine Diskussion über Kriminalität im Görlitzer Park und mögliche Gegenmaßnahmen ausgelöst.

Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) hat als Reaktion auf die eskalierende Kriminalität zu einem „Sicherheitsgipfel“ am 8. September geladen: Berlins Grünanlagen müssten für alle sicher sein, so Wegner. Er bezeichnete die Lage im Görlitzer Park als inakzeptabel. Zusammen mit Innensenatorin Iris Spranger (SPD) will er mit Vertretern von Polizei, Feuerwehr und Verfassungsschutz darüber reden, wie Berlins Sicherheitsbehörden gestärkt und die Sicherheitslage in der Stadt verbessert werden könnten. Angekündigt wurde zudem ein Maßnahmenpaket. Im Fall des Kriminalitätsschwerpunkts Görlitzer Park ist dies nicht das erste Mal, dass die Politik eine Besserung der Verhältnisse in Aussicht stellt.

Bereits im Jahr 2020 hatte der damaligen Innensenator Andreas Geisel (SPD) eine gemeinsame Arbeitsgruppe von Polizei und Landesamt für Einwanderung ins Leben gerufen. Erklärtes Ziel dieser „Taskforce“ ist es, mit ausländerrechtlichen Mitteln gegen Wiederholungstäter vorzugehen, die im Görlitzer Park aktiv sind. Ausgangspunkt dieses Ansatzes ist die Tatsache, dass es sich bei der Mehrzahl der Drogenhändler rund um den Park um Ausländer handelt, die hierzulande eigentlich keine legale Bleibeperspektive haben. Zumindest bislang scheint die gemeinsame Arbeitsgruppe von Polizei und Ausländerbehörde keine nennenswerten Erfolge vorweisen zu können.

Nur neun Täter abgeschoben

Nach Recherchen des Berliner „Tagesspiegel“ ist die Zahl von Ausländern ohne Bleibeperspektive, die im Görlitzer Park und dem umliegenden Wrangel-Kiez mehrfach Straftaten begangen haben, in den vergangenen Jahre nämlich sogar sprunghaft angestiegen. Wie die Zeitung unter Berufung auf Daten der gemeinsamen Arbeitsgruppe berichtet, registrierte die Polizei im Bereich des Görlitzer Parks im Jahr 2018 insgesamt 427 ausländerrechtliche Verstöße.

Im Jahr 2022 erfassten die Beamten in dem Gebiet allerdings sogar 697 Verstöße. Und im ersten Halbjahr 2023 sind bereits wieder 315 Verstöße gegen das Ausländerrecht festgestellt worden. Wie der „Tagesspiegel“ weiter berichtet, stammt ein Großteil der 404 Wiederholungstäter ohne Bleibeperspektive aus Gambia und Guinea.

Die Täter fallen neben Verstößen gegen das Aufenthalts-, Asyl- oder Freizügigkeitsgesetz meist auch wegen Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz auf. Nach Angaben der Innenverwaltung ist für 138 Fälle das Land Berlin zuständig. 266 Personen ohne Bleibeperspektive fallen in die Zuständigkeit von Ausländerbehörden anderer Bundesländer. Nach Angaben eines Sprechers der Berliner Innenverwaltung sind 100 der in Berliner Zuständigkeit bearbeiteten Personen „vollziehbar ausreisepflichtig“. Abgeschoben hat Berlin allerdings erst neun der Wiederholungstäter. *H.M.*

KOLUMNE

Ein Aufreger?

VON THEO MAASS

Am Columbiadamm in Berlin-Neukölln auf der Höhe des Columbiabads ist nach wie vor ein größeres Polizeiaufgebot zu beobachten, das offenbar der dortigen Immigrantengewalt geschuldet ist. In den letzten Tagen unternahm die Tageszeitung „taz“ – offenbar um das zu relativieren – den Versuch, einen angeblich ausländerfeindlichen Vorfall an einer Badestelle am Stadtrand zu thematisieren.

Am Groß Glienicker See gilt: „An der Badestelle besteht Hundeverbot. Auf den umliegenden Wegen sind Hunde an der Leine zu führen.“ Eine 35-jährige Türkin, ihre 31-jährige Schwester und deren Eltern (Familie S.) sowie deren Hund hielten sich an der Badestelle des Sees auf. Was dann geschah, ist unklar, weil lediglich die Schilderungen der 35-Jährigen vorliegen.

Ein älterer (offenbar indigener deutscher) Mann habe sich über die Anwesenheit des Hundes beschwert:. „Er schimpfte, ob ich nicht lesen könne. Dann pöbelte er, als wären wir neu angekommene Asylbewerber, die rein gar nichts verstehen würden.“ Als der Vater der Türkin den Mann aufforderte einzuhalten, soll der Pöbler die Familie bedroht haben: „Wenn du nicht parierst, muss man dir ein paar hinter die Ohren hauen!“

Wie und warum es zu der angeblichen Aussage kam, erfahren wir nicht. Die Hundebesitzer versuchten sich herauszureden, sie hätten die Verbotsschilder nicht gesehen. Zahlreiche anwesende Badegäste wollten der Türkenfamilie angeblich nicht helfen. Ein Anruf bei der Polizei blieb erfolglos. Die Anruferin solle zur nächsten Polizeidienststelle gehen und Anzeige gegen Unbekannt erstatten, habe sie von den Beamten am Telefon erfahren. Ob die eingeräumte Ordnungswidrigkeit der türkischstämmigen Familie mit ihrem Hund irgendwelche juristischen Folgen hatte, erfahren wir nicht.

Dafür soll jetzt polizeiintern ermittelt werden, welcher Beamte mit der türkischstämmigen Familie, die sich diskriminiert fühlt, gesprochen habe, um ihn zurechtzuweisen.

MELDUNG

Genderzeichen untersagt

Magdeburg – Sachsen-Anhalts Bildungsministerin Eva Feußner (CDU) hat an Schulen und Schulbehörden die Verwendung von Genderzeichen untersagt. Wie ein Sprecher des Ministeriums in Magdeburg mitteilte, soll die Verwendung von sogenannten Gendersternchen, Doppelpunkten und Unterstrichen im Wortinneren sowie andere Formen von Genderschreibweisen im Unterricht und in offiziellen Schreiben der Schulen als Normverstöße geahndet werden. Weiterhin erlaubt sind neutrale Begriffe oder Doppelnennungen wie etwa Lehrer und Lehrerinnen. Laut dem Sprecher gilt die Regelung auch für Schreiben seines Ministeriums und der untergeordneten Behörden. Das Bildungsministerium beruft sich auf einen Beschluss des Rats der deutschen Rechtschreibung. Im Juli hatte der Rat beschlossen, dass Genderzeichen „nicht zum Kernbereich der deutschen Orthografie“ gehören. *H.M.*

MELDUNGEN

Weiße bald in der Minderheit

Washington – Aus der Untersuchung Washingtoner Denkfabrik Brookings Institution mit dem Titel „Neue Volkszählungsdaten für 2020 zeigen ein alterndes Amerika und große Rassenunterschiede zwischen den Generationen“ geht hervor, dass es in den USA um das Jahr 2045 herum keine nichthispanisch-weiße Mehrheitsbevölkerung mehr geben wird. Bislang, so Studienautor William Frey, seien die Weißen ohne hispanischen Immigrationshintergrund noch in der Überzahl. Das dürfte sich aber mit der Generation Alpha, welche auf die Generation Z folge und die Geburtenjahrgänge von 2010 bis 2025 umfasse, ändern. Gleichzeitig weisen andere Experten darauf hin, auf welche Schwierigkeiten man mittlerweile in den USA bei der Zuordnung von Menschen zu Rassen stoße: So hätten Millionen Amerikaner bereits eine derart breit gestreute Vorfahrenschaft, dass dies zu ständig „wechselnden ethnischen Identitäten“ führe. *W.K.*

Diplomaten „desertieren“

Kiew – Laut dem ukrainischen Nachrichtenportal Zerkalo Nedeli weigern sich viele Mitarbeiter von Botschaften und Konsulaten der Ukraine, in die Heimat zurückzukehren, wenn sie dazu aufgefordert werden oder ihre reguläre Dienstzeit endet. So sollen im Jahre 2022 immerhin 19 von 20 abberufenen Diplomaten einfach weiter in den USA geblieben sein, und aus vielen anderen Ländern reiste angeblich überhaupt niemand ab. Zerkalo Nedeli nennt hierfür unter Berufung auf diplomatische Kreise verschiedene Gründe: Zum Ersten hätten bereits mehr als einhundert Rückkehrer der vergangenen Jahre keinerlei passende Weiterbeschäftigung im Kiewer Außenministerium gefunden. Zum Zweiten gebe es unter den Männern eine weit verbreitete Furcht vor der Einberufung zum Kriegsdienst. Und zum Dritten wollten viele ukrainische Diplomaten und deren Familien nicht auf das angenehme Leben im Ausland verzichten. *W.K.*

Musk trägt Anwaltskosten

San Francisco – Der südafrikanisch-kanadisch-US-amerikanische Unternehmer Elon Musk, welcher auch Besitzer des Kurznachrichtendienstes X ist, hat allen Menschen, die aufgrund einer politischen Meinungsäußerung in dem sozialen Netzwerk ihren Arbeitsplatz verloren haben, die Übernahme der Anwaltskosten versprochen„ wenn sie den Arbeitgeber wegen willkürlicher Kündigung vor Gericht bringen. Das gilt auch und gerade für Wortmeldungen via Twitter, den Vorläufer von X. Darüber hinaus sagte Musk: „Wir werden nicht nur klagen, es wird auch extrem laut sein und wir werden gegen die Vorstände der Unternehmen vorgehen.“ Grund für diese Ankündigung sind spektakuläre Einzelfälle in den USA unter bekannten Schauspielern und Sportlern wie Gina Carano und Noah Gragson. Allerdings will Musk auch einfache Angestellte, Beamte oder Arbeiter unterstützen. Und dafür gebe es finanziell „kein Limit“, so der 180-fache Milliardär. *W.K.*

EINWANDERUNG I

Pech und Pannen

Hoher Migrationsdruck nach Großbritannien: Regierung versucht gegenzusteuern – mit mäßigem Erfolg

VON CLAUDIA HANSEN

Die gefährliche Überfahrt auf Schlauchbooten über den Ärmelkanal von Frankreich nach England haben im vergangenen Jahr mehr als 45.000 Migranten gewagt. Es waren vor allem Albaner, Afghanen, Iraker, Iraner und Syrer, die nach Großbritannien strebten. Dieses Jahr ist der Zustrom bislang etwas geringer, doch aus Sicht der konservativen Londoner Regierung ist das Problem weiterhin sehr groß. In den Sommermonaten steigt der Andrang. Mitte August wurden an einem einzigen Tag 755 Bootsimmigranten aufgegriffen. Sie zahlen jeweils rund tausend Euro an die Schmuggler.

Premierminister Rishi Sunak hat den Briten versprochen, durch neue Maßnahmen die kleinen Boote zu stoppen. Wie gefährlich die Überfahrt ist, zeigte sich erst Mitte August wieder: Da kenterte ein Schlauchboot und sechs Afghanen ertranken einige Kilometer vor der französischen Küste bei Calais. An Bord des völlig überfüllten Schleuserschiffs waren sogar 65 Menschen gewesen, 59 konnten gerettet werden. Es war das schlimmste Bootsunglück auf dem Ärmelkanal seit November 2021, als 27 Migranten tödlich verunglückten.

Aus Sicht der Londoner Regierung müssen die illegalen Überfahrten gestoppt werden – auch weil es gerade unter konservativen Wählern viel Unmut über den hohen Migrationsdruck und die Kosten für Asylbewerber auf der Insel gibt. Sunaks „Stop the Boats“-Versprechen ist einer der fünf Punkte, mit denen er trotz schlechter Umfragewerte noch die Wahl nächstes Jahr zu gewinnen versucht. Innenministerin Suella Braverman setzt auf Abschreckung. Aber ihre Pläne stecken bislang fest. Das Vorhaben, mehrere tausend Asylanten direkt nach Ruanda weiterzuleiten, wo ihre Anträge bearbeitet werden sollen, ging zwar durch Unterhaus und Oberhaus, doch liegt der Ruanda-Plan wegen mehrerer Beschwerden von Anwälten und Asyllobbygruppen bei britischen Gerichten und beim Straßburger Menschenrechtsgerichtshof auf Eis.

Ein anderes Vorhaben, um den Asyldruck zu mindern, wurde jüngst durch eine Panne durchkreuzt. Die Regierung will Asylanten auf großen Barken beherbergen. Die Pontons mit Containern darauf sehen aus wie schwimmende Gefängnisse. Eine der Barken, die „Bibby Stockholm“ im Hafen Portland, war schon in Betrieb genommen: 39 Asylantragsteller waren dort untergebracht, bis zu 500 Männer zwischen 18 und 65 Jahren sollte sie maximal beherbergen.

Doch vor anderthalb Wochen musste die Regierung hastig alle Bewohner von der Barke holen, weil in den Wasserleitungen Legionellen festgestellt worden waren. Zwar versicherte Gesundheitsminister Steve Barclay, dass niemand durch die Bakterien zu Schaden gekommen sei, doch der politische Schaden für die Regierung war kaum zu leugnen.

„Kaputtes Asylsystem“ kostet London jährlich 3,5 Milliarden Euro: Illegale Immigranten auf dem Ärmelkanal *Foto: pa*

Seit Jahren schon überlegt sie, wie die „Small Boat Crisis“ zu lösen sei. Manche der Ideen, die aufkommen, klingen skurril. 2020, in der Zeit von Boris Johnson, wurde im Home Office, dem britischen Innenministerium, gar die Idee ventiliert, mittels Wellenmaschinen die Schlauchboote zurückzudrängen. Alle Abschreckungssignale haben bislang wenig geholfen.

Mehr Immigranten trotz Brexit

Vergangene Woche kam abermals ein älterer Vorschlag in die Schlagzeilen, dass Asylbewerber auf die Insel Ascension im fernen Südatlantik geschickt werden könnten. Die Juniorministerin im Innenministerium Sarah Dines sagte, zwar sei die Regierung überzeugt, dass ihr Ruanda-Plan legal sei, wie auch der High Court bestätigt hatte, doch könne man alternativ Asylzentren auf Ascension errichten. Über die Kosten schwieg sie sich aus. Gegenwärtig kostet das „kaputte Asylsystem“, wie die Regierung klagt, den Staat jährlich drei Milliarden Pfund (3,5 Milliarden Euro). Allein die Rechnungen für Hotelunterkünfte lägen bei sechs Millionen Pfund pro Tag. Gemessen an den Kosten der Asylzuwanderung in Deutschland sind das allerdings noch sehr bescheidene Summen.

Wenn britische Wähler über die Zuwanderung murren, dann ist neben dem Asylsystem auch die hohe legale Immigration gemeint. Viele hatten geglaubt, nach dem Brexit werde die Zuwanderung abnehmen. Tatsächlich kommen auch weniger Osteuropäer, dafür ist aber die außereuropäische Zuwanderung auf ein Rekordhoch gestiegen. Im vergangenen Jahr kamen 1,2 Millionen Menschen auf die Insel.

Die Nettozuwanderung (abzüglich Wegzüge) nach Großbritannien erreichte mit 600.000 einen Rekord, wobei darunter auch viele Ukrainer und Hongkonger waren, die mit spezieller Erlaubnis kommen dürfen. In vielen Gemeinden ist Wohnungsknappheit ein großes Thema. Innenministerin Braverman – deren indischstämmige Familie vor fünfzig Jahren mit britischem Kolonialpass legal einwanderte – will den Zuzug verringern. Ein effektives Mittel hat sie dafür noch nicht gefunden.

EINWANDERUNG II

Türken drängen wieder massiv nach Deutschland

Bei Asylanträgen ist das Land zur Nummer drei hinter Afghanistan und Syrien aufgerückt

Beim Blick auf die monatlichen Asyl-Zahlen offenbart sich Erstaunliches. Bis Ende Juli stellten mehr als 23.000 türkische Staatsbürger einen Asylantrag in Deutschland. Laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ist das ein Zuwachs von 203 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Im Index der Herkunftsländer 2023 steht die Türkei nach Afghanistan und Syrien an dritter Stelle.

Schon gegen Ende des vergangenen Jahres war ein signifikanter Anstieg von Anträgen aus der Türkei ersichtlich. Das ist eine verblüffende Tendenz für ein Land, das immer mal wieder damit liebäugelte, Mitglied in der Europäischen Union zu werden. Die wirtschaftliche Lage hat sich in der Türkei insbesondere während der vergangenen beiden Jahre jedoch rapide verschlechtert. Türkei-Kenner berichten davon, dass gerade immer mehr gut ausgebildete Leute keine Chance mehr für sich in ihrer Heimat sehen. Mit drei Millionen Türkeistämmigen sowie eingeführten Strukturen ist die Bundesrepublik ein attraktives Zielland für viele Menschen aus der Türkei. Ähnliches gilt für Österreich und die Schweiz.

Das Problem der auswandernden Türken: Sie haben eigentlich keine Chance, innerhalb der EU ein dauerhaftes Bleiberecht zu erhalten. Die, die es versuchen und wieder heimgeschickt werden, sehen sich im Land des Alleinherrschers Recep Tayyip Erdoğan drastischen Maßnahmen ausgesetzt. Die Bundesregierung räumte kürzlich ein, dass türkische Auslandsvertretungen neben den im Rücknahmeabkommen zwischen der EU und Ankara vorgeschriebenen personenbezogenen Daten sowie Gesundheitsdaten und Sicherheitsmaßnahmen „auch Informationen zum Grund der Rückführung, die Daten der Ersteinreise nach Deutschland sowie der Entscheidung zur Ausreisepflicht“ einforderten.

„Demokratie nur noch Fassade“

Während die Zahl der türkischen Asylbewerber kräftig anstieg, sank die Anerkennungsquote in den vergangenen Jahren deutlich. Im bisherigen Jahresdurchschnitt liegt sie bei 15 Prozent. 2022 hatte sie noch bei 27,8 Prozent gelegen. Es sind nicht nur die wirtschaftlichen Probleme, die immer mehr Menschen in der Türkei dazu animieren, ihre Heimat zu verlassen. Innenpolitisch hat Erdoğan nach seinem Wahlsieg die Zügel wieder angezogen. Der Druck auf die Opposition wächst, besonders die kurdische Minderheit fühlt sich verfolgt. „Die Demokratie existiert nur noch als Fassade. Menschenrechte sind extrem eingeschränkt, die grunddemokratischen Freiheiten werden nicht eingehalten. Versammlungsfreiheit ist eingeschränkt, Meinungs- und Pressefreiheit existieren fast gar nicht mehr und die Justiz ist quasi zum Parteiorgan geworden, sodass faire Gerichtsverfahren gar nicht mehr existieren“, erklärt die Türkei-Expertin Ulrike Flader von der Universität Bremen.

Neben Kurden flüchten auch Menschen, die der religiös-sozialen Gülen-Bewegung nahestehen oder nahestehen sollen. Die Bewegung gilt in der Türkei als terroristische Vereinigung und soll laut der Regierung für den Putschversuch 2016 verantwortlich sein. Seitdem werden verstärkt Oppositionelle mit der Bewegung in Verbindung gebracht, um juristisch gegen sie vorgehen zu können.

Peter Entinger

FOTO: PA

Benötigt immer mehr „Sondervermögen“: Robert Habeck bei einer Pressekonferenz zum Thema Klimaschutz in seinem Ministerium

SONDERVERMÖGEN

Woher kommt der Geldsegen für immer mehr Fonds?

Energiewende und Klimaschutz, Unterstützungsprojekte für Deutsche Bahn, Intel & Co. – Kritiker sprechen vom Schattenhaushalt der Bundesregierung

VON PETER ENTINGER

Offiziell befindet sich das politische Berlin in der Sommerpause. Doch die Bundesregierung verteilt weiter eifrig Geld. Vor allem aus dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) bedienen sich die Ministerien. „Als Finanzierungsinstrument leistet er einen zentralen Beitrag zur Erreichung der energie- und klimapolitischen Ziele Deutschlands. Für die Förderung der Energiewende, des Klimaschutzes und der Transformation sollen von 2024 bis 2027 insgesamt 211,8 Milliarden Euro zur Verfügung stehen“, erklärt die Bundesregierung auf ihrer Internetseite.

Der Fonds speist sich vorwiegend aus Milliardenerlösen aus dem europäischen Emissionshandel und der nationalen CO_2-Bepreisung für die Bereiche Verkehr und Wärme. Der Fonds wurde 2010 von der schwarz-gelben Bundesregierung aufgelegt, um bei der Finanzierung der Energiewende zu helfen. In den vergangenen Jahren wurde er immer weiter aufgestockt. Zuletzt verschob Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) 60 Milliarden Euro an ungenutzten Corona-Notkrediten in die Fonds. Spötter sprechen mittlerweile von einer Allzweckwaffe der Regierung. Kritiker sehen in ihm einen grenzwertigen Schattenhaushalt. Seine Ausgaben sind für die Einhaltung der Schuldenbremse nicht relevant. Vor allem Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) bedient sich an dem Sondervermögen für Projekte, für die er von Lindner keine Freigabe erhält.

80 Prozent gehen an Habeck

Anfang August brachte das Bundeskabinett den aktuellen Wirtschaftsplan des KTF auf den Weg. Die Zahlen belegen, welch großen Stellenwert der Fonds mittlerweile in den Planungen einnimmt. Waren im vergangenen Wirtschaftsplan noch Gesamtausgaben in Höhe von 177 Milliarden Euro vorgesehen, geht die Bundesregierung nun bis einschließlich 2027 von knapp 212 Milliarden Euro aus. Satte 80 Prozent des Geldes gehen demnach an Habecks Wirtschafts-Ressort. Rund 19 Milliarden Euro werden 2024 in die energetische Gebäudesanierung fließen. Mittel zur „sozialen Abfederung des Gebäudeenergiegesetzes“ gehören dazu. Der per Gesetz vorgeschriebene Austausch von Öl- und Gasheizungen soll folglich durch Quer-Subventionen aus dem Fonds finanziell abgefedert werden.

Doch es betrifft nicht nur die grünen Lieblingsprojekte. Auch die Deutsche Bahn erhält üppige Unterstützung, da aufgrund der Schuldenbremse nicht jede erforderliche Investition bewilligt werden kann. Zwölf Milliarden Euro sollen helfen, um das Schienen- und Infrastrukturnetz auszubauen. „Der Klimafonds als Allzweckwaffe“, kommentierte die „Tagesschau“ trocken. Es zeigt sich abermals, dass das Geldverteilen per Gießkannen-Prinzip nur bedingt taugt, um die Stimmung zu heben. Das „Deutsche Verkehrsforum“ hält die Zuwendungen für „nicht ausreichend“, und der Interessenverband „Mofair“ hält die Zusagen gegenüber der Bahn schlicht für „unehrlich“. Dass die Finanzierung auf derart viele Töpfe und Schattenhaushalte aufgeteilt werde, verspreche keinerlei Transparenz und lasse vermuten, dass der wahre Finanzbedarf noch immer nicht in allen Köpfen angekommen sei.

Grotesk wird der Geldsegen vorwiegend mit einem Blick nach Magdeburg. Die Regierung war sehr bemüht, den US-Chiphersteller Intel bei Laune zu halten. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sprach laut einer Intel-Mitteilung von einem wichtigen Schritt für den Hightech-Produktionsstandort Deutschland. Doch die zugesagten Subventionen aufgrund der gestiegenen Energiepreise ließen sich aus dem Bundeshaushalt nicht aufbringen. Also musste wieder einmal der Klimafonds herhalten. Die Zuwendungen wurden als Transformationsausgabe deklariert und ein Posten von drei Milliarden Euro im Fonds eingerichtet. Zusätzlich werden noch vier Milliarden für die weitere Förderung von Mikroelektronik nachgeschoben. Selbst in Expertenkreisen ist eine derart verdeckte Form der Subventionierung umstritten. Der Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung München (Ifo), Clemens Fuest, hält die milliardenschweren Subventionen für die Intel-Ansiedlung in Magdeburg für fragwürdig. „Lieferrisiken gibt es bei vielen Produkten, das gehört zum normalen Geschäftsleben“, sagte Fuest.

Überhaupt steht die Finanzierung aus dem Fonds auf wackeligen Beinen. Gegen die Verschiebung der 60 Corona-Milliarden hat die Unionsfraktion im Bundestag vor dem Bundesverfassungsgericht Klage eingereicht. Die mündliche Verhandlung war im Juni, eine Entscheidung dürfte im Herbst fallen. Sollten die Richter das Vorgehen der Ampel als verfassungswidrig einstufen, hätte die Koalition ein massives Problem. Es gilt aber auch nicht als ausgeschlossen, dass die Karlsruher Richter der Regierung strenge Auflagen mitgeben, wie mit dem Geld künftig umzugehen sei.

CHINA

Der Aufschwung stockt

Die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt leidet unter Deflation

Schmerzliche Rückgänge bei der Nachfrage zwingen chinesische Unternehmen, ihre Produktion zu drosseln, weitere Rabatte zu gewähren, um ihre Lagerbestände abzubauen, sowie sich mit Einstellungen zurückzuhalten oder gar Mitarbeiter zu entlassen. Vor allem junge Menschen sind betroffen. So hat die Jugendarbeitslosigkeit mit über 20 Prozent einen Rekordstand erreicht.

Wirtschaftswissenschaftler sprechen in diesem Zusammenhang von einer schädlichen Spirale der Deflation. Dies könnte sogar Auswirkungen auf Chinas Rolle in der Weltwirtschaft haben. Weil wirtschaftliche Probleme im Reich der Mitte schnell auch zu außenpolitischen werden können, spricht der US-amerikanische Präsident Joe Biden bereits von einer „tickenden Zeitbombe“.

Deflation ist das Gegenteil von Inflation und bedeutet, dass die Preise für Waren und Dienstleistungen sinken. Auf den ersten Blick mag dieses zwar kundenfreundlich und gut für Otto Normalberbraucher erscheinen, weil er für sein Geld mehr bekommt, doch Deflation ist wie die Inflation eine Bedrohung für die Wirtschaft. Denn anstatt Geld auszugeben, verschieben die Verbraucher ihre Einkäufe in der Hoffnung auf weitere Preissenkungen.

Der chinesische Verbraucherpreisindex, der als Hauptmaßstab für die Preisentwicklung gilt, sank im Juli im Jahresvergleich um 0,3 Prozent. Das berichtete zumindest Chinas nationales Statistikamt NBS. Von der Nachrichtenagentur Bloomberg befragte Analysten rechneten mit einem Preisrückgang um 0,4 Prozent, nachdem die Inflation im Vormonat bei null gelegen hatte. Zum Vergleich: In Deutschland lag die Inflation im Juni bei 6,2, in Frankreich bei 4,5 und in den USA bei drei Prozent. Die Preisentwicklung im Westen ist getragen von wachsenden Energiekosten, die in China dadurch, dass die Erholung an Schwung verliert.

Viele Ökonomen plädieren dafür, mit einem starken Konjunkturprogramm die unzureichende Nachfrage anzukurbeln und die Konjunktur zu stützen. Die Behörden beschränken sich jedoch bislang auf gezielte punktuelle Maßnahmen und Absichtserklärungen gegenüber dem Privatsektor, ohne überzeugende Ergebnisse.

Bereits 2009 hatte China unter Deflation gelitten. Und Ende 2020/Anfang 2021 hatte die Volksrepublik eine kurze Deflationsphase, als die Preise für Schweinefleisch, das im Land am häufigsten verzehrt wird, einbrachen.

Diesmal befürchten viele Analysten eine längere Periode, da Chinas wichtigste Wachstumsmotoren ins Stocken geraten. Der Index der Erzeugerpreise schrumpfte im Juli um 4,4 Prozent, und damit den zehnten Monat in Folge. Dieser Index, der die Kosten der Waren misst, welche die Fabriken verlassen, und einen Einblick in die Gesundheit der Wirtschaft gibt, war im Juni um 5,4 Prozent zurückgegangen.

Diese Indikatoren wurden einen Tag nach enttäuschenden Zahlen bezüglich der chinesischen Exporte veröffentlicht, die traditionell ein wichtiger Wachstumsmotor sind. Im Juli verzeichneten sie ihren stärksten Rückgang im Jahresvergleich mit 14,2 Prozent. Die offizielle Begründung lautet schwache Nachfrage aus dem Ausland.

Der Exporteinbruch hat direkte Auswirkungen auf Zehntausende von Unternehmen, die nun auf Sparflamme arbeiten. Die Konjunktur bedroht das Wachstumsziel, das die Regierung für dieses Jahr auf rund fünf Prozent festgelegt hat. Zwischen dem ersten und dem zweiten Quartal dieses Jahres wuchs die chinesische Wirtschaft nach offiziellen Angaben nur um 0,8 Prozent, aufs Jahr gerechnet wären das nur noch 4,2 Prozent. *Bodo Bost*

MELDUNGEN

Dänen bremsen Zigarettenkauf

Kopenhagen – In Dänemark gibt es Bestrebungen, den Preis für eine Schachtel Zigaretten auf umgerechnet 13,40 Euro zu verteuern. Parallel dazu erwägt die Regierung, die Zahl der Stangen (je zehn Schachteln), die zollfrei eingeführt werden dürfen, von vier auf eine zu reduzieren. Bereits 2020 verteuerte sich der Preis für eine Schachtel um umgerechnet gut zwei Euro. Das führte zu einem Anstieg der Zigarettenkäufe im Grenzhandel. Von 2019 bis 2022 stieg die Zahl der in Deutschland an Dänen verkauften Zigaretten Schätzungen zufolge von 250 Millionen auf 700 Millionen Stück an. Zurzeit kostet eine Schachtel Zigaretten im Schnitt acht Euro. Bei ALDI Nord kosten die dortigen Hausmarken (Cora oder Boston) zwischen 4,70 und 5,65 Euro. Janick Nytoft, Geschäftsführer der Handelsorganisation De Samvirkende Købmænd, gibt zu bedenken: „Im Ausland gekaufte Zigaretten machen die Däninnen und Dänen nicht gesünder, aber sie machen die Staatskasse leerer und die hiesigen Geschäfte ärmer.“ *F.B.*

China verlässt Abkommen

Peking – Die Volksrepublik China hat ihren faktischen Ausstieg aus dem Pariser Klimaschutzabkommen vom 12. Dezember 2015 verkündet. Dieses wurde seinerzeit auch von Staatspräsident Xi Jinping unterzeichnet, womit sich Peking verpflichtete, die chinesischen Kohlendioxidemissionen drastisch zu reduzieren. Allerdings gab Xi dann im Oktober 2022 bekannt, dass sein Land nicht darauf verzichten könne, weiterhin in großem Umfang fossile Brennstoffe wie Kohle, Öl und Gas zu nutzen, weil dies für das Gedeihen der Wirtschaft notwendig sei. Nun äußerte Xi zum Abschluss der dreitägigen Gespräche des Klimabeauftragten des US-Außenministeriums John Kerry mit Vertretern Chinas, die Volksrepublik wolle das Tempo ihrer Klimaschutzbemühungen weiterhin ohne Einmischung von außen festlegen. Nur so könnten der Lebensstandard des chinesischen Volkes und eine Versorgung der Unternehmen mit preiswerter Energie gesichert werden. *W.K.*

Mercedes liefert nicht

Moskau – Der Mercedes-Konzern, der keine Fahrzeuge mehr nach Russland liefert, kappt nun auch alle Softwareverbindungen zu seinen früheren Vertriebspartnern. Das beschert Fahrern von Benz-Modellen enorme Einschränkungen. Moderne Software kann nicht mehr bezogen, Fehler können nicht mehr ausgelesen werden. Es kann vorkommen, dass die Autoschlüssel nicht mehr funktionieren oder die Tankanzeige ausfällt. Probleme können auch mit dem Antiblockiersystem, der Motorsteuerung oder den Bremsen auftreten. Russland muss westliche Technologie mit Alternativen aus dem Ausland ersetzen oder selbst neue entwickeln. Dennoch bleibt die deutsche Luxusmarke bei Russen beliebt. Obwohl Präsident Putin Beamten die Nutzung von westlichen Luxusprodukten untersagt hat, wollen viele nicht auf ihren Mercedes oder ihr Apple-Telefon verzichten. *MRK*

ANALYSE

Nächste Großbaustelle

HERMANN MÜLLER

Politiker wie Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) bemühen sich seit Jahren vergeblich um eine Neuregelung bei den Entgelten für das Stromnetz. Rückendeckung für die Forderung nach einer Reform kommt nun von der Bundesnetzagentur. Klaus Müller, der Präsident der Agentur, hat sich am 12. August dafür ausgesprochen, die Netzentgelte fairer zu verteilen. Müller argumentiert, die Bürger in Bundesländern, in denen die Windenergie stark ausgebaut wurde, würden bislang finanziell besonders stark belastet. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat inzwischen signalisiert, Regionen in Norddeutschland bei den Netzentgelten zu entlasten.

Bei den Entgelten für das Stromnetz gibt es regional große Unterschiede. Stärker zur Kasse gebeten werden die Stromverbraucher im Norden und im Osten der Bundesrepublik. Hier sind besonders viele Windkraftanlagen neu entstanden. Die Kosten für den Netzanschluss solcher Anlagen werden über die Netzentgelte auf die Verbraucher im betreffenden regionalen Versorgungsgebiet umgelegt. Als Folge zahlen gerade die Stromkunden in ländlichen Regionen mit vielen Windrädern besonders hohe Stromrechnungen. Die Verbraucher in Brandenburg mit rund 4000 Windkraftanlagen zahlen zusammen mit den Stromkunden in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Hohlstein bundesweit die höchsten Strompreise. Die Netzentgelte machen ein gutes Fünftel der Stromrechnung aus. Obendrein werden über die Netzentgelte auch die Entschädigungen gezahlt, die Betreiber erhalten, wenn Windräder in Zeiten von Stromüberschüssen abgestellt werden müssen.

Bayern fährt bislang ganz gut

Deutlich besser kommen Stromkunden in den Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin weg. Hier gibt es nur wenige Windkraftanlagen, zudem ist die Stromverteilung einfacher und kostengünstiger als in den dünner besiedelten Flächenländern. Verhältnismäßig günstig fahren mit der bisherigen Regelung auch Bayern und Baden-Württemberg. In beiden Ländern spielen Windkraftanlagen zur Stromerzeugung keine so große Rolle wie in Norddeutschland. Große Industrieunternehmen als Stromkunden sorgen zudem dafür, dass sich die Kosten für die Stromnetze anders verteilen.

Unter der aktuellen Regelung müssen rund 4500 Industriebetriebe in Deutschland gar keine oder nur geringe Netzentgelte zahlen. Bislang werden auch diese Kosten, jährlich bis zu 2,4 Milliarden Euro, auf die Verbraucher umgelegt. Eine Neuregelung kann dazu führen, dass sich in der Industrie die ohnehin um sich greifende Abwanderungsstimmung verstärkt. Dementsprechend ist auch in München und Stuttgart die Ankündigung der Ampelkoalition aufgenommen worden, die vom Chef der Bundesnetzagentur angeregte Neuregelung der Entgeltregelung in Angriff zu nehmen.

Ende von Wohlstand

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) sagte dem „Münchner Merkur“, es sei geradezu „absurd“, wie die Ampel und nun auch der Bundeskanzler gerade in diesen Krisenzeiten über Belastungen reden. Söder warnt: „Wenn die Industrie erst einmal weg ist, bedeutet das das Ende von Wohlstand und Arbeitsplätzen.“ Im Mai hatten sich die Regierungschefs von Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland in einer gemeinsamen Erklärung für den „Erhalt der liquiden deutschen Strompreiszone“ und gegen die Einführung von Preiszonen ausgesprochen.

Sie reagierten auf einen Vorschlag der norddeutschen Länder, Deutschland in verschiedene Preiszonen beim Strom aufzuteilen. Aus Sicht der Länderchefs kann diese Aufteilung zu einer „Schwächung der wirtschaftlich starken Länder des Südens und des Westens“ führen. Dies könne nicht im Interesse der Bundesregierung und auch nicht der norddeutschen Länder sein. Die Ministerpräsidenten verbanden ihre Ablehnung mit der Forderung, einen speziellen Stromtarif für Industriekunden einzuführen. Dementsprechend schwierig dürfte es Habeck fallen, eine Reform auf den Weg zu bringen. Er stößt nicht nur bei den Ministerpräsidenten aus dem Süden und Westen der Republik auf Widerstand. Innerhalb der Ampel lehnt FDP-Finanzminister Lindner vehement staatliche Subventionen für einen Industriestromtarif ab. Bleibt es bei dieser Haltung, droht den privaten Stromkunden, dass die Kosten für den Industriestrom auf sie umgelegt werden.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf.
ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.“

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail:
redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Zur Zufriedenheit der Zugewanderten: Moslems beten auf der Holländerstraße in Berlin *Foto: imago/Snapshot*

KOLUMNE

Weg in den Niedergang

FLORIAN STUMFALL

Als die damalige Bundeskanzlerin Merkel im Jahre 2015 Deutschlands Grenzen für beliebige Völkerscharen öffnete, löste sie den wohl größten und sicher fahrlässigsten soziologischen Feldversuch der deutschen Geschichte aus. Zudem gab sie diesem Abenteuer eine grobe Unwahrheit mit auf den Weg: „Wir schaffen das!“ Nach Merkel führt die Ampel diese Politik fort und heute, da jedermann weiß, dass wir es nicht schaffen, besteht Anlass genug zu der Prüfung, wie sich das Land in seinem Innern seit damals entwickelt hat. Nicht, dass der kulturferne Ansturm an allem schuld wäre, was zu beklagen ist, denn er traf damals schon auf eine kränkelnde Gesellschaft und mag daher zunächst einmal als Vergleichsmuster gegenüber dem deutschen Zustand dienen.

Da aber die große Mehrzahl der Zuwanderer aus Anhängern des Propheten Mohammed besteht, ist sie es, welche gegenüber dem christlichen Erbe Europas den Kontrapunkt setzt. Hier liegt auch einer der Gründe dafür, warum wir es „nicht schaffen“. Es ist nämlich nicht die Aufgabe der einheimischen Bevölkerung, sich den Zuwanderern bis zu deren Zufriedenheit anzunähern, sondern diese hätten die Pflicht, sich einzuordnen. Da aber Politik und Medien darauf nicht dringen, nehmen sich die Neubürger, was ihnen zugestanden wird.

Es gibt keine eindringlicheren Beispiele dafür als sich oftmals wiederholende Gerichtsurteile, denen zufolge ein zugewanderter Straftäter – sei es ein Totschläger, sei es ein Vergewaltiger – vom Gericht überaus verständnisvoll behandelt wird; man müsse die kulturellen Eigenheiten des Delinquenten berücksichtigen, heißt es dann sinngemäß. In der deutschen Bevölkerung erntet ein solches Urteil Empörung und bei den Moslems höhnische Verachtung der deutschen Autoritäten.

Eines aber zeigen solche Vorgänge überdeutlich: Die Vorstellung von einer Integration ist und bleibt ein Wunschtraum. Wenn von Gerichten gleichartige Sachverhalte je nach dem Herkommen des Beklagten verschieden beurteilt werden, so bestätigen diese Urteile, dass es eben keine Integration gibt und keinen Weg der Gesellschaft zu einer Gemeinsamkeit. Die Minderheit bekommt Sonderrechte zulasten der Mehrheit verbrieft. Die Gesellschaft spaltet sich, es entstehen Parallel-Welten mit hohem Organisationsgrad, demgegenüber die herkömmliche Lebensweise der Einheimischen unter Druck gerät.

Dass die Vorstellung von einer schiedlichen Verschmelzung verschiedener Kulturen abwegig ist, zeigt das Beispiel der USA, wo es nach dreihundert Jahren seit der ersten Ankunft afrikanischer Sklaven bis heute noch nicht gelungen ist, eine in sich gleichartige, harmonische Gesellschaft zu entwickeln.

Als aber deshalb vor Jahren der Begriff von der „Leitkultur“ aufkam, wurde er von der Linken wütend niedergebrüllt. Dafür haben Dogmen wie die politische Korrektheit und der Kampf gegen die Diskriminierung Platz gegriffen. Sie üben nachgerade richterliche Gewalt aus und sind doch ein weiterer Sargnagel für die Gesellschaft. Denn dass man einen Asiaten oder Afrikaner wegen seiner Herkunft oder seines Aussehens nicht verhöhnt oder schlecht behandelt, oder dass man niemanden ungerechtfertigt benachteiligt, das sind eigentlich Selbstverständlichkeiten der guten Erziehung. „Man tut das nicht“, hieß es so lange, bis die linken Selbstverwirklicher, die Propheten des Lustprinzips und umstürzlerischen Sozialingenieure seit den späten 60er Jahren diese Maxime verdammten. Heute macht das der Staat.

> Die Vorstellung von einer Integration ist und bleibt ein Wunschtraum

Dafür sind aber in einer funktionierenden Gesellschaft keine Gesetze notwendig – sie regelt dergleichen mit den Mitteln der Sitte und des Brauchtums. Jetzt aber hat man diese normative Zuständigkeit der Gesellschaft verstaatlicht. Damit ist niemandem geholfen, aber die Gesellschaft, diese unverzichtbare Zone zwischen dem Bereich des Persönlichen und dem Staat, hat weiter an Lebenskraft eingebüßt. Je mehr sich aber die staatliche Gewalt konzentriert und von Kontrollen wie durch die Gesellschaft abkoppelt, umso mehr erlaubt sie sich den Durchgriff, schließlich bis in das persönliche Leben der Bürger.

Gefördert wird die innere Aushöhlung der Gesellschaft durch die immer mehr wachsende Allzuständigkeit des sozialistischen Wohlfahrtsstaats. In einem freien System nämlich ist die Wirtschaft Sache der Gesellschaft – dort, wo sich der Staat ihrer annimmt, ist nicht nur der ökonomische Misserfolg das unabwendbare Ergebnis, sondern auch die Bedrängung der Bürger durch die zahllosen Zuständigkeiten, welche der Staat zur Bewältigung seines Machtanspruches fordert.

Die Abwehr gegen diese Entwicklung ist schwach. Das kommt nicht nur davon, dass viele der Versuchung der Obrigkeit erliegen, die mit Vergünstigungen, Hilfen und Subventionen die Menschen ankirrt und mundtot macht. Da nämlich diese Entwicklung schon allzu lange anhält, ist die Gesellschaft müde und unfähig geworden, sich ihrer selbst, ihrer Rolle und Aufgabe zu besinnen und den Platz einzunehmen und zu verteidigen, der ihr in einer freiheitlichen Ordnung zusteht. Und wo es ein Aufbegehren gäbe, stößt es schnell auf Widerstand. Mit der weitgehenden Einschränkung der Meinungsfreiheit hat die Gesellschaft ihre Kraft zur Selbstverteidigung erheblich eingebüßt.

Auch der Niedergang hat seine Regeln. Der Vergleich mit dem Islam in Deutschland zeigt sich nicht nur dadurch, dass immer mehr Kirchen zu Moscheen werden, dass zu Beginn der Glaube verloren geht. Denn in einer vitalen Gesellschaft ist er es, welcher die kulturellen Marken setzt. Als zweites folgt auf dem Weg in den Niedergang der Anstand, den zu hüten sich der Staat anmaßt, wobei sich der einzelne nicht mehr bemüßigt fühlt, für die Einhaltung selbst Sorge zu tragen. Zuletzt fällt das Recht.

Wer sich vor Augen führt, wie Kanzlerin Merkel beispielsweise den Grundgesetz-Artikel 6, den besonderen Schutz von Ehe und Familie, paralysiert hat, oder wie EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die Spuren ihrer Milliarden-Geschäfte mit dem US-Riesen Pfizer tilgte, bei dem ihr Mann einen hohen Posten innehat, der sieht Anstand und Recht gleichermaßen schwer beschädigt.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Prinzipienfester Stadtwerkmeister

„Architekt der allerprächtigsten Republik Augsburg“ – Dem vor 450 Jahren geborenen Elias Holl widmet seine Vaterstadt eine Schau

VON VEIT-MARIO THIEDE

Elias Holl hat wie niemand sonst Augsburgs Stadtbild geprägt. Herausragendes Zeugnis seiner Baukunst und Wahrzeichen Augsburgs ist das Rathaus. Markante Erscheinungen sind auch das Zeughaus, die Stadtmetzg und der Rote Turm. Holl (1573–1646) gilt als einer der bedeutendsten deutschen Architekten der Renaissance und ist in seiner Heimatstadt Augsburg trotz Konkurrenz durch den heiligen Ulrich, Jakob Fugger den Reichen und den Dramatiker Bertolt Brecht die wohl beliebteste historische Persönlichkeit.

Die Stadt ehrt den vor 450 Jahren geborenen Elias Holl mit einer großen Sonderausstellung, die sich durch das ganze Maximilianmuseum zieht und 334 Objekte umfasst. Nach dem Ausstellungsrundgang ist es empfehlenswert, einen Stadtbummel zu Holls Bauwerken zu unternehmen.

In Stadt und Ausstellung begegnen wir wiederholt Büsten und Ritzzeichnungen, die Holl darstellen. Sie orientieren sich am Kupferstich, den Lucas Kilian von seinem Freund Elias Holl 1619 schuf. Dem ging eine Kohlezeichnung voraus. Sie zeigt den mit Schnurr- und langem Kinnbart ausgestatteten Holl hoch erhobenen Hauptes. Selbstbewusst scheint er uns zu mustern. Der Kupferstich wandelt Holls Erscheinungsbild ab. Er hat nun den Kopf schief gelegt, blickt an uns vorbei und wirkt jünger. Holl will dem Betrachter etwas zeigen. In den Händen hält er die aufgerollte Zeichnung seines Hauptwerkes: des Rathauses. Der Kupferstich ist mit einem lateinischen Text versehen, der uns den Portraitierten als „Architekten der allerprächtigsten Republik Augsburg“ vorstellt.

Die Amtsbezeichnung des gelernten Maurermeisters Holl lautete „Stadtwerkmeister“. Er war für die gesamte bauliche Infrastruktur der freien Reichsstadt Augsburg verantwortlich. Holl erstellte Kostenvoranschläge und Baugutachten, prüfte die Vermessung und Bewertung von Grundstücken, beschaffte und verwaltete die Baumaterialien. Für die städtischen Bauvorhaben zeichnete er die Grund- und Aufrisse. Sie sind in der Schau ebenso vertreten wie Holzmodelle der geplanten Bauwerke. Holl kam zugute, dass der Rat der Stadt bestrebt war, durch repräsentative Bauwerke Augsburg zu verschönern. Er war zunächst von 1602 bis 1630 Stadtbaumeister und konnte trotz des 1618 ausgebrochenen Dreißigjährigen Krieges ungestört weiterbauen.

Im Dreißigjährigen Krieg gewann anfangs Kaiser Ferdinand II. die Oberhand. Das bewog ihn, 1629 das Restitutionsedikt zu erlassen. Es bestimmte, dass alle nach 1552 der katholischen Kirche entzogenen Güter zurückzuerstatten seien. Für Augsburg bestimmte der Kaiser, dass nur Katholiken städtische Ämter bekleiden dürfen. Da Holl Protestant war und sich weigerte, zum katholischen Glauben überzutreten, beurlaubte ihn der Stadtrat 1630 und entließ ihn im Jahr darauf ehrenvoll aus seinem Amt. Die vom protestantischen König Gustav II. Adolf angeführten Schweden besetzten 1632 kampflos Augsburg. Nun war Holl wieder bis zu deren Abzug 1635 Stadtbaumeister.

Maßgeblich unter Holls Entwürfen und Bauaufsicht von 1616 bis 1620 entstanden: Das Augsburger Rathaus *Foto: Thiede*

21 Kinder von zwei Frauen

Holls erstes Meisterwerk ist das 1602 bis 1607 erbaute Zeughaus. Seine Federzeichnung (1603) der repräsentativen Ostfassade entspricht weitgehend dem realisierten Bau. Über dessen Portal ließ Holl 1607 die vom Tiroler Bronzeplastiker Hans Reichle entworfene Figurengruppe des Erzengels Michael anbringen, der Luzifer in die Hölle stürzt. Im Vertrag mit Reichle heißt es, die Bronzegruppe solle der Reichsstadt „Lob und Ruhm“ eintragen. Das tut sie.

Holls nächstes Hauptwerk ist das von 1606 bis 1609 errichtete Zunfthaus der Metzger, „Stadtmetzg“ genannt. Der von den Malern Joseph Heintz d. Ä. und Johann Matthias Kager erstellte „Halbe Fassadenriss zur Stadtmetzg“ (vor 1606) weist uns darauf hin, dass bei wichtigen Bauvorhaben auch Künstler Entwürfe für die Fassadengestaltung lieferten. Das Bäckerzunfthaus und viele andere Bauten Holls existieren nicht mehr. Die Schau erinnert an sie mit Entwurfszeichnungen und historischen Kupferstichen.

Fassadenrisse und Holzmodelle dokumentieren ausführlich die wendungsreichen Planungsphasen des Rathausneubaus. Die Grundsteinlegung erfolgte 1616. Vier Jahre später war der Bau vollendet.

Die zum Rathausplatz gerichtete Westfassade weist einen vorspringenden Mittelbau mit sechs Fensterachsen auf. Die niedrigeren Seitenteile haben eine Balustrade, auf deren Ecken die für Holl typischen Zierobelisken stehen. Über den beiden Treppenhäusern ragen die mit kupfergrüner Zwiebelhaube ausgestatteten Türme auf. Für die Fassadengliederung sorgen flache Eckquader, Wandvorlagen und die steinernen Überdachungen der Fenster, die in jedem Stockwerk anders gestaltet sind. Etwa als flacher Bogen oder als Dreiecksgiebel. Den zweistöckigen Rathausgiebel bekrönt Augsburgs Stadtsymbol: die Zirbelnuss, auch „Stadtpyr“ genannt.

Aufs Schönste demonstriert das Rathaus, was Holl auf seiner Italienreise von 1600 bis 1601 gelernt und in Augsburg eingeführt hat: Waren die Fassaden bis dahin eben und allenfalls illusionistisch bemalt, gewinnen die von Holl gestalteten Plastizität durch den Einsatz von Wandvorlagen, Gesimsen, Fensterrahmungen und die als Ohren oder Voluten bezeichneten Spiralbögen an den Ansätzen der Giebel.

Herzstück des Rathauses ist der Goldene Saal. Der 1643 unter der Regie des Stadtmalers Kager vollendete, mit Wand- und Deckenmalerei sowie blattgoldgeschmückter Holzvertäfelung ausgestattete Saal ging bei Bombenangriffen im Zweiten Weltkrieg unter. Seine getreue Rekonstruktion erfolgte von 1980 bis 1996.

Auf dem Weg zu ihm begegnen wir im südlichen Treppenhaus Holls in die Wand eingelassenem originalen Grabstein. Auf ihm wird auch seiner beiden Ehefrauen gedacht, mit denen er 21 Kinder hatte. Eines der Deckenbilder des Goldenen Saals zeigt Holl, der sich mit der Göttin der Baukunst berät.

● Bis 17. September im Maximilianmuseum, Fuggerplatz 1, Augsburg, geöffnet täglich außer montags von 10 bis 17 Uhr, Eintritt: 12 Euro. **www.kmaugsburg.de/holl**

HUMANISMUS

Luthers rebellischer Kampfgenosse

Verfasser der „Dunkelmännerbriefe“ – Vor 500 Jahren starb der berüchtigte Ritter Ulrich von Hutten

Zu den bedeutendsten deutschen Humanisten zählt zweifellos Ulrich von Hutten. Als Dichter, Kirchenkritiker und Anhänger Martin Luthers hatte er einen maßgeblichen Einfluss auf das kirchenpolitische Geschehen vor und während der Reformationszeit. Sein kurzes Wanderleben von seinem Geburtsort auf Burg Steckelberg bei Schlüchtern in der Westrhön über Pommerns Ostseeküste bis nach Norditalien und in die Schweiz war durch zahlreiche Turbulenzen gekennzeichnet.

Inzwischen weicht die jüngere Forschung allerdings vom Weg der bisherigen reinen Lobpreisung ab. Sie gelangt zu recht differenzierten Erkenntnissen zur Stellung und Bedeutung Huttens in der Reformationsgeschichte. Denn nach seiner Heimkehr aus Italien begann Hutten als Publizist einen literarischen Feldzug gegen die Papstkirche sowie die Deutschlandpolitik Roms und erklärte sich mit der Reformation Martin Luthers solidarisch. Als Mitverfasser der sogenannten Dunkelmännerbriefe attackierte er die Anhänger der deutschen Scholastik.

Hutten nahm nun unter den Humanisten eine Sonderstellung ein, indem er dem kontemplativen Leben als Gelehrter, ein kämpferisches für gesellschaftliche Veränderungen vorzog. Der streitbare Ritter, der zuvor vom Kaiser die Dichterkrone, den Titel eines Doktors der Rechte und den eines Ritters vom güldenen Sporn verliehen bekommen hatte, verschwor sich 1521 mit Franz von Sickingen zur „reichsritterlich bewaffneten Rebellion“. Er verband den bürgerlichen Renaissancegedanken mit der Reformation zum Zwecke einer nationalen Einigung und rückwärtsgewandten Erneuerung des staufischen Reiches.

Doch seine Pläne scheiterten. Luther lehnte seine kämpferischen Aktivitäten ab. Hutten wurde schließlich gebannt und floh nach der Niederlage des Aufstandsversuches in die Schweiz. Als die deutsche Reformation ihn im Stich ließ, gaben ihm die Reformatoren der Schweiz auf der Insel Ufenau im Zürichsee Asyl. Dort waren seine Tage allerdings gezählt. Der an Syphilis erkrankte Hutten starb an deren Folgen am 29. August 1523 im Alter von 35 Jahren. Seine letzte Ruhe fand er an der Kirche St. Peter und Paul auf der Insel Ufenau. Der Grabstein blieb erhalten.

FOTO: IMAGO/PIEMAGS

Ritterlich: Ulrich von Hutten

Angeregt davon schuf Caspar David Friedrich vor 200 Jahren das allerdings in freier Phantasie entstandene Ölgemälde „Huttens Grab“, das dem Humanisten ein bis dahin fehlendes Denkmal und mit seinen gotischen Ruinen ein nationales Zeichen setzen sollte. In ähnliche Richtung ging die Ehrenrettung durch den Junghegelianer David Friedrich Strauß mit seiner dreibändigen Hutten-Biographie (1858). Auch das Denkmal für Hutten und Sickingen auf der Ebernburg ehrt beide – so ist zu lesen – als „Vorkämpfer der deutschen Einheit und Größe“. *Martin Stolzenau/tws*

● MELDUNG

Ein Fest für Lotte Lehmann

Perleberg – Noch bis zum 3. September findet mit sechs Terminen zum 15. Mal die Konzertreihe der nach der Perleberger Opernsängerin benannten Lotte-Lehmann-Akademie statt. Eröffnet wird sie in der St.-Marien-Kirche von Wittstock/Dosse um 19 Uhr. Abschluss ist die erste Freiluft-Gala auf dem Großen Markt in Perleberg mit den Brandenburger Symphonikern unter Leitung von Svetoslav Borisov am 2. September um 19 Uhr. Das Programm hat Sören Schuhmacher, Operndirektor am Staatstheater Darmstadt, zusammengestellt mit Höhepunkten aus Opern wie Mozarts „Hochzeit des Figaro“ oder Gounods „Romeo und Julia“. Am 3. September beschließt ein buntes Altstadtfest in Perleberg von 12 bis 18 Uhr das Jubiläum. www.lottelehmann-perleberg.de und www.dieprignitz.de *Schn.*

WEIMAR

Wiederaufbau des Theaters

Gerne wird der „Geist von Weimar“ dem „Geist von Potsdam“ gegenübergestellt. „Weimar“, das steht vor allem für das zivile Deutschland, für die deutsche Kultur. Das Herzogtum Sachsen-Weimar war wie die anderen sächsischen Herzogtümer in Thüringen im Gegensatz zu Preußen keine militärische Großmacht, aber sehr wohl eine kulturelle.

Kein deutscher Staat hat es gewagt, sich von „Weimar“ zu distanzieren, aber besonders häufig im Munde geführt wurde es nach den katastrophalen militärischen Niederlagen im Ersten und Zweiten Weltkrieg und als es darum ging, sich von dem im jeweiligen Weltkrieg untergegangenen deutschen Vorgängerstaat als ziviler und weniger militaristisch zu distanzieren. Da unterschied sich die (nota bene) Weimarer Republik nach dem Untergang des preußisch dominierten Kaiserreichs nicht essenziell von den beiden deutschen Teilstaaten nach dem Untergang des Dritten Reiches. Dass nach dem Ersten Weltkrieg die Deutsche Nationalversammlung ausgerechnet im Deutschen Nationaltheater Weimar Zuflucht suchte, ist ebenso wenig ein Zufall, wie dass nach dem Zweiten Weltkrieg das Weimarer das erste deutsche Theater war, das wiederaufgebaut wurde.

Vor 75 Jahren war es so weit. „Durch die vom Faschismus entfesselte Kriegsfurie vernichtet, in schwerer Zeit mit großen Opfern neu erbaut, wurde dieses Haus dem deutschen Volke übergeben, den Weg zu weisen zu wahrem Menschentum.

FOTO: SHUTTERSTOCK

Deutsches Nationaltheater Weimar

28. August 1948“, heißt es auf einer zeitgenössischen Gedenktafel am Haus. Wiedereröffnet wurde der Bau mit dem ersten Teil des vielleicht deutschesten aller Schauspiele: Faust I von Wolfgang von Goethe.

Goethe und sein ähnlich bedeutender Landsmann und Kollege Friedrich Schiller stehen nicht ohne Grund als gerne abgelichtetes Denkmal vor dem Hauptportal des Theaterbaus. Auf Geheiß des Landesherren Carl August von Sachsen-Weimar-Eisenach wurde 1791 das Theater im Komödienhaus gegründet und Goethe mit dessen Leitung betraut. Sieben Jahre später wurde das Theater nach einem Umbau mit der Uraufführung von Schillers „Wallensteins Lager“ wieder eröffnet. Es folgte eine fruchtbare Zusammenarbeit der beiden deutschen Geistesgrößen an der Spielstätte, die bis zu Schillers Todesjahr 1805 währte. Zwölf Jahre später zog sich Goethe zurück.

Dass „Weimar“ nicht nur zu Zeiten betonten Antimilitarismus hochgehalten wird, zeigt die Ersetzung des alten Theatergebäudes durch einen teuren Neubau während der Kaiserzeit und dessen feierliche Einweihung in Anwesenheit Kaiser Wilhelms II. Ein Vierteljahr vor Ende des Zweiten Weltkrieges wurde der Theaterbau von US-Bombern bis auf die Fassade in Schutt und Asche gelegt.

Manuel Ruoff

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE ERHEBUNG

„Na alter Junge, habe ich es Dir recht gemacht?“

Militärisch erfolgreich, aber international unter Druck kam Friedrich Wilhelm IV. von Preußen Friedrich VII. von Dänemark vor 175 Jahren im Waffenstillstand von Malmö sehr entgegen

VON FEDOR M. MROZEK

Ausgehend von der Pariser Februarrevolution erfasste 1848 eine Welle nationaler und liberaler Bewegungen das europäische Festland, erreichte im März mit dem ersten von drei Aufständen in Wien das Kaisertum Österreich als Präsidialmacht des Deutschen Bundes und am 18. des Monats mit Barrikadenkämpfen in Berlin das Königreich Preußen als rivalisierende Vormacht sowie mit der Schleswig-Holsteinischen Erhebung das Herzogtum Holstein, wo am 24. März in Kiel eine Provisorische Regierung ausgerufen wurde. Letztere beanspruchte die Exekutive nicht nur für den nördlichsten Gliedstaat des Deutschen Bundes, sondern ebenso für das Herzogtum Schleswig, denn beide Gebiete waren bis dato in Personalunion vom dänischen König regiert worden und fürchteten um ihre seit dem Ripener Privileg von 1460 verbriefte staatsrechtliche Verbindung in einer Realunion, auf dass sie auf ewig ungeteilt zusammenblieben („dat se bliven ewich tosamende ungedelt“).

Die Sorge rührte daher, dass zwei Tage zuvor in Kopenhagen ein sogenanntes eiderdänisches Ministerium berufen worden war, das danach trachtete, das autonome Herzogtum Schleswig zwischen der Königsau im Norden und der Eider als südlichem Grenzfluss in das Königreich Dänemark einzuverleiben. Schon am 11. März hatte eine Volksversammlung im Kopenhagener Kasino-Theater unter der Führung von Orla Lehmann die Forderung nach einer liberalen Verfassung unter Einschluss von Schleswig aufgebracht. Eine Woche darauf richteten die schleswigschen und holsteinischen Ständeversammlungen in Rendsburg eine Petition an den König und Herzog zur Aufnahme Schleswigs in den Deutschen Bund und zur Gewährung einer gemeinsamen Verfassung beider Herzogtümer auf freiheitlicher Grundlage. Das nahm der Demagoge Lehmann zum Vorwand, um König Friedrich VII. am 22. März unter dem Vorhalt, „die Nation nicht zu verzweifelter Selbsthilfe treiben“ zu lassen, ein Kabinett unter seiner Beteiligung, mithin eine „Kasino-Regierung“, aufzunötigen.

So erklärt sich die Einlassung der Provisorischen Regierung in Kiel, die mit den Worten des Grafen Friedrich von Reventlou, dargebracht von seinem Kabinettskollegen Wilhelm Hartwig Beseler, in der Proklamation vom 24. März nach dem feierlichen Geläut von Sankt Nikolai um 2 Uhr morgens vor dem Kieler Rathaus konstatiert, der angestammte Herzog sei unfrei und man wolle sich dem deutschen Einheits- und Freiheitsstreben anschließen (siehe *PAZ* vom 24. März).

Preußischer Einmarsch in Jütland

Bereits wenige Stunden danach begannen die kriegerischen Handlungen mit einem Überraschungscoup des Prinzen Friedrich von Schleswig-Holstein, genannt Prinz von Noer, der an der Spitze der Kieler Garnison, gefolgt von Turnern und Studenten, mit einem Sonderzug nach Rendsburg bis in die Landeshauptfestung fuhr und sie ohne jedes Blutvergießen im Handstreich nahm, woraufhin der Großteil der dortigen Besatzung zu ihm überging.

FOTO: WIKIMEDIA/UNBEKANNT

Zeitgenössische Karrikatur in der Zeitschrift „Reform“ auf Preußens Nachgeben gegen Dänemark im Malmöer Vertrag: Friedrich Wilhelm IV. (l.) krault Friedrich VII. den Bart

„Wir wollen nur unsere Nationalität schützen, nicht fremde Nationalität angreifen! Mag der Norden Schleswigs sich demnächst frei erklären, ob er als Provinz dem Dänischen Staate einverleibt werden oder dem Deutschen Vaterlande folgen wolle – wir werden seinem Willen keinen Zwang anthun“

„Ansprache an die Dänische Nation“
der Provisorischen Regierung

Mit diesem Faustpfand gestärkt, unternahm die Provisorische Regierung unter der Führung von Theodor Olshausen und Beseler den letzten Versuch einer friedlichen Lösung, indem sie am 31. März 1848 eine „Ansprache an die Dänische Nation“ richtete und in juristisch-revolutionärer Weise das Selbstbestimmungsrecht der Völker durch Plebiszit propagierte: „Wir wollen nur unsere Nationalität schützen, nicht fremde Nationalität angreifen! Mag der Norden Schleswigs sich demnächst frei erklären, ob er als Provinz dem Dänischen Staate einverleibt werden oder dem Deutschen Vaterlande folgen wolle – wir werden seinem Willen keinen Zwang anthun!“ Der Ansatz zur Volksabstimmung verhallte jedoch ungehört und fand erst im 20. Jahrhundert Eingang in das Völkerrecht.

Nun schien sich ein Kampf David gegen Goliath anzubahnen, wie sich am 9. April nordwestlich von Flensburg (bei der Ortschaft Bau) zeigte, als die zahlenmäßig unterlegenen schleswig-holsteinischen Truppen, überwiegend Freiwillige aus den Kreisen von Turnern und Studenten, zurückgeschlagen wurden. Aber mittlerweile war der Kampf der Schleswig-Holsteiner zur gesamtdeutschen Sache geworden, nachdem das vom 31. März bis 4. April tagende Frankfurter Vorparlament die Aufnahme Schleswigs sowie Ost- und Westpreußens in den Deutschen Bund beschlossen hatte. Zudem erfolgte am 12. April die Anerkennung der Kieler Regierung durch den Deutschen Bundestag in Frankfurt am Main, dessen Delegierte die Regierungen des Deutschen Bundes vertraten. Damit war der Weg für Bundestruppen unter der Führung Preußens freigemacht, die seit dem 21. April unter dem Kommando des Generals der Kavallerie Friedrich von Wrangel standen. Der preußische König stellte ein Kontingent von 12.000 Mann und weitere 9000 Mann entsandten die Einzelstaaten. Auf dänischer Seite griff ein 4500 Mann starkes schwedisch-norwegisches Korps ein. Nun wendete sich das Blatt: Die preußischen Truppen errangen am 23. des Monats die Siege von Schleswig (Osterschlacht) und Missunde an der Schlei sowie tags darauf bei Oeversee südlich von Flensburg und drangen schließlich über Schleswig hinaus nach Jütland vor, wo am 3. Mai Fridericia besetzt werden konnte.

Dänemark obsiegt diplomatisch

Weitere Rückendeckung versprachen sich die Schleswig-Holsteiner von der aus freien Wahlen hervorgegangenen Deutschen Nationalversammlung, deren Konstituierung am 18. Mai 1848 in Frankfurt am Main stattfand. Der Segeberger Abgeordnete Friedrich Christoph Dahlmann, Professor und Historiker der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, beschwor seine Kollegen Volksvertreter mit einem flammenden Appell: „Wenn Sie in der schleswig-holsteinischen Sache versäumen, was gut und recht ist, so wird damit auch der deutschen Sache das Haupt abgeschlagen. Sie werden tun, was die Ehre Deutschlands fordert, und mögen die Pläne aller derjenigen zu Schanden werden, welche ihre Rechnung stellen auf die Unsterblichkeit der Schwäche und Versunkenheit des Deutschen Vaterlandes.“ So erhielt der folgende Antrag des aus Flensburg stammenden Kieler Abgeordneten und Göttinger Professors Georg Waitz eine Mehrheit: „Die Deutsche Nationalversammlung erklärt, dass die schleswigsche Sache, eine Angelegenheit der Deutschen Nation, zu dem Bereich ihrer Wirksamkeit gehört, und verlangt, dass energische Maßregeln getroffen werden, um den Krieg zu Ende zu führen: dass aber bei dem Abschluss des Friedens mit der Krone Dänemark das Recht der Herzogtümer Schleswig und Holstein und die Ehre Deutschlands gewahrt werde.“

Das Machtgefüge der europäischen Großmächte ließ den Antrag Makulatur werden. Am 23. Mai 1848 zog sich Preußen auf Druck selbiger aus Jütland zurück. Unter dem Druck der außerdeutschen Großmächte, von denen Russland schärfster Gegner der deutschen Politik war, während sich England und Schweden-Norwegen um Vermittlung bemühten, wurde in London und Malmö über einen Waffenstillstand verhandelt.

Der Abschluss erfolgte am 26. August 1848 in Malmö zwischen den Königreichen Dänemark und Preußen, letzteres namens des Deutschen Bundes und über die Köpfe der Schleswig-Holsteiner wie auch der Nationalversammlung hinweg. Für sieben Monate sollten die Waffen schweigen und die Exekutive von der Provisorischen an eine sogenannte Gemeinsame Regierung übergehen, in der die dänische und die preußische Regierung jeweils zwei Mitglieder bestimmten. Den Vorsitz hatte Graf Karl von Moltke aus Nütschau bei Oldesloe in Holstein inne, der ein Anhänger des sogenannten dänischen Gesamtstaates aus dem Königreich Dänemark sowie den drei Herzogtümern Schleswig, Holstein und Lauenburg war.

Die Debatte in der Nationalversammlung endete trotz des vehementen Widerstandes von Dahlmann am 16. September 1848 mit einem wenn auch knappen Votum für die Annahme des Waffenstillstandes und offenbarte so das machtpolitische Versagen des Frankfurter „Professorenparlamentes“.

HEINRICH WILHELM VON PABST

Der letzte große Vertreter der rationellen Landwirtschaftslehre

Vor 225 Jahren kam der vielseitige Agronomen, der über vier Jahrzehnte die Forschung und Lehre des wissenschaftlichen Landbaus in Mitteleuropa maßgebend mitgestaltet hat, im hessischen Maar zur Welt

VON MARTIN STOLZENAU

Heinrich Wilhelm von Pabst stammte aus dem Großherzogtum Hessen, machte als Agrarwissenschaftler an verschiedenen Hauptwirkungsstätten wie Hohenheim, Darmstadt, Eldena bei Greifswald, Berlin oder Wien Karriere und galt zu Lebzeiten als einer der vielseitigsten und erfolgreichsten Agronomen im deutschsprachigen Raum. Er prägte über Jahrzehnte die Forschung und Lehre des wissenschaftlichen Landbaus in Mitteleuropa maßgeblich mit. Seine Fachschriften erlebten zahlreiche Nachauflagen. Dazu hat bis heute eine vielgestaltige Literatur sein Leben und Wirken zum Thema. In mehreren aktuellen deutschsprachigen Lexika sind ihm Beiträge gewidmet.

Geboren wurde Pabst am 26. September 1798 in Maar, heute hinter der Kernstadt der der Einwohnerzahl nach größte Stadtteil von Lauterbach, der Kreisstadt des mittelhessischen Vogelsbergkreises. Der Hesse war der Sohn eines Försters, der ihn nach dem Besuch der Volksschule in Maar zunächst auf die Lateinschule in Laubach und dann zur landwirtschaftlichen Ausbildung in die Obhut des Freiherrn Karl Georg von Riedesel nach Thüringen gab. Pabst fungierte anschließend als Wirtschaftsinspektor auf den Gütern seines Arbeitgebers, zog aber bereits 1821 zur weiteren Vervollkommnung nach Hohenheim, wo er an der 1818 gegründeten landwirtschaftlichen Lehranstalt unter Johann Nepomuk Hubert von Schwerz sein Fachwissen erweiterte, eine Anstellung erhielt und wegen seiner Sachkenntnis 1824 zum Ökonomierat ernannt wurde. Er war verantwortlich für die Waisenanstalt, bildete die Oberknechte aus, hielt Vorlesungen und verfasste Schriften zur Tierzucht, darunter die erste wissenschaftliche Darstellung über Rinderzucht überhaupt. Zwischendurch heiratete der Aufsteiger Sophie Kappel vom Eichhof bei Hersfeld.

Zwischen 1831 und 1839 folgte seine Darmstädter Arbeitsphase. In der damaligen Haupt- und Residenzstadt leitete er als Sekretär die Ackerbau-Gesellschaften im Großherzogtum, gab eine Fachzeitschrift und ein umfangreiches Lehrbuch zur modernen Landwirtschaft heraus und initiierte eine „Ständige Versammlung deutscher Land- und Forstwirthe“, die 1837 erstmals in Dresden tagte. Außerdem war der Landwirtschaftspionier ab 1835 Mitglied der „Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen“.

Heinrich Wilhelm von Pabst: Lithographie von Franz Eybl aus dem Jahre 1852 *Foto: Wikimedia*

Berufung nach Preußen

Seine Sachkenntnis und seine deutschlandweite Bekanntheit trugen ihm 1839 eine Berufung durch die preußische Regierung zu verbesserten Konditionen ein. Pabst wurde neuer Direktor der Landwirtschaftsakademie in Eldena bei Greifswald, die mit der dortigen Universität eine enge Zusammenarbeit pflegte. Er reformierte die Akademiestruktur, modernisierte die Lehrangebote, verdoppelte die Schülerzahl in kurzer Zeit und wurde wegen seiner Erfolge auch noch zum Chef des Vereins zur Förderung der Landwirtschaft in Pommern gewählt. Das Berliner Ministerium war begeistert von Pabst, holte ihn 1843 nach Beförderung zum Geheimen Finanzrath und vortragenden Rath ins Ministerium, übertrug ihm die Leitung der preußischen Domänenverwaltung und berief ihn in das Landesökonomiekollegium. Der Aufsteiger stellte einige Weichen für die weitere Modernisierung der Landwirtschaft in ganz Preußen und festigte damit seinen Ruf als Landwirtschaftspionier.

Andere Länder machten ihm Angebote. Vor allem Württemberg wollte Pabst zurück. Er pokerte lange, konnte seine Bedingungen fast alle durchsetzen und kehrte 1845 als Direktor der Lehranstalt Hohenheim nach Württemberg zurück. Er erhielt den Rang eines Kollegialdirektors, wurde mit der Verleihung des Ritterkreuzes in den persönlichen Adelsstand erhoben und erhielt seinen privilegierten Platz in der Hofrangliste. Hohenheim nahm unter ihm einen Aufschwung, wurde Akademie und erregte nach vielgestaltigen methodischen und Geräteexperimenten mit vielen Publikationen deutschlandweit Aufsehen. Doch nach der Revolution von 1848/49 regierten die Sparfüchse, die den Hohenheimer Etat zusammenstrichen und den enttäuschten Pabst zum Wechsel bewogen.

„Unsere Lehrzeit währt bis an’s Grab“

Heinrich Wilhelm von Pabst
Wahlspruch

Letzte Station Wien

Er nahm ein Angebot aus Wien an, entwickelte die landwirtschaftliche Lehranstalt in Ungarisch-Altenburg zur führenden Fachlehranstalt im Habsburgerreich, gründete dazu eine Fabrik für Landwirtschaftliche Maschinen und wurde nach seinen Erfolgen 1861 als Ministerialrat und Departementchef in die Haupt- und Residenzstadt Wien berufen. Er fungierte fortan im Ministerium für Handel und Volkswirtschaft mit großen Kompetenzen als Verantwortlicher für die Landwirtschaft in der riesigen Donaumonarchie. Unter Pabst ging es nach Jahren der Stagnation vorwärts. Er glänzte mit eigenen Beiträgen auf der Weltausstellung 1867 in Paris, bereitete die Versammlung der deutschen Land- und Forstleute unter seiner Regie für 1868 in Wien vor und starb am 10. Juli 1868 in Wien, kurz vor dem großen Auftritt vor dem Fachpublikum aus allen deutschen Landen. Pabst hinterließ in Württemberg, Preußen und Österreich mit vielen Fachschriften und mehreren Generationen an Jüngern ein umfangreiches Lebenswerk, erhielt in Württemberg, Preußen, Österreich und Russland hohe Ehrungen und wurde in insgesamt 49 landwirtschaftliche und Wissenschaftsgesellschaften als Mitglied berufen.

RADETZKY-MARSCH

Geschichte im Spiegel der Strauss-Musik

Der Kaiser- und der Donauwalzer sowie der Radetzkymarsch gehören zu den berühmtesten Musikstücken der Strauss-Dynastie, ja ganz Österreichs. Und sie alle spiegeln ein Stück weit nicht nur österreichische Geschichte.

In der Regierungszeit seiner ersten beiden Kaiser versuchte das Deutsche Reich unter dem Einfluss Reichskanzler Otto von Bismarcks sowohl mit Russland als auch mit Österreich-Ungarn befreundet zu sein. 1888 übernahm dann der dritte und letzte Kaiser das Ruder. Er entließ Bismarck, stieß Russland mit der Nichtverlängerung des Rückversicherungsvertrages vor den Kopf und konzentrierte sich auf die Freundschaft mit der Donaumonarchie, die sogenannte Nibelungentreue.

Dieses Bündnis des Deutschen Kaisers Wilhelm II. und des Kaisers von Österreich Franz Joseph I. thematisiert der Kaiserwalzer. Johann Strauss (Sohn) komponierte ihn für die Eröffnung des Berliner Konzertsaales Königsbau am 19. Oktober 1889. Ursprünglich hieß der Walzer „Hand in Hand“. Vor dem Hintergrund, dass der Habsburger den Hohenzollern in jenen Tagen in Berlin besuchte, wurde „Hand in Hand“ noch vor der Uraufführung und wohl auf Betreiben von Strauss’ neuem Berliner Verleger Fritz Simrock in „Kaiserwalzer“ umbenannt.

Unter ganz anderen Zeitumständen entstand 1866/67 der Donauwalzer. So gut die Beziehungen zwischen Berlin und Wien 1889 waren, so schlecht waren sie 1866/67. 1889 waren beide verbündet, 1866 führten sie gegeneinander Krieg. Wenn Bismarck auch bemüht war, Österreich weit entgegenzukommen, um zum einen Revanchegelüsten im geschlagenen Österreich keine Nahrung zu geben und zum anderen einen schnellen Frieden zu erreichen, der es Frankreich erschwerte, sich in die Friedensverhandlungen einzumischen, so traf Österreichs Kriegsniederlage von 1866 die staatstragenden Deutschösterreicher doch schwer. Sie verloren sowohl mit der Auflösung des Deutschen Bundes die Führung in Deutschland als auch mit dem sogenannten Ausgleich von 1867 die alleinige Führung in der Donaumonarchie. In dieser Situation war es Balsam für die geschundene Seele, das Strauss (Sohn) seinen Landsleuten zur Kompensation mit „An der schönen blauen Donau“ einen musikalischen Stimmungsaufheller schenkte.

Im Gegensatz zu den beiden vorgenannten Walzern stammt der Radetzky-Marsch von Johann Strauss (Vater) und ist denn auch knapp zwei Jahrzehnte älter. Im sogenannten Ersten Italienischen Unabhängigkeitskrieg brachte Österreich Sardinien-Piemont am 25. Juli 1848 in der Schlacht bei Custozza eine kriegsentscheidende Niederlage bei. Wien konnte seine Herrschaft in Lombardo-Venetien noch einmal verteidigen. Österreichs neuer Kriegsheld war der Generalkommandant der österreichischen Armee im lombardo-venezianischen Königreich, Feldmarschall Josef Wenzel Radetzky von Radetz.

Zu „Ehren der tapferen Armee in Italien und zur Unterstützung der verwundeten Krieger“ lud Strauss (Vater) für den nächsten Donnerstag vor 175 Jahren, den 31. August 1848, in die Parkanlagen des Wasserglacis zu einem Siegesfest. Wie von ihm vorher angekündigt, trug er bei der Gelegenheit eine Neukomposition vor: den Radetzky-Marsch. *Manuel Ruoff*

Nur die Spitze des Eisbergs: Aufgegriffene illegale Immigranten in der Sächsischen Schweiz *Foto: Bundespolizei*

ASYLFLUT

Das Schleusergeschäft blüht auf wie noch nie

Wilde Verfolgungsjagden der Polizei mit Akteuren der illegalen Einwanderung prägen mittlerweile den Alltag auf den Straßen der Sächsischen Schweiz – Doch Grenzkontrollen gibt es immer noch keine

VON WOLFGANG KAUFMANN

Urlaub im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge ist kein uneingeschränktes Vergnügen. So bieten die Wälder voller umgestürzter, borkenkäferzerfressener Fichten, welche zudem vielfach die Wanderwege blockieren, einen zutiefst deprimierenden Anblick. Darüber hinaus stört auch das Gedränge an den zugänglich gebliebenen touristischen Brennpunkten. Und nun kommen noch zwei weitere Ärgernisse hinzu: Ständige Straßensperrungen und stundenlanger Hubschrauberlärm bei Tag und Nacht. Der Grund hierfür sind polizeiliche Aktionen gegen Schleuser, welche illegale Immigranten von Tschechien nach Deutschland schmuggeln. Hierzu einige typische Beispiele aus der jüngsten Zeit:

Am 23. Juni stoppte die Bundespolizei auf der Autobahn A 17 zwischen Prag und Dresden kurz vor Pirna einen Mercedes-Benz Vito mit 17 zusammengepferchten Asylsuchern an Bord, darunter fünf Kleinstkinder. Daraufhin flüchtete der ukrainische Fahrer eiligst zu Fuß, wonach sein Transporter unkontrolliert quer über die A 17 rollte und gegen ein Polizeifahrzeug krachte. Mit Hilfe von Hubschraubern und Spürhunden konnte der Schleuser später bei Großsedlitz gestellt werden.

Syrer wären womöglich erstickt

Sechs Tage später wollten die Beamten auf derselben Autobahn einen Renault Traffic kontrollieren. Der raste daraufhin unter „lebensbedrohlichen Umständen“, wie es in der offiziellen Pressemitteilung hieß, über Heidenau, Dohna und Pirna bis nach Goes. Dort rammte der Fahrer einen Streifenwagen und verschwand auf Nimmerwiedersehen im Dunkel der Nacht. Zurück blieben wiederum 17 illegale Immigranten aus der Türkei und Afghanistan.

Am 13. Juli ereignete sich dann ein noch dramatischerer Vorfall: Diesmal wich ein Schleuser auf der A 17 bei Bahretal kontrollierenden Polizisten aus. Dabei durchbrach sein Renault Traffic den Wildzaun neben der Autobahn, wonach sich das Fahrzeug überschlug. Die Beamten fanden in dem Transporter sieben verletzte Einwanderer, darunter ein Kind, sowie die Leiche einer jungen Frau. Ob sie bei dem Unfall oder schon vorher wegen Sauerstoffmangels oder Ähnlichem gestorben war, wurde bislang nicht mitgeteilt. Der zunächst geflohene, schließlich aber im Zuge eines weiteren aufwendigen Sucheinsatzes festgenommene Fahrzeugführer sitzt jetzt in Untersuchungshaft.

Der nächste große Schleuseralarm mit filmreifen Verfolgungsjagden ereignete sich am 26. Juli. Ein 35-jähriger Spanier wollte die Kontrolle seines Renault Master zwischen Schmilka und Bad Schandau verhindern und veranstaltete ein wildes Wettrennen mit den Sicherheitskräften, das über Königstein bis nach Pirna führte und dann auf dem Hof des Landratsamtes auf dem Sonnenstein endete. Dort lief der Schleuser davon und sprang über eine Mauer mehrere Meter in die Tiefe. Dabei zog er sich schwere Verletzungen zu, die ihn ins Krankenhaus brachten, während seine menschliche „Fracht“, 17 Syrer ohne Ausweispapiere, unversehrt blieb.

Erfolgreich war die Polizei auch am 2. August, als sie auf dem Rastplatz Heidenholz bei Breitenau an der A 17 zwei polnische Schleuser stellte, in deren Kühltransporter 22 Syrer saßen, darunter drei Kinder und zwei Frauen. Wäre die Entdeckung später erfolgt, hätten die Asylsucher in dem luftdicht verschlossenen Fahrzeug bereits erstickt sein können.

Weitere Einsätze unter Verwendung von Hubschraubern, Hunden und allerlei Polizeifahrzeugen erfolgten am 4. August auf der Zauckenstraße in Bad Schandau, am 6. und 8. August auf der A 17 zwischen dem böhmischen Peterswald und Pirna sowie am Wochenende des 12. und 13. August überall im ganzen Landkreis. Im ersteren Fall wurde ein Ford Transit mit zehn Syrern gestoppt, wobei der Fahrer auch hier zu fliehen vermochte. Beim darauffolgenden Vorfall krachte der Transporter der beiden Schleuser mit 22 illegalen Einwanderern an Bord auf der Flucht vor der Polizei in die Mittelleitplanke der Autobahn, wonach die Kriminellen gleichermaßen entwischten.

Mildes Urteil für einen Täter

Beim folgenden Fall wiederum ging den Beamten ein Ukrainer ins Netz, der seinen Dodge Caliber als Krankentransporter getarnt und darin sieben Syrer nach Deutschland gebracht hatte. Und zuletzt griff die Polizei dann innerhalb von zwei Tagen 102 illegale Immigranten in insgesamt sechs Fahrzeugen auf – dingfest machen konnte sie dabei freilich nur ein syrisches Schleuserduo. In dem Zeitraum, in dem all dies passierte, wurde im Landkreis lediglich ein Schleuser verurteilt. Dieser hatte im März mit einem schrottreifen Kleintransporter sechs Syrer unter lebensgefährlichen Umständen nach Deutschland gebracht, wo er der Polizei ins Netz ging. Dafür erhielt der 23-jährige ukrainische Bauarbeiter Mykola V., welcher sich offensichtlich dem Kriegsdienst zur Verteidigung seines Landes entzog, 15 Monate Haft auf Bewährung.

Bei derart verständnisvollen Richtern wird der Menschenschmuggel über die deutsch-tschechische Grenze wohl kaum enden. Allein im Juli registrierte die Bundespolizei mehr als 1500 illegale Einreisen von Immigranten aus Tschechien, wobei die Dunkelziffer gewaltig sein dürfte, wenn man die viel zu geringe Polizeipräsenz auf Landstraßen wie der S 172 und S 173 sowie die enorme Raffinesse und kriminelle Energie der Schleuser bedenkt.

Am wirksamsten wären neben harten Strafen scharfe permanente Kontrollen direkt an der Grenze, aber die zählen offenbar nicht zu den Themen, welche die politisch Verantwortlichen im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge aktuell umtreiben. Jedenfalls schrieben diese noch keine solchen Brandbriefe an Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) wie der Landrat des Landkreises Görlitz, Stephan Meyer (CDU).

Meyer bezeichnete Grenzkontrollen nun als „unerlässlichen Schritt“, nachdem er im April noch gleichlautende Vorschläge der AfD zurückgewiesen hatte. Die Kehrtwende des Christdemokraten resultierte nach Ansicht des AfD-Bundesvorsitzenden Tino Chrupalla aus Angst vor den Landtagswahlen in Sachsen im kommenden Jahr. Und da könnte es in der Tat zu einem Debakel für die Landes-CDU und deren rot-grüne Koalitionspartner kommen, wenn die derzeitigen Zustände weiter anhalten und dem immer mehr ausufernden Schleuserunwesen nicht alsbald ein Ende bereitet wird.

GESUNDHEIT

In der Ukraine tickt eine medizinische Zeitbombe

Forscher erschrecken über eine Lawine an Antibiotika-resistenten Keimen in dem Land, die sie so noch nie gesehen hätten

Der Krieg in der Ukraine hat viele Fronten. Eine davon verläuft quer durch die Kliniken des Landes. Hier kämpfen Mediziner verzweifelt gegen immer mehr Antibiotika-resistente Keime.

Das ganze Ausmaß dieses Ringens haben eine Pressemitteilung der südschwedischen Universität Lund sowie ein Fachartikel von elf schwedischen und ukrainischen Forschern um den Klinischen Bakteriologen Kristian Riesbeck in der Zeitschrift „Lancet Infectious Diseases“ mit dem Titel „Hochgradig multiresistente gramnegative bakterielle Infektionen bei Kriegsopfern in der Ukraine“ verdeutlicht. Darin wird berichtet, wie schwedische Bakteriologen auf Bitten des ukrainischen Mikrobiologen Oleksandr Nazarchuk von der Staatlichen Medizinischen Universität in Winnyzja zwischen Februar und September 2022 Proben von insgesamt 141 Patienten aus drei ukrainischen Kliniken untersuchten und zu welch alarmierenden Ergebnissen sie dabei gelangten.

Die Hälfte der gefundenen Bakterienstämme war resistent gegen das nur im Notfall einzusetzende Reserveantibiotikum Cefiderocol, 58 Prozent gegen das Breitbandantibiotikum Meropenem und 80 Prozent gegen das Kombinationspräparat Ceftazidim-Avibactam. Bei neun Prozent der gefundenen Erreger blieb jedwedes aktuell zur Verfügung stehende Reserveantibiotikum wirkungslos, was auch auf das als „letztes Mittel“ geltende, weil potentiell nierenschädliche Colistin zutraf.

Außerdem versagten bei sechs Prozent der gefundenen Krankenhauskeime sogar die neu entwickelten alternativen Medikamente auf der Basis der Kombination eines Beta-Lactam-Antibiotikums mit einem Beta-Lactamase-Hemmer. Dabei handelte es sich stets um Vertreter der Art Klebsiella pneumoniae. Von denen waren zudem auch ein Viertel gegen Colistin und alle gegen das als besonders wirksam erachtete Doppelpräparat Ceftolozan-Tazobactam resistent.

Forschungsgruppenleiter Riesbeck kommentierte diese Befunde mit drastischen Worten: „Ich bin ziemlich dickhäutig und habe zahlreiche Situationen mit Patienten und Bakterien miterlebt. Allerdings muss ich zugeben, dass ich noch nie zuvor auf derart resistente Bakterien gestoßen bin … Obwohl wir bereits in Indien und China ähnliche Fälle beobachten konnten, ist nichts vergleichbar mit dem in dieser Studie beobachteten Ausmaß an Resistenzen … Das macht mir große Sorgen … Während viele Länder der Ukraine militärische Hilfe und Ressourcen bereitstellen, ist es ebenso wichtig, sie bei der Bewältigung dieser aktuellen Situation zu unterstützen. Denn es besteht die Gefahr einer weiteren Ausbreitung resistenter Bakterien, die den gesamten europäischen Raum bedroht.“

Und mit Letzterem hat Riesbeck ganz zweifellos Recht. Immerhin werden ukrainische Kriegsopfer mittlerweile auch in zahlreichen Kliniken in Deutschland und anderen Ländern unseres Kontinents behandelt. Dazu kommt die Einreise von Millionen Flüchtlingen und Besuchern aus der Ukraine ohne entsprechende medizinische Untersuchungen beziehungsweise Tests. *W.K.*

Das Ostpreußenblatt

Preußische Allgemeine Zeitung | Gegründet 1950 | Nr. 34 · 25. August 2023

HEILSBERG

Auf dem Weg zum Kurort

Thermen, Gradierwerk und ein Gesundheitszentrum – Die erforderliche Infrastruktur entsteht

VON UWE HAHNKAMP

Seit einigen Jahren bemüht sich die Stadt Heilsberg um die ministerielle Anerkennung als Kurort. Zum 4. August war ein weiterer Schritt in diese Richtung getan worden. Am sogenannten Froschteich ist der geplante Gesundheitspavillon mit kleinem Gradierwerk und Salzgrotte fertiggestellt und für Besucher zugänglich gemacht worden. Der Bau einer naturheilkundlichen Klinik ist im Gange und das Gutachten für das Gesundheitsministerium in Vorbereitung.

Grundlage für das Gutachten sind die klimatischen Bedingungen in der Stadt Heilsberg: saubere Luft, Landschaft, die zwei Flüsse Simser und Alle sowie zwei Seen in der Nähe des Ortes. Zusätzlich liegt es in den Händen der Stadt Heilsberg, sich mit der Errichtung passender Infrastruktur auf die Anwendung der geographischen und geologischen Vorzüge sowie die damit einhergehende Zahl von Touristen und Kurgästen vorzubereiten.

In Heilsberg am Froschteich: Der Gesundheitspavillon *Foto: K. Onyszk/Radio Olsztyn*

Der Kurbezirk der Stadt

Alles begann mit dem Bau der ermländischen Thermen als Freizeitbad an der Ortseinfahrt aus Richtung Allenstein. Im Jahr 2021 konnte dann ein Sole-Gradierwerk in Betrieb genommen werden. Die sechs Meter hohe Anlage aus Kiefernholz mit einer Füllung aus Schwarzdorn sorgt für die Verdunstung des Salzwassers, das sich in einem Becken im unteren Teil befindet. Die gesamte Anlage mit Spazier- und Fahrradwegen im Tal der Simser wurde jetzt um weitere Elemente ergänzt. Der nahe gelegene, früher populäre, aber später zugewachsene Froschteich wurde freigelegt und mit hölzernen Stegen eingefasst.

An einer Seite steht der neu errichtete Gesundheitspavillon, in dem sich eine verglaste Rotunde befindet, in der Gäste von Liegen aus den Teich und die ermländische Landschaft genießen können. Es gibt dort auch eine Trinkhalle für Heilwässer, einen Rehabilitationssaal und eine Diagnosepraxis. „Im Zentrum des Pavillons für Entspannung und Erholung steht aber ein weiteres, kleineres Gradierwerk, das mit seiner angefeuchteten Luft eine beleuchtete Salzgrotte versorgt. Sie ist kostenfrei nutzbar“, erklärt Heilsbergs Bürgermeister Jacek Wiśniowska und ergänzt schmunzelnd: „In der Grotte haben nur zehn Personen gleichzeitig Platz, da werden wir vermutlich eine Anmeldeliste einrichten müssen.“

Diese Investitionen hat sich die Stadtverwaltung umgerechnet etwa neun Millionen Euro kosten lassen, von denen 60 Prozent Mittel von außen waren. Im Tal der Simser, das die Stadt Heilsberg teilweise für die Naherholung umgestaltet hat, sind mehr als vier Hektar von der Stadt erschlossen und zur Erbpacht ausgeschrieben worden. Dort baut zurzeit ein privater Investor eine naturheilkundliche Klinik, die das Angebot ergänzt.

Bald Bad Heilsberg?

Die Stadt Heilsberg bereitet ein Gutachten vor, auf dessen Grundlage das Gesundheitsministerium der Stadt den Status eines Heilbads verleihen soll. Darin sind unter anderem physiotherapeutische, heilende und rehabilitierende Maßnahmen bei Problemen des Kreislaufs, des Stoffwechsels und des Bewegungsapparats sowie neurologischen Störungen notiert.

Darüber hinaus hat die Stadt in Maßnahmen investiert, welche die Luft- und Wasserqualität erhalten und verbessern sollen (siehe Meldung). Eine lange Jahre stillgelegte Anlage zur Wasseraufbereitung wurde modernisiert und wieder in Betrieb genommen, ein neues Heizkraftwerk forciert die Umstellung von Kohle auf Gas und der öffentliche Nahverkehr wurde und wird auf elektrisch angetriebene Busse umgestellt.

KÖNIGSBERG

Höhere Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel

Die Inflation macht sich im Alltag bemerkbar – Stadt hofft auf Stabilisierung der Verkehrsbetriebe

Eine große Zahl von Einwohnern des Königsberger Gebiets nutzt die öffentlichen Verkehrsmittel. Straßenbahnen, Oberleitungsbusse, Busse und Minibusse sind von morgens bis abends auch auf den Straßen der Pregelmetropole unterwegs und befördern Zehntausende von Fahrgästen.

Die Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel sind ein fester Bestandteil des Budgets vieler Bürger, sodass die Nachricht, dass die Preise für Fahrkarten erheblich steigen werden, für Unmut sorgt.

Ab dem 1. Juli wurden im gesamten Königsberger Gebiet die Fahrpreise für Busse und Bahnen erhöht. Das letzte Mal fand eine Erhöhung im Jahr 2020 statt. Innerhalb von drei Jahren sind die Kraftstoffkosten um etwa 20 Prozent und die Preise für Ersatzteile aufgrund der Sanktionen um 60 Prozent gestiegen, sodass die Stadtverwaltung eine Erhöhung der Fahrpreise für gerechtfertigt hält. Die Behörde hofft, dass die Verkehrsunternehmen nun in der Lage sein werden, ihre Busflotte schneller zu erneuern und die Gehälter der Fahrer zu erhöhen. Bei der Erhöhung der Fahrpreise gibt es jedoch erhebliche Unterschiede, abhängig davon, welche Zahlart der Nutzer gewählt hat. Es gibt drei Möglichkeiten, den Fahrpreis zu bezahlen: mit der Sonderkarte „Volna Baltika“, einer Bankkarte oder in bar.

Für Inhaber der Karte „Volna Baltika“ steigt der Fahrpreis nur gering auf umgerechnet rund 30 Euro-Cent. Bei Barzahlung macht sich die Erhöhung am deutlichsten bemerkbar, was mit Absicht geschehen ist, um die Bürger zu ermutigen, zur bargeldlosen Zahlung überzugehen. Dies senkt die Kosten der Beförderer und ermöglicht eine möglichst genaue Verfolgung der Passagierbewegungen.

Beispiel für bargeldloses Zahlen: Sonderkarte „Volna Baltika“ *Foto: J.T.*

Darüber hinaus vermuten die Behörden, dass private Beförderungsunternehmen bis zu 30 Prozent ihrer Bareinnahmen nicht steuerlich melden. Nach Berechnungen der Stadtverwaltung zahlen etwa 50 Prozent der Nutzer die öffentlichen Verkehrsmittel immer noch in bar. Weitere etwa 30 Prozent verwenden Bankkarten. Und nur etwa 20 Prozent haben zur „Volna Baltika“ gewechselt. Für Kinder und Rentner wurden die Tarife nicht erhöht. Kinder können nach wie vor für umgerechnet 15 Cent fahren, Rentner können Monatskarten für umgerechnet drei Euro erwerben.

Jurij Tschernyschew

MELDUNGEN

Sauberes Trinkwasser

Heilsberg – „Es geht um die Sicherstellung von Trinkwasser. Die Station ist damit eine der wichtigsten Investitionen der Stadt in der letzten Zeit“, so Heilsbergs Bürgermeister Jacek Wiśniowski. Seit dem 21. Juli können die Bewohner im nördlichen Teil der Stadt unbedenklich Wasser aus dem Hahn trinken. Dank Mitteln aus dem Regierungsprogramm „Polnische Ordnung“ gelang es, die vor sieben Jahren stillgelegte Anlage zu modernisieren und wieder in Betrieb zu nehmen. Im selben Gebäude von 1906 hatte die erste Aufbereitungsanlage 110 Jahre ihren Dienst getan. Das Wasser aus drei Tiefenbohrungen dieser Station wird dort von Eisen, Mangan und Ammonium befreit und außerdem belüftet. „Es erfüllt damit alle Bedingungen und ist gesund“, lobte der Chef von „Polenwasser“ in Allenstein, Dariusz Wasiela, gegenüber Radio Olsztyn. *U.H.*

Neue Malerei auf Holz

Dietrichswalde – Aus Anlass der Feiern zum 670-jährigen Bestehen des Ortes Dietrichswalde entstanden im Jahr 2022 drei sogenannte Deskale. Sie sind seither eine touristische Attrakion. Der Begriff kommt vom Wort deska (Brett) und bezeichnet Malereien auf den Holzwänden alter Gebäude. Dabei ermöglicht das Holz als lebendiges Hintergrundmaterial eine sehr plastische, realistische Darstellung. In Dietrichswalde sind das Scheunenwände; die drei Gemälde des Künstlers Arkadiusz Andrejkow aus der Stadt Sanok in Südpolen kurz vor der Grenze zur Slowakei und der Ukraine spiegeln die Fotos ehemaliger Bewohner wider. Jetzt ergänzt er die Dietrichswalder Sammlung seiner Werke um ein viertes Bild nach einem Foto von drei Kindern Anfang der 1960er Jahre. Es entsteht auf einer Scheune nahe der Regionalstube, sodass sich aus dieser Initiative von Einwohnern und Freunden des Orts ein kleiner Rundweg entwickelt. *U.H.*

Glanz von Münzen

Lyck – Wer gerne historische Münzen, das Silberbesteck der Erbtante und andere Gegenstände aus Metall poliert, ist beim Historischen Museum in Lyck herzlich willkommen. Die Einrichtung kann sich dank einer Zuwendung des Ministeriums für Kultur und nationales Erbe an die Konservierung eines wertvollen Fundes machen. Es geht um den sogenannten „Schatz aus der Hauptstraße“. Vor zwei Jahren hatte die Lycker Historische und Forschungsgesellschaft „Jaćwież“ (Sudauen) 680 Münzen gefunden, hauptsächlich aus der Zeit der schwedischen Dynastie des Hauses Wasa, aber auch dänisches Geld. Dank umgerechnet 11.500 Euro aus Warschau werden sie nun fachmännisch gereinigt, über die Prüfung des Gehalts der Elemente sollen eventuelle Fälschungen aufgedeckt werden. Ein Teil des Schatzes war bereits ausgestellt, nach der Konservierung wird er vollständig gezeigt werden. *U.H.*

Wir gratulieren …

ZUM 101. GEBURTSTAG

Baldzun, **Ella**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 27. August
Walleit, **Erich**, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 31. August

ZUM 100. GEBURTSTAG

Rosslan, **Erich**, aus Schuttschenofen, Kreis Neidenburg, am 28. August

ZUM 99. GEBURTSTAG

Baumgardt, **Werner**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 25. August
Sander, **Hildegard**, geb. **Goerke**, aus Jagsten, Kreis Elchniederung, am 29. August
Wilimzik, **Ella**, geb. **Grubert**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 27. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Förster, **Lisbeth**, geb. **Slaby**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 31. August
Libuda, **Christel**, geb. **Steinert**, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 26. August

ZUM 96. GEBURTSTAG

Denda, **Willi**, aus Gregersdorf, Kreis Neidenburg, am 27. August
Fastnacht, **Peter**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 155, am 31. August
Köper, **Elise**, geb. **Albers**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 26. August
Ludwig, **Heinz**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 28. August
Mosebach, **Eva-Maria**, geb. **Linowski**, aus Ortelsburg, am 31. August
Reiß, **Erich**, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 31. August
Wischnewski, **Walter**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 26. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Kalisch, **Oskar**, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 26. August
Litzbarski, **Elly**, aus Bartzendorf, Kreis Neidenburg, am 25. August
Reeg, **Waltraut**, geb. **Riemann**, aus Schuditten, Kreis Fischhausen, am 30. August
Schmidtke, **Gretel**, geb. **Kersten**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 30. August
Schützhold, **Herta**, geb. **Stomber**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 26. August
Wayland, **Ruth**, geb. **Schettler**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 26. August
Werner, **Irmgard**, geb. **Quednau**, aus Windberge, Kreis Ebenrode, am 27. August
Wiekenberg, **Traude**, geb. **Abrams**, aus Liebstadt, Kreis Mohrungen, am 29. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Jarst, **Ewald**, geb. **Jablonowski**, Saberau, Kreis Neidenburg, am 29. August
Kästner, **Christel**, geb. **Reuber**, aus Groß Simnau, Kreis Mohrungen, am 27. August
Langer, **Irmgard**, geb. **Bilda**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 25. August
Leube, **Gisela**, geb. **Tolkmitt**, aus Neidenburg, am 31. August
Liss, **Georg**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 28. August
Manzau, **Lothar**, aus Tranatenberg, Kreis Elchniederung, am 26. August
Neumann, **Gerhard**, aus Ebenrode, am 28. August
Podbielski, **Erich**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 25. August
Schacht, **Gerda**, geb. **Schönsee**, aus Liebstadt, Kreis Mohrungen, am 29. August
Szech, **Horst**, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 27. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Charpentier, **Hildegard**, aus Groß Stürlack, Kreis Lötzen, am 25. August
Cziesla, **Hans-Jürgen**, aus Lötzen, am 26. August
Fandrey, **Helmut**, aus Lindendorf, Kreis Elchniederung, am 30. August
Fleisch, **Brigitte**, geb. **Pucks**, aus Watzum, Kreis Fischhausen, am 30. August
Marenski, **Artulf**, aus Ortelsburg, am 29. August
Meininger, **Gertrud**, geb. **Schuran**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 31. August
Richter, **Elfriede**, geb. **Torkler**, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 30. August
Strick, **Gertrud**, geb. **Jelinski**, aus Narzym, Kreis Neidenburg, am 31. August
Zielenski, **Eduard**, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, am 25. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Balczun, **Otto**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 29. August
Brust, **Munin**, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 30. August
Fleischer, **Eva**, geb. **Kallweit**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 25. August
Hartwich, **Erich**, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, am 29. August
Henke, **Gerda**, geb. **Böhnert**, aus Klogehnen, Kreis Mohrungen, am 29. August
Jahn, **Gertrud**, geb. **Symanzik**, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 29. August
Jera, **Manfred**, geb. **Gerhardt**, aus Treuburg, am 29. August
Kirchbach, **Evelin**, aus Kaltenborn, Kreis Neidenburg und aus Allenstein, am 25. August
Kleinfeld, **Eva**, geb. **Termer**, aus Groß Dirschkeim, Kreis Fischhausen, am 31. August
Schuff, **Eva**, geb. **Szielasko**, aus Treuburg, am 28. August
Tack, **Eva**, geb. **Melchien**, aus Worschienen, Kreis Preußisch Eylau, am 27. August
Wilhelm, **Edith**, geb. **Kulessa**, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 27. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Forbrig, **Dr. Irmgard**, geb. **Sdunkowski**, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 25. August
Gogolla, **Ruth**, geb. **Chilla**, aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, am 27. August
Herr, **Margarete**, geb. **Zacharias**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 31. August
Kägebein, **Christel**, geb. **Scheufele**, aus Groß Sakrau, Kreis Neidenburg, am 27. August
Kowalewski, **Ulrich**, aus Treuburg, am 28. August
Kowalzik, **Brunhilde**, aus Gutten, Kreis Treuburg, am 26. August
Materna, **Gisela**, geb. **Jorkowski**, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 25. August
Mollenhauer, **Edith**, geb. **Gehlhaar**, aus Kirschappen, Kreis Fischhausen, am 31. August
Schwarz, **Marlene**, geb. **Dingenthal**, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 27. August
Slowik, **Heinz**, aus Martinshagen, Kreis Lötzen, am 31. August
Stettin, **Edith**, geb. **Lasarzik**, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 27. August
Weiss, **Margarete**, geb. **Oberüber**, aus Walden, Kreis Lyck, am 25. August
Würzebesser, **Helga**, geb. **Sakautzki**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 25. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Biallas, **Hans**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 27. August
Friedemann, **Ingetraut**, geb. **Wollmann**, aus Sarken, Kreis Lyck, am 25. August
Harke, **Alfred**, aus Zöpel, Kreis Mohrungen, am 27. August
Krämer, **Erwin**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 27. August
Kunkel, **Manfred**, aus Karnitten, Kreis Mohrungen, am 27. August
Lenk, **Brunhilde**, geb. **Adamzik**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 31. August
Michalzik, **Manfred**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 25. August
Minio, **Ursula**, geb. **Latzol**, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 30. August
Springer, **Werner**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 26. August
Staudinger, **Ursula**, geb. **Raffalski**, aus Treuburg, am 25. August
Wenck, **Karl-Heinz**, aus Landsberg, Kreis Preußisch Eylau, am 31. August
Wilkop, **Alfred**, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 30. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Alikadic, **Anneliese**, geb. **Czybulka**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 26. August
Bandilla, **Klaus**, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 25. August
Bartolain, **Gertraud**, geb. **Szyslewski**, aus Gerswalde, Kreis Mohrungen, am 25. August
Bernhardt, **Sieglinde**, geb. **Gladers**, aus Ortelsburg, am 31. August
Bessel, **Lilli**, geb. **Lorenz**, aus Lyck, am 31. August
Butz, **Herta**, geb. **Kopp**, aus Wilhelmsheide, Kreis Elchniederung, am 25. August
Dierich, **Adeltraut**, geb. **Wizenti**, aus Ortelsburg, am 30. August
Ferck, **Irmgard**, geb. **Nitsch**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 25. August
Fiessel, **Frank**, aus Lyck, am 28. August
Hämisch, **Irmgard**, geb. **Sewzik**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 25. August
Kiesow, **Manfred**, aus Königsberg, Kreis Fischhausen, am 31. August
Lembke, **Edwin**, aus Hoppendorf, Kreis Preußisch Eylau, am 26. August
Marschall, **Siegfried**, aus Jäskendorf, Kreis Mohrungen, am 26. August
Matheus, **Horst**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 30. August
Naraschewski, **Beate**, geb. **Körnich**, aus Wehlau, am 27. August
Quaschni, **Edelgard**, geb. **Ruttkowski**, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 30. August
Weers, **Hildegard**, geb. **Soboll**, aus Siegersfeld, Kreis Lyck, am 27. August
Wittösch, **Erich**, aus Stucken, Kreis Elchniederung, am 26. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Amling, **Hans-Jürgen**, aus Peyse, Kreis Fischhausen und aus Schloßberg, am 31. August
Benscheid, **Achim**, geb. **Patzkautzkus**, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, am 30. August
Gudat, **Ernst-Reinhard**, aus Grünau, Kreis Tilsit-Ragnit, am 29. August
Hungerbühler, **Brigitte**, aus Preußisch Eylau, am 29. August
Junkuhn, **Helga**, geb. **Kluge**, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, am 31. August
Kamphaus, **Helga**, geb. **Zimmermann**, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, am 25. August
Langeloh, **Ursula**, geb. **Staats**, aus Langenberg, Kreis Elchniederung, am 25. August
Pfennig, **Karl-Werner**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 30. August
Rupertus, **Günter**, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 28. August
Sieg, **Eckart**, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg und aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 27. August
Wroblewski, **Horst**, aus Liebstadt, Kreis Mohrungen, am 25. August

ZUM 75. GEBURTSTAG

Ostermann, **Ursula**, geb. **Merchel**, aus Freidorf, Kreis Neidenburg, am 31. August
Rosenthal, **Karl-Heinz**, aus Ebenrode, am 28. August
Sackel, **Erika**, geb. **Schiweck**, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 27. August

ZUR GOLDENEN HOCHZEIT

Buff, **Helmut** und Ehefrau **Edeltraud**, geb. **Schwittay**, aus Groß Blumenau und Wallen, Kreis Ortelsburg, am 30. August

Dittchenbühne

Elmshorn – Dienstag, 12. September, 19 bis 21 Uhr, „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn, Telefon (04121) 89710; E-Mail: buero@dittchenbuehne.de, Anmeldung erforderlich: Geheimnisvolle Orte, Wolfgang Klietz präsentiert **„Mukran – Honeckers Superhafen“**. „Eine Brücke in das Land Lenins“ wurde die Fährverbindung zwischen Mukran auf Rügen und Memel in der Sowjetunion in den Medien der DDR genannt. Ab 1986 verbanden die größten Eisenbahnfähren der Welt beide Häfen und transportierten Rohstoffe und Maschinen, Panzer und Raketen, zum Schluss sogar Atomwaffen.

Wolfgang Klietz, Redakteur beim „Hamburger Abendblatt“, hat sich intensiv mit dieser Fährverbindung und ihrer Geschichte beschäftigt und darüber Bücher geschrieben. Außerdem war er als Ko-Autor bei der 45-minütigen ARD-Produktion „Mukran – Honeckers Superhafen“ tätig, die in der Reihe „Geheimnisvolle Orte“ zu sehen war. Klietz wird diesen Film in der Dittchenbühne zeigen und möchte danach mit den Zuschauern ins Gespräch kommen.

Zusendungen für die Ausgabe 36/2023

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 36/2023 (Erstverkaufstag 8. September) **bis spätestens Dienstag, den 29. August**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre **Unterstützung** in Anspruch zu nehmen.
Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

LO-Termine 2023

15. bis 17. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt
16. September: 26. **Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern** in Anklam
9. bis 15. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt
7. und 8. Oktober: 14. **Deutsch-Polnischer Kommunalpolitischer Kongress** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein
10. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
11. und 12. November: **Ostpreußische Landesvertretung** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen-Bundesgeschäftsstelle, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

PREUSSEN-KURIER

Landesgruppe – Die neue Ausgabe der Heimatnachrichten für Ost- und Westpreußen in Bayern ist erhältlich auf der Internetseite: www.low-bayern.de. Wieder sind wichtige und interessante Beiträge enthalten, darunter ein Gastkommentar von Gaby Schwarze zu einer Schenkung. Pfarrer Gülzow hat 1944 aus der Danziger St. Marienkirche einen wertvollen Paramentenschatz in den Westen retten können. Die Evangelische Kirche Deutschlands will diesen unter Widrigkeiten geretteten Schatz an die Republik Polen „zurückgeben“. Damit die EKD ihr Vorhaben überdenkt, gibt es eine Petition: „Verbleib-des-1944-geretteten-danziger-paramentenschatzes-im-luebecker-st-annen-museum“, die noch bis zum 31. Oktober unterzeichnet werden kann.

Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Tag der Heimat und Treffen

Darmstadt/Dieburg – Sonnabend, 2. September, 14.30 Uhr, Waldfriedhof: Kranzniederlegung zum Tag der Heimat. Sonnabend, 9. September: Nächstes Treffen nach der Sommerpause.

Jubiläum

Kassel – Donnerstag, 7. September, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldatalstraße 140: 75 Jahre Kreisverband, Kassel der LOW. Rückblick auf die Entwicklungen der Landsmannschaft in Kassel, in Hessen und auf Bundesebene.

FOTO: DIETER SCHETAT

Mit dem Planwagen unterwegs: Agrarökonom Ralph Schaab erzählt den Wiesbadenern auf der Fahrt durch die Felder des Bauernhofes Wissenswertes zur ökologischen Landwirtschaft und zum Klimaschutz

Sommerfest

Wiesbaden – Eigentlich wollten die Mitglieder und Freunde der Landsmannschaft ihr traditionelles Sommerfest wieder unter dem breiten und Schatten spendenden 60 Jahre alten Baum des „Hof-Erbenheim“ feiern. So hieß es denn auch in der Einladung „Beisammensein unterm Walnussbaum“. Doch die unvorhersehbare Wettersituation zwang zur Änderung des Vorhabens, zumal es am Vormittag noch kräftig geregnet hatte.

Aber pünktlich zur Planwagen-Rundfahrt durch die Wiesen und Felder des umweltfreundlich geführten Bauernhofes guckte die Sonne durch die Wolken, und das Wetter zeigte sich von einer freundlicheren Seite. Während der Fahrt über das Anwesen gab es vom Hausherrn Ralf Schaab – seines Zeichens ausgewiesener Fachmann in Pflanzenanbau und Agrarökonomie – manch Wissenswertes zur ökologischen Landwirtschaft und zum Klimaschutz zu hören. Ein Halt galt der „Schlesischen Linde“. Den Baum haben heimatvertriebene Landsleute gepflanzt, um sich dort zu treffen, und so die Erinnerung an ihre schlesische Heimat wach zu halten.

Vorsichtshalber wurde die anschließende Kaffeetafel in die regensichere Scheune des Bauernhofs verlegt. Dort war für eine angenehme Atmosphäre bereits alles hergerichtet. Unter der aufgespannten Fahne mit der Elchschaufel und dem eingespielten „Lied der Ostpreußen“ erfreuten sich die Gäste an Kaffee und reichlich Kuchen in mehreren Variationen, den zwei Damen des Gutshofes gebacken hatten.

Als Besonderheit präsentierte der Hausherr eine „Brottorte“, die nicht nur durch ihr Äußeres beeindruckte, sondern auch mit ungewöhnlichen Zutaten wie Möhren, Radieschen, Schmand, Käse und Schinken im Geschmack einzigartig war. Für manchen Gast hätte ein solches Tortenstück zugleich als Abendmahlzeit dienen können. Zur Erfrischung standen während des ganzen Nachmittags Säfte und Secco aus biologischem Anbau und eigener Kelterei sowie Mineralwasser zur Verfügung. Auch der Bauernladen war eigens für die Gäste zum Einkauf geöffnet.

Vergnügliche Abwechslung bereitete wieder das beliebte Würfelspiel, bei dem alle gerne mitmachten. Die glücklichen Gewinner Horst Dietrich, Sigrid und Heinrich Georg Becker sowie Erika Amann belohnte der Vorsitzende unter dem Beifall der Preußenschar mit Sektgeschenken.

Im nächsten Jahr soll es dann wieder heißen: „Beisammensein unterm Walnussbaum“ – und dann hoffen alle, dass sich das Wetter wieder von seiner besten Seite zeigt. *Dieter Schetat*

Nicht unter, aber in der Nähe des Walnussbaumes: Sommerfest der Wiesbadener Gruppe *Foto: Dieter Schetat*

PAZ wirkt!

Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende**: Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin**: Elke Ruhnke, **Geschäftsstelle**: Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail**: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, **Internet**: Ostpreussen-NRW.de

Termin in Düren

Düren - Mittwoch, 6. September: Besichtigung der Glashütte in Linnich. Die Heimatabende der Gruppe Düren e.V. finden jeden ersten Mittwoch im Monat statt.

Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Treffen

Dresden – Dienstag, 10. Oktober, 14 bis 17 Uhr, Büro (neue Anschrift), Großenhainer Straße 96, 01127 Dresden: Flammenmeer über Königsberg-Preußen.

Edith Wellnitz

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth- Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Adelheid Totz

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 12. September, 15 Uhr, „Haus im Stadtpark“: monatliches Treffen der Landsmannschaft „Ost-. Westpreußen und Danzig“ mit Autorin. Adelheid Totz aus Heiligenhafen, die über ihr interessantes Leben berichten wird. Gäste sind herzlich willkommen!

ANZEIGE

Preußische Allgemeine
Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name:
Vorname:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Telefon:

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter **www.paz.de**

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN:
Bank:
Datum, Unterschrift:

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-03-C

Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser ostpreußisches Schlemmerpaket

Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

Ebenrode

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 32657 Lemgo, Telefon (05261) 88139, Gerhard.kuebart@googlemail.com

Nachruf

Horst Keding aus Ballupönen ist am 20. Dezember 2022 im Alter von 95 Jahren verstorben. Er musste schon mit 17 Jahren 1943 Soldat werden und war bis 1948 in russischer Gefangenschaft.

Nach einer Maurer-Lehre stieg er von der Bau-Abteilung des Kreises Höxter bis zum Ministerialdirigenten im Bauministerium in der Landes-Regierung NRW auf. Gleich nach seiner Pensionierung 1992 organisierte er Treffen von Bewohnern der Rominter Heide, zuletzt 2015 in Bad Pyrmont. Keding unterstützte mit großen Spenden wiederholt die Aktivitäten unseres Beirats für Kultur. Mit diesen Verdiensten hat er unser dankbares, ehrendes Andenken hoch verdient.

Elchniederung

Kreisvertreter: James-Herbert Lundszien, Fritz-Reuter-Straße 24, 24601 Wankendorf, Telefon (04326)2195,
GF: Barbara Dawideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon/Fax (034203) 33567

Mitglieder- und Delegiertenversammlung

Bad Nenndorf – Von Freitag, 8. September, bis Sonntag, 10. September, Hotel Esplanade, Bad Nenndorf: Mitglieder- und Delegiertenversammlung/Kreistagssitzung. Freitag, 8. September: Kreistagssitzung/Delegiertenversammlung.

Sonnabend, 9. September, Bildvorträge aus der Heimat und Vortrag im Tagungsbüro. 12 Uhr: Mittagessen im Restaurant, 14 Uhr: Eröffnung der Mitgliederversammlung durch den Vorsitzenden mit Totenehrung. Es folgen die Verlesung geistlicher Worte und des Grußwortes des Landrats der Partnerstadt Nordhorn Uwe Fietzek. Es folgen Ehrungen, Rechenschaftsberichte, Wirtschafts- und Ertragsplan durch den Versammlungsleiter. Außerdem berichten die Kirchspielvertreter über Altes und Neues aus den jeweiligen Kirchspielen. Ferner stehen auch Wahlen auf der Tagesordnung. Anschließend kann ausgiebig plachandert werden.

Am Sonntag, 10. September, besteht Gelegenheit, den Gottesdienst in der Kirche Steinhude zu besuchen. *James-Herbert Lundszien*

Gerdauen

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, Fax (039000) 51317, **Gst.:** Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de

Bekanntmachung

Die Wahlvorschläge des Vorstandes sind in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* Nr. 21 / 2023 vom 26. Mai sowie im Heimatbrief „Kreis Gerdauen“ Nr. 71 / 2023 veröffentlicht worden. Bis zum Ablauf der Einreichungsfrist am 7. August wurde kein weiterer Wahlvorschlag seitens der Mitglieder eingereicht. Nach Paragraph 5 Absatz 3 der Wahlordnung gelten daher nachfolgende vom Vorstand vorgeschlagene Personen als gewählte Mitglieder des Kreistages der Heimatkreisgemeinschaft Gerdauen e.V. für die Wahlperiode 2023 bis 2027:

Beißel, Jörg, Kirchspiel Gerdauen;
Gruschwitz, Hannelore, Kirchspiel Gerdauen;
Meyer, Hans Eckart, Kirchspiel Gerdauen;
Nitsch, Uwe, Kirchspiel Gerdauen;
Plaumann, Dietmar, Kirchspiel Gerdauen;
Biewald, Doris, Kirchspiel Nordenburg/Karpowen;
Mogk, Walter, Kirchspiel Nordenburg/Karpowen;
Romagno, Margitta, Kirchspiel Nordenburg/Karpowen;
Schumacher, Arnold, Assaunen;
Bannick, Dirk, Kirchspiel Klein Gnie;
Holtermann, Gertrud, Kirchspiel Laggarben/Löwenstein;
Weppelmann, Monika, Kirchspiel Molthainen/Momehnen;
Hoffmann, Dietmar, Kirchspiel Muldszen;
Havertz-Krüger, Brigitte, Kirchspiel Abteilung GIRDAWE.

Kirsten Nelles
Vorsitzende des Wahlausschusses

Kreistagssitzung

Rendsburg – Sonnabend, 7. Oktober, 9.30 Uhr, Hotel Conventgarten, Hindenburgstraße 38-42: Kreistagssitzung.

Goldap

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. **Gst.:** Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Fax (04142) 812065, museum@goldap.de, www.goldap.de

Goldaper Heimattreffen

Stade – Freitag, 8., 11.30 Uhr, bis Sonntag, 10. September, Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen, Harsefelder Straße 44a: Goldaper Heimattreffen.

Auch im 80. Jahr nach Flucht und Vertreibung ist die Erinnerung an den Untergang des sieben Jahrhunderte deutsch besiedelten Ostpreußens wichtig und das Gedenken an die Vertreibung und deren Opfer geboten. Dies umso mehr, als sich seit 18 Monaten nicht sehr weit östlich davon, in der Ukraine, vergleichbare Vorgänge abspielen, wenngleich bislang gottlob nicht in vergleichbarer Dimension.

Zu unserem Kreistreffen, insbesondere zur Feierstunde in den Stader Wallanlagen am Sonntagvormittag um 11.30 Uhr, lade ich Sie namens der Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e.V. herzlich ein. Die Programmfolge entnehmen Sie bitte der nächsten Ausgabe der *PAZ*. *Stephan Grigat*

PAZ wirkt!

Heiligenbeil

Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, reyvio@web.de. **1. Stellvertreterin**: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Telefon (02354) 4408, brschulz@dokom.net; **2. Stellvertreterin**: Heidi Pomowski, Heinegras 42, 31840 Hess. Oldendorf, Telefon (05158) 2841, heidi.pomowski@t-online.de; **Kassenwart**: Arnold Hesse, Amselstraße 6, 26847 Detern, Telefon (04957) 575, Arnold.Hesse@ewetel.net; Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kreistreffen

Burgdorf – Freitag, 8., bis Sonntag, 10. September, Hotel und Gasthaus „Haase“, Lehrter Straße 12: Kreistreffen. Den Auftakt wird am Freitag, 8. September, unser Matjesessen (Selbstzahler) bilden. Wir bitten nur für das Matjesessen, nicht für das Kreistreffen, um Anmeldung bei der Kreisvertreterin Viola Reyentanz, Telefon (035343) 433 oder per E-Mail: reyvio@web.de.

Sonnabend, 9. September, 9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungssaales, 11.30 Uhr: Gedenkminute und Niederlegung von Blumen am Gedenkstein im Park, Bustransfer ab 11.15 Uhr vom Hotel, 14 Uhr: Nicht-öffentliche Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil im Hotel Haase, 16 Uhr: gemütliches Beisammensein mit Programm.

Sonntag, 10. September, 9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungssaales, gegen 10 Uhr: Platzkonzert der Schützenkapelle „Gehrden“, 11 Uhr: Feierstunde, Begrüßung durch die Kreisvertreterin Viola Reyentanz, Ostpreußenlied, Totenehrung (Arnold Hesse, Mitglied des Vorstandes), Choral von Leuthen (Nun danket alle Gott...), Grußworte, Ostpreußisches Intermezzo, Instrumentalstück, Schlusswort der Kreisvertreterin, Deutschlandlied 3. Strophe, 15 Uhr: offizielles Ende des Hauptkreistreffens. Änderungen des Programms vorbehalten. Für die Veranstaltung am Sonnabend und Sonntag ist keine Anmeldung notwendig.

Wir freuen uns auf Sie, bitte kommen Sie zahlreich. Besonders froh sind wir, dass auch ältere Landsleute der Erlebnisgeneration ihr Kommen angekündigt haben. Bitte nutzen Sie diese Gelegenheit zum Austausch und zu Gesprächen, die in den kommenden Jahren vielleicht nicht mehr möglich sein werden. *Der Vorstand*

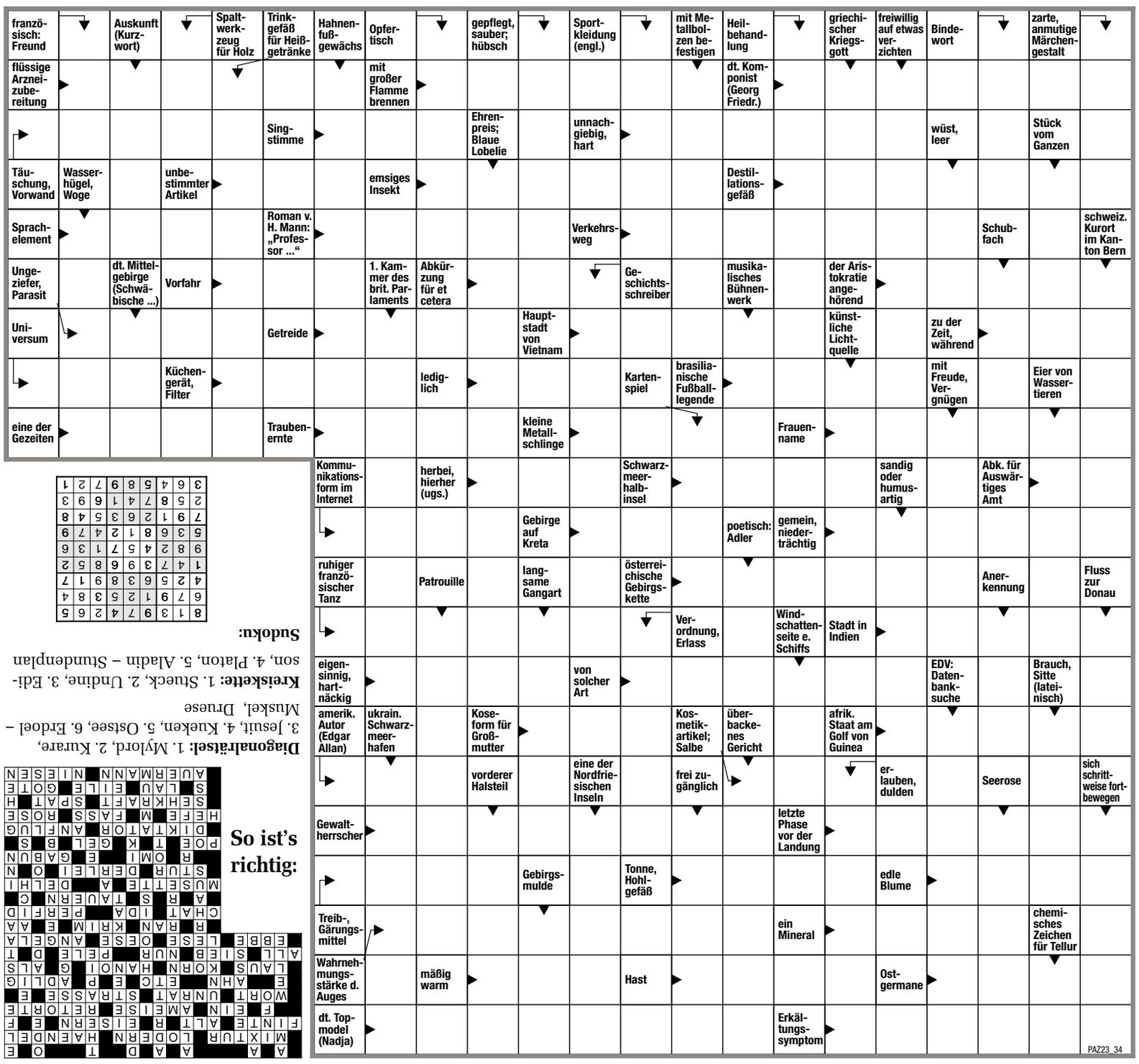
Johannisburg

Kreisvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01662 Meißen, Telefon (03521) 4592901, www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de; kodo48@aol.com; **Kassenverwalter:** Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, g.awoy@htp-tel.de

Kreistag- und Beiratssitzung

Dortmund – Sonnabend, 9. September, 10 bis 17 Uhr, Kongresszen-

Rätsel

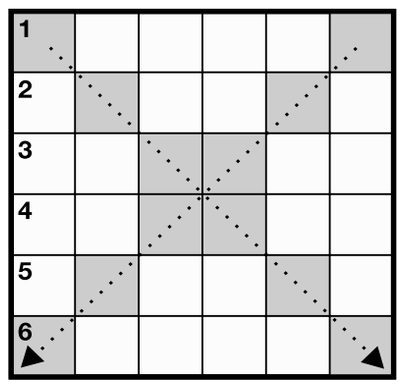


Sudoku

8			9		4			5
		9				3		
4	2						1	7
1			3		6			2
			4		7			
5			8		2			9
7	9						4	8
		8				6		
3			5		9			1

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



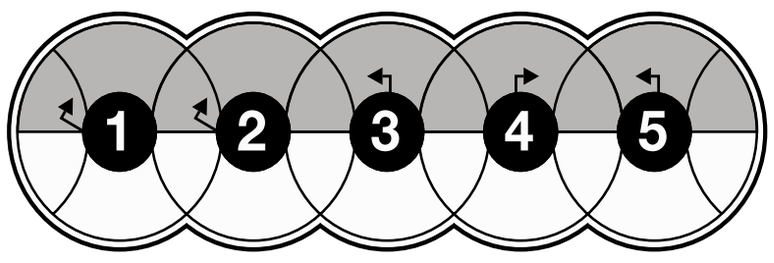
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Organe des menschlichen Körpers.

1 Anrede für einen engl. Adligen
2 indianisches Pfeilgift
3 Mitglied eines kath. Ordens
4 Junges der Henne
5 Nebenmeer des Atlantiks
6 flüssiger fossiler Rohstoff

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Zeittafel in der Schule.

1 Teil eines Ganzen, **2** Oper von Lortzing, **3** amerikanischer Erfinder (Thomas Alva), **4** griechischer Philosoph, **5** Gestalt aus „1001 Nacht“



So ist's richtig:

Sudoku:

8	1	3	9	7	4	2	6	5
6	7	9	1	2	5	3	8	4
4	2	5	6	3	8	9	1	7
1	4	7	3	9	6	8	5	2
9	8	2	4	5	7	1	3	6
5	3	6	8	1	2	4	7	9
7	9	1	2	6	3	5	4	8
2	5	8	7	4	1	6	9	3
3	6	4	5	8	9	7	2	1

Kreiskette: 1. Stueck, 2. Undine, 3. Edison, 4. Platon, 5. Aladin – Stundenplan

Diagonalrätsel: 1. Mylord, 2. Kurare, 3. Jesuit, 4. Kueken, 5. Ostsee, 6. Erdoel – Muskel, Druese

Heimatkreisgemeinschaften

trum Westfalenhalle: Kreistags- und Beiratssitzung. *Klaus Downar*

Hauptkreistreffen

Dortmund – Sonntag, 10. September, ab 9 Uhr, Kongresszentrum Westfalenhalle: Hauptkreistreffen *Klaus Downar*

Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Hauptkreistreffen

Hagen – Sonnabend, 26., bis Sonntag, 27. August, ab 11 Uhr, Hotel Mercure, Raum: Berlin + Siegen + Köln: Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Lyck, mit der Kreisgemeinschaft Treuburg als Gast und folgendem Programm:

Sonnabend, 26. August, 11 bis 12.30 Uhr, Archiv, Elbersufer 20: Möglichkeit zur Besichtigung, 14 Uhr, Rathausstraße 13, Rathaus der Stadt Hagen: öffentliche Kreistagssitzung, 17 Uhr, Stadtgarten Hagen: Kranzniederlegung an den Gedenksteinen, 17.30 Uhr, Hotel Mercure: Öffnung der Räume, 19 Uhr: Hotel Mercure, Raum Berlin: Heimatabend.

Sonntag, 27. August, 9.30 Uhr: Öffnung der Veranstaltungsräume, 11 Uhr, Raum Berlin + Siegen + Köln: Feierstunde, bitte die Tischaufteilung beachten, 14 Uhr: Begrüßung und gemütliches Beisammensein, 17 Uhr: Ausklang.

Diverse Heimatliteratur und Landkarten sind am Bücherstand erhältlich. *Bärbel Wiesensee*

Memel-Stadt/Land

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesnheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174)9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de. **Gst. für alle Memellandkreise:** Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim

Jubiläen

Memel – Sonntag, 1. Oktober, 15 Uhr, Hotel Aurora: Gründungsjubiläum der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise e.V. (AdM) und der Patenschaft zwischen Mannheim und Memel.

Die Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise e.V. wurde im Jahr 1948 in Hamburg gegründet und kann nunmehr im Jahr 2023 auf sein 75-jähriges Bestehen zurückblicken, und im Jahr 1953, vor 70 Jahren, wurde die im Jahr 1915 besiegelte Patenschaft zwischen Mannheim und Memel erneuert.

Diese beiden Jubiläen wollen wir, wie auch bereits das 50-jährige Bestehen der AdM, wieder gemeinsam mit Ihnen und unseren Landsleuten im Memelland in unserer Heimatstadt feiern. Der Bürgermeister von Memel, Arvydas Vaitkus, hat bereits seine Teilnahme zugesagt, wie auch der Chor unseres Vereins Heide aus Heydekrug. Im Anschluss laden wir zu einem gemeinsamen Essen ein.

Einlass zur Feier ist nur nach vorheriger telefonischer Anmeldung unter (06203) 43229 oder per E-Mail: memelland@admheddesheim.de bis zum 20. September möglich. Wir würden uns freuen, wenn recht viele Landsleute aus der Bundesrepublik Deutschland daran teilnehmen und auch am Dienstag, den 3. Oktober im Konzertsaal, dem früheren Schützenhaus, zum Tag der Deutschen Einheit bleiben.

Für Ende Oktober ist eine Jubiläumsfeier in Düsseldorf vorgesehen. Näheres in einer der nächsten Ausgaben. *Uwe Jurgsties, Karin Gogolka und Gerlinda Stunguriene*

Berliner Memellandgruppe

Berlin – Mittwoch, 30. August, 13 Uhr, Restaurant Ännchen von Tharau, Rolandufer 6, 10179 Berlin – S- und U-Bahnstation Jannowitz-Brücke, Telefon (030) 726202070: Spätsommertreffen.

Im Mittelpunkt unseres letzten Treffens am 29. März hatten wir uns vor allem mit der litauischen Annexion des Memellandes von 1923 beschäftigt, uns aber auch mit der Verbandspolitik der AdM auseinandergesetzt. Auch in unserem nächsten Treffen wird der unterschiedliche Umgang Litauens hundert Jahre nach der Annexion das Schwerpunktthema sein. Aktuelle Reiseberichte vom Sommer in Memel werden die aktuelle Situation beleuchten.

Natürlich sind uns auch Gäste aus anderen Kreisen Ostpreußens willkommen! Aus organisatorischen Gründen bitte ich Sie daher, mir kurz mitzuteilen, wenn Sie **nicht** an unserem Treffen teilnehmen können. Bitte sprechen Sie auf meinen Anrufbeantworter (030) 40100473 oder schreiben mir eine kurze E-Mail oder per Post an Ludolfingerweg 27, 13465 Berlin. *Hans-Jürgen Müller*

Mohrungen

Kreisvertreter: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. **Stellv. Kreisvertreterin:** Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. **Schatzmeister:** Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. **Geschäftsstelle:** Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365

Heimatkreistreffen

Bad Nenndorf – Sonnabend, 2. September, ab 14 Uhr, bis Sonntag, 3. September, ab 10 Uhr, Bahnhofstraße 8, Grandhotel Esplanade, L'Orangerie: Heimatkreistreffen mit folgendem Programm:

Sonnabend, 2. September, 14 Uhr: Einlass in die Veranstaltungsräume, Eröffnung der Ausstellung „Dörfer im Kreis Mohrungen", Film über Ostpreußen. Am Abend ein fröhliches Beisammensein mit Musik und kulturellen Einlagen.

Sonntag, 3. September, 10 Uhr: Einlass in die Veranstaltungsräume, 10.30 Uhr: Feierstunde, Begrüßung der Teilnehmer durch den neugewählten Kreisvertreter/in, Vorstellung der neugewählten Mitglieder des 10. Kreistages, Grußworte von Ehrengästen, Geistliches Wort und Totenehrung: Pfarrer i.R. Gerd E. Friede Kolakowski, musikalische Begleitung von Josephina Strößner: Land der dunklen Wälder..., Großer Gott wir loben dich..., Ännchen von Tharau und 3. Strophe des Deutschlandliedes... Es folgen Ehrungen, Schlussworte des/der Kreisvertreters/in, 14.30 Uhr: Mitgliederversammlung.

Zimmerbuchungen können Sie im Grandhotel Esplanade bei Familie Pittack unter Telefon(05723) 79811-0 oder per E-Mail: kontakt@hotel-esplanade.de buchen. Wir freuen uns auf ein gemeinsames Wiedersehen in Bad Nenndorf.

Bekanntmachungen

Bad Nenndorf – Freitag, 1. September: Kassenprüfung für das Geschäftsjahr 2022, anschließend tagt der Kreisausschuss. Sonnabend, 2. September, 10 Uhr: konstituierende Sitzung des Kreistages. Satzungsgemäß wurden für den Kreistag elf Mitglieder gewählt, diese sind: Ingrid Tkacz, Frank Panke, Luise-Marlene Wölk. Gisela Harder, Horst Sommerfeld, Ulrich Salewski, Josephina Strößner, Oliver Kaiser, Ute Strößner, Monika Buddych, Ottfred Baginski. Weitere vier sind als Nachrücker gewählt: Wolfgang Warnat, Axel Pohl, Claudia Raben, Heinz Fedrowitz.

Weitere Mitteilungen folgen nach dem HKT und der durchgeführten Sitzungen.

Wahlergebnis zum 10. Kreistag

Bönen – Am 20. Juli tagte der 10. Kreistag. Abgegebene Stimmzettel: 174, gültige Stimmzettel: 174.

1. Tkacz, Ingrid (147), 2. Panke, Frank (138), 3. Wölk, Marlene (130), 4. Harder, Gisela (115), 5. Sommerfeld, Horst (100), 6. Salewski, Ulrich (87), 7. Strößner, Josephina (80), 8. Kaiser, Oliver (74), 9. Strößner, Ute (73), 10. Buddych, Monika (73), 11. Baginski, Ottfred (72), 12. Warnat, Wolfgang (72), 13. Pohl, Axel (66), 14. Raben, Claudia (64), 15. Fedrowitz, Heinz (42).

Für den Kreistag gewählt sind die elf Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten haben. Die nachfolgenden Kandidaten gelten als Nachrücker! Wahlleiter: Günter Keuchel, Beisitzer: Luzie Brüggemann, Rolf Brüggemann.

Osterode

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736. **Geschäftsstelle:** Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, Tel.: (05522) 919870. E-Mail: kgoev@t-online.de; **Sprechstunde:** Do. 14 bis 17 Uhr

Mitgliederversammlung

Lüneburg – Freitag, 15. September, 15.30 bis 17 Uhr, Bergström Hotel, Raum: „Daimler": Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen e.V. im Rahmen des Jahrestreffens mit folgender Tagesordnung:

1. Begrüßung, 2. Genehmigung des Protokolls der Mitgliederversammlung vom 16. September 2022, 3. Jahresbericht des Kreisvertreters, 4. Jahresrechnung 2022, 5. Bericht der Kassenprüfer, 6. Aussprache und Genehmigung des Jahresberichtes des Kreisvertreters und der Jahresrechnung, 7. Entlastung des Vorstandes, 8. Ergänzung der Satzung zu Paragraph 7, 9. Vorstandsarbeit, 10. Wiederaufnahme von Jürgen Ehmann in den Vorstand, 11. Verschiedenes.

Anmerkung zu TOP 8: Paragraph 7 (4): „Beschlüsse der Mitgliederversammlung sind in einem vom Protokollführer zu unterzeichnenden Protokoll niederzulegen." *Burghard Gieseler*

Preußisch Holland

Kreisvertreter: Monika Hinz, Matthiasstraße 38, 50354 Hürth, Telefon (02233) 9493322, E-Mail: KreisPrHolland@t-online.de

Kreistreffen

Itzehoe – Sonnabend, 9., und Sonntag, 10. September, Café Schwarz: Kreis- und Jubiläumstreffen: 70 Jahre Patenschaft Itzehoe- Stadt Pr. Holland und Kreis Steinburg – Kreis Pr. Holland, 60 Jahre Krempe und Reichenbach.

Wehlau

Kreisvertreter: Uwe Koch, Schobüllerstraße 61, 25813 Husum. Telefon (04841) 663640. **Schriftleiter:** Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. **Internet:** www.kreis-wehlau.de

Mitgliederversammlung

Bassum – Sonnabend, 2. September, 13.30 Uhr, Vorwerk der Freudenburg, Amtsfreiheit 1a: Mitgliederversammlung im Rahmen des Hauptkreistreffens mit folgender Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung durch den Vorsitzenden, 2. Totengedenken, 3. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, 4. Feststellung der Beschlussfähigkeit (bei nicht ausreichender Beschlussfähigkeit wird die Versammlung für 30 Minuten unterbrochen und dann erneut eröffnet), 5. Genehmigung der Tagesordnung, 6. Grußworte, 7. Jahresberichte des Vorstandes, a. Vorsitzender, b. 2. Vorsitzender, Heimatbriefredaktion, Heimatbücher, Mitgliederbetreuung, Schatzmeister, c. Werner Schimkat Internetauftritt, d. Hauke-Hermann Eggert, Aktuelles aus der Heimat, 8. Bericht der Kassenprüfer über Haushalte 2022, 9. Entlastung des geschäftsführenden Vorstandes, 10. Beratung und Beschluss über den Haushaltsplan 2024, 11. Wahlen: 1. Vorsitzender, 2. Vorsitzende, Schatzmeister, zwei Beisitzer, 12. Beratungen und Beschluss über die Terminplanung 2022 und 2023, 13. Beratung und Beschluss über die eingegangenen Anträge der Mitglieder, 14. Beratungen über die Zukunft der Kreisgemeinschaft, (siehe Heimatbrief 103 Seite 168 und folgende), 15. Anfragen und Anregungen der Mitglieder, 16. Schlusswort des Vorsitzenden, 17. Ostpreußenlied.

Zum Nachmittagskaffee lädt die Kreisgemeinschaft ein.

Wer für zehn Euro um 17 Uhr am Abendessen teilnehmen möchte, sollte sich bis zum 28. August bei Gerd Gohlke, unter Telefon (0171) 5317 892 anmelden. Um 19 Uhr beginnt das diesjährige Kreistreffen.

Über eine zahlreiche Beteiligung würden wir uns, auch im Interesse unserer Gemeinschaft sehr freuen. *Gerd Gohlke und Ingrid Eigenbrod*

Hauptkreistreffen

Bassum – Sonnabend, 2. September, 13.30 Uhr, bis Sonntag, 3. September: Hauptkreistreffen.

Sonnabend, 2. September, 13.30Uhr: Mitgliederversammlung (siehe oben), 19 Uhr, Tapiauer Stein im Park der Freudenburg: Gedenken, 19.30 Uhr, Vorwerk: Gemäldeausstellung, gemütliches Zusammensein mit Erzählungen, Bildern, Kurzfilmen, Gesang und Zeit zur Unterhaltung.

Sonntag, 3. September, 10.30 Uhr, Kreismuseum in Syke, Park des Kreishauses Syke: Gedenken am Wehlauer Stein, 11 Uhr: Feierstunde zu 50 Jahre Patenschaften Tapiau-Bassum, Syke-Wehlau, Begrüßung, Grußworte, Festvortrag zur Geschichte der Patenschaften und des Wehlauer Heimatmuseums, Ostpreußenlied, 13 Uhr: Die Kreisgemeinschaft Wehlau lädt zu Erbsensuppenessen ein, 14 Uhr: Besichtigung der überarbeiteten Dauerausstellung im Wehlauer Heimatmuseum und des Forums „Gesseler Goldhort" mit der Möglichkeit zur Pause im Museumsgarten, bei schlechtem Wetter auf der Diel des Kreismuseums, 17 Uhr: Schluss des Kreistreffens.

PAZ wirkt!

ANZEIGE

Aus der Heimat einst vertrieben -
die Du doch so sehr geliebt,
kehrst Du heim in Gottes Frieden,
wo der Herr Dir Ruhe gibt.

„Er hat den Verlust seiner ostpreußischen Heimat nie verwunden."

Heinz Komatowsky
Fregattenkapitän a.D., M.V.O.

* 30 Juli 1928 Königsberg/Pr.
† 18. Juli 2023 in Bonn-Bad Godesberg

In Dankbarkeit

Deine Kinder
Tatjana und Sascha
im Namen alller Angehörigen

Kondolenzanschrift:
Tatjana Komatowsky, Bahnhofstraße 2a, 53604 Bad Honnef

Die Trauerfeier und Urnenbeisetzung fanden im engsten Familienkreis auf dem Burgfriedhof in Bonn-Bad Godesberg statt.

Auf Wunsch unseres Vaters wird eine Spende erbeten an den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., IBAN: DE23 5204 0021 0322 2999 00, Verwendungszweck: „Mitgliedsnr. 2869498, Heinz Komatowsky."

ANZEIGE

*Du siehst den Garten nicht mehr grünen,
in dem du einst so gern geschafft.
Siehst deine Blumen nicht mehr blühen,
weil dir dein Leben nahm die Kraft.*

Wir nehmen Abschied in Liebe und Dankbarkeit von unserer Mutter, Schwiegermutter und Oma

Maja Bellinger
geb. Ditkuns

* 4.5.1931 Baltruschkehmen/Ostpr.
† 7.8.2023 Hanau/Main

Gabriele Bellinger
Burkhard Bellinger
Bettina und Hubertus Klose
Christina Klose und Dr. Frederik Wisser
Katharina und Maximilian Amrhein
Hubertus Klose jun.

Die Beerdigung fand am Donnerstag, dem 17. August 2023, um 14.00 Uhr auf dem Friedhof in Schöneck-Oberdorfelden statt.

CHRISTIAN MORGENSTERN

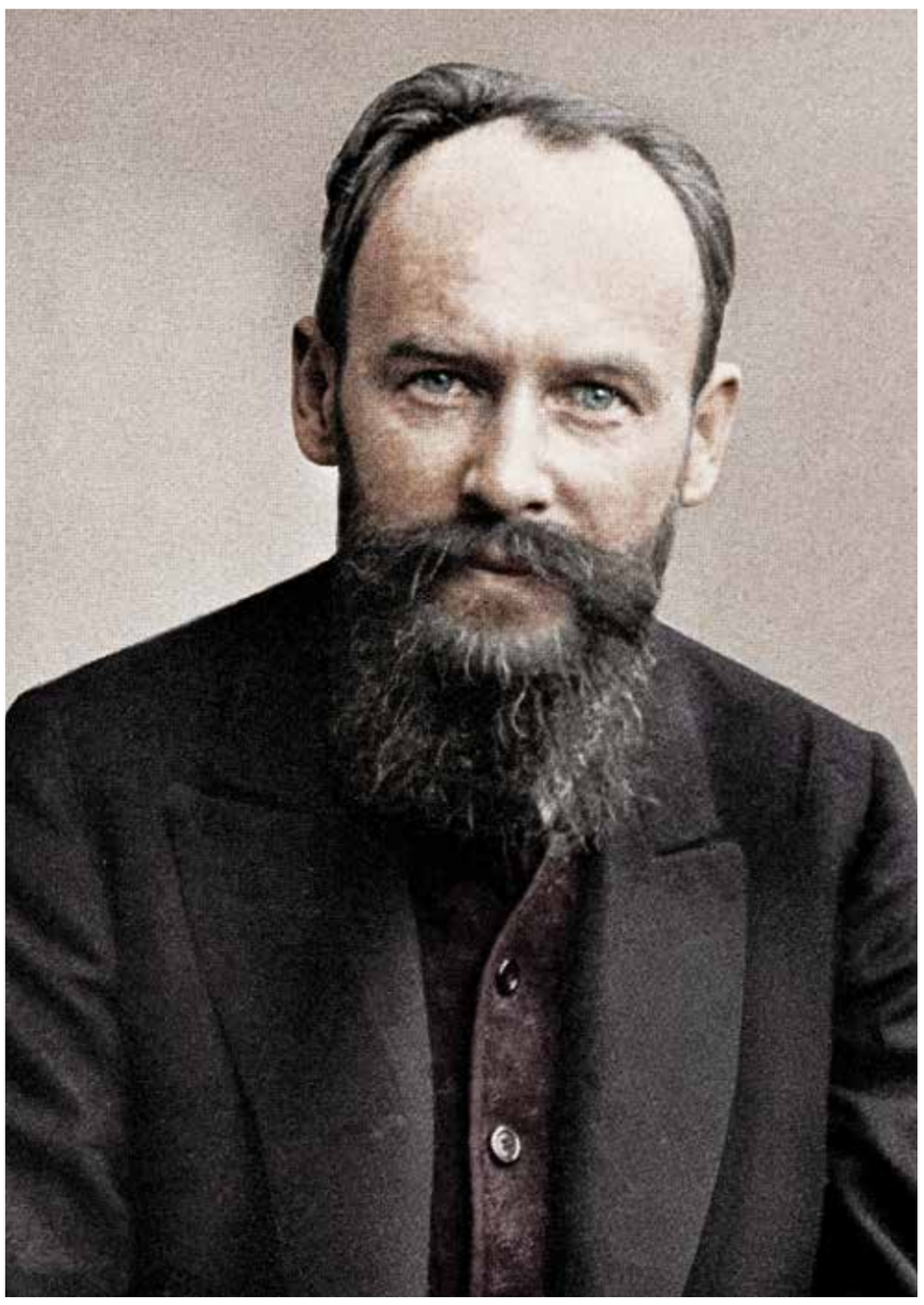
Die Liebe zu Mondscheinnächten

Nachkomme eines Malergeschlechts – Eine Veranstaltung in Werder erinnert an den großen Lyriker

VON LIENHARD HINZ

Wer kennt nicht die stimmungsvollen, malerischen Naturgedichte von Christian Morgenstern? In der Sprechwerkstatt „Meine Morgenseele“ haben Mitglieder der Christian-Morgenstern-Gesellschaft in Werder (Havel) ihre Freude daran. Gedichte wie „Vormittag am Strand“ und „Mittag-Stille“ verraten eine tiefe Verbundenheit mit der Natur, welche der Dichter schon in der Kindheit verinnerlichte. „Der Vater suchte als freier Landschafter gerne die Gebirgsseen auf, und das Kind wurde zu aller Freude überallhin mitgenommen“, erzählt Michael Bauer in seinem Buch „Christian Morgensterns Leben und Werk“.

Der Vater Carl Ernst Morgenstern, 1847 in München geboren, erhielt 1883 als Landschaftsmaler eine Professur an der Kunstgewerbeschule in Breslau. Von 1890 bis 1928 lebte er in Wolfshau bei Krummhübel im Riesengebirge. „Der am 6. Mai 1871 in München geborene Sohn erhielt in der Taufe die Namen: Christian Otto Josef Wolfgang. Christian nach dem Großvater Christian Morgenstern, dem bedeutenden Landschaftsmaler; Josef nach dem Großvater mütterlicherseits, dem ebenfalls angesehenen Landschafter Josef Schertel; Otto nach seinem Paten, dem Hamburger Kunsthändler Arnold Otto Meyer. Der Name Wolfgang aber sollte die Liebe der Mutter zu Wolfgang Amadeus Mozart bekunden.“ Von Morgensterns nahem Freund Bauer erfährt man, dass der Dichter sich in einem vorwiegend autobiographisch angelegten Roman als Sohn eines Malergeschlechts darstellen wollte. Der Roman ist Fragment geblieben.



Christian Morgenstern: Porträtaufnahme, digital choloriert *Foto: pa*

300 Jahre Familiengeschichte

Die Familienforschung des Malergeschlechts Morgenstern reicht 300 Jahre zurück. Einen Stammbaum väterlicherseits zeigt Gerhard Kölsch im vom Museum Giersch herausgegebenen Band „Carl Morgenstern und die Landschaftsmalerei seiner Zeit“. Der thüringische Hofmaler Johann Christoph Morgenstern (Altenburg 1697 – Rudolstadt 1767) bildete seine beiden Söhne zu Kunstmalern aus. Die Nachkommen des älteren Sohnes Friedrich Wilhelm Christoph Morgenstern (Rudolstadt 1736 – Rudolstadt 1798) waren Johann Heinrich Morgenstern (Altona 1769 – Hamburg 1813) und Christian Ernst Bernhard Morgenstern (Hamburg 1805 – München 1867) sowie Professor Carl Ernst Morgenstern, der Vater des Dichters.

Neben dieser Hamburg-Münchener Linie sorgte der zwei Jahre jüngere Sohn Johann Ludwig Ernst Morgenstern (Rudolstadt 1738 – Frankfurt a. M. 1819) mit seinen Nachkommen für die Frankfurter Linie der Landschafts- und Porträtmaler: Johann Friedrich Morgenstern (Frankfurt a. M. 1777 – Frankfurt a. M. 1844), Carl Morgenstern (Frankfurt a. M. 1811 – Frankfurt a. M. 1893) und Friedrich Ernst Morgenstern (Frankfurt a. M. 1853 – Frankfurt a. M. 1919).

Die Frankfurter Linie beschreibt Inge Eichler im Buch „Die Frankfurter Malerfamilie Morgenstern in fünf Generationen“. Johann Ludwig Ernst Morgenstern war Zeichenlehrer in Goethes Elternhaus und porträtierte die Kinder Cornelia und Johann Wolfgang Goethe. Im Zeichenunterricht vermittelte er dem jungen Goethe das perspektivische Gerüst für die Tiefenräumlichkeit. Johann Wolfgang von Goethe besuchte seinen Zeichenlehrer noch 1815 in seinem Atelier auf der Frankfurter Zeil.

Goethe bewunderte Morgensterns „Miniaturcabinett“

Dieser schuf dort mit seinem Sohn auch das von Goethe bewunderte „Morgenstern’sche Miniaturcabinett“, eine Sammlung eigenhändiger Reproduktionen zeitgenössischer Gemälde. Auch der Enkel Carl Morgenstern wirkte daran mit. Der Frankfurter Maler Carl Morgenstern lernte nicht nur von seinem Vater Johann Friedrich, sondern auch von Christian Morgensterns Großvater Christian Ernst Bernhard Morgenstern.

Dazu reiste Carl Morgenstern 1832 nach München. Der Dichter Christian Morgenstern konnte seinen Großvater nicht kennenlernen, schätzte aber seine Kunstwerke so, dass er ihm den 1906 erschienenen Gedichtband „Melancholie“ widmete. Er enthält bildliche Gedichte, wie das folgende.

Bild aus Sehnsucht

Über weite braune Hügel
führt der Landmann seinen Pflug.
Droben mit gestrecktem Flügel
schwimmt des Adlers breiter Bug

Fern aus Höfen unter Bäumen
zittert Rauch im Morgenglanz.
Und die fernste Ferne säumen
Wälder wie ein dunkler Kranz.

(Morgenstern II 1992, S. 28)

Gemälde des Vaters Carl Ernst Morgenstern: Blühende Apfelbäume *Foto: imago/piemags*

Dieses Gedicht ist dem zweiten Band der Stuttgarter Ausgabe „Christian Morgenstern. Werke und Briefe“ entnommen. In einem Brief schreibt der Dichter 1894 einer Freundin: „Weißt Du, mein Großvater steht wieder in mir auf, mit seiner Liebe zu Mondscheinnächten und phantastisch gewaltigen Lüften, zu weiten Ebenen und zur weitesten Ebene: dem Meere. Ich bin Maler bis in den letzten Blutstropfen hinein – Und das will nun heraus ins Reich des Wortes, des Klanges – eine seltsame Metamorphose.“ An dieselbe Freundin schreibt er fünf Jahre später: „Überhaupt der Maler in mir! Der ist meine eigentliche Seele, nach wie vor. Ich ertrinke manchmal fast in den zahllosen Wirkungen der Natur auf mich.“ (Morgenstern IV 2001, Seite 680)

● **Hinweis** In der Veranstaltungsreihe „Treffpunkt Galgenberg“ bietet die Christian-Morgenstern-Gesellschaft in Werder (Havel) am 16. September 2023 um 16 Uhr den Vortrag „Der Dichter Christian Morgenstern als Sohn eines Malergeschlechts“ an.

BUWELNO-SEE

Wo Zander, Hechte und Aale leben

Der Buwelno-See/Martinshagener See [Jezioro Buwełno] ist ein langgestreckter von Süden nach Norden verlaufender See in Ostpreußen, der nordwestlich der Stadt Arys [Orzysz], Kreis Johannisburg [Pisz] liegt.

Der See liegt 117 Meter über dem Meeresspiegel und umfasst eine Fläche von 360 Hektar. Er hat eine maximale Tiefe von 49,10 Metern, eine Breite von 700 Metern und eine Länge von 8,8 Kilometern. Die Länge seiner Küstenlinie beträgt 20,725 Kilometer. In dem Angelgewässer können Zander, Felchen, Hechte und Aale gefangen werden.

Der See liegt zwischen Wiesen und Feldern. Im Norden verbindet den See ein kleiner Bach mit dem Hessen-See [Jezioro Wojnowo], der wiederum mit dem Löwentin-See [Niegocin] verbunden ist.

Im südlichen Teil besteht eine Kanalverbindung zum Ublick-See. Das Dorf Czierspienten/Seehöhe [Cierzpięty] liegt am Südufer, im Westen Martinshagen [Marcinowa Wola]. Etwa einen Kilometer westlich des Sees befindet sich das Naturschutzgebiet Nietlitzer Bruch [Bagna Nietlickie].

In der Zwischenkriegszeit gab es Pläne, den Martinshagener See mit dem zwei Kilometer entfernten Türkle-See [Tyrkło] mit einem Kanal zu verbinden, der die Schifffahrt zwischen diesen Seen und dem Spirding-See [Śniardwy] und über die Kanäle mit dem Nikolaiken-See [Jezioro Mikołajskie], dem Talter Gewässer

Eingebettet in grüne Wiesen: Der Buwelno/Martinshagener See nordwestlich von Arys *Foto: mef*

[Tałty] und weiter bis Rhein [Ryn] und Lötzen [Giżycko] ermöglicht hätte.

„Masurische Schleife“ in der Planung

Vor wenigen Jahren brachte Zbigniew Włodkowski, Mitglied des Sejm von 2005 bis 2007 und 2011 bis 2014, stellvertretender Minister für Nationale Bildung von 2007 bis 2011 und seit 2014 Bürgermeister von Arys diese Idee erneut zur Sprache. Die neue Wasserstraße mit der Bezeichnung „Masurische Schleife“ soll den Hauptverkehrsweg über die vorgenannten Seen entlasten. Dabei wurde auch ein zwischen den Seen liegender etwa 60 Meter hoher Hügel angesprochen, der mit einem 300 bis 700 Meter langen Tunnel unterquert werden solle. Wegen einer Bausumme von umgerechnet etwa 67 Millionen Euro allein für den Tunnel wurde dieses Projekt aber nicht weiter verfolgt.

mef

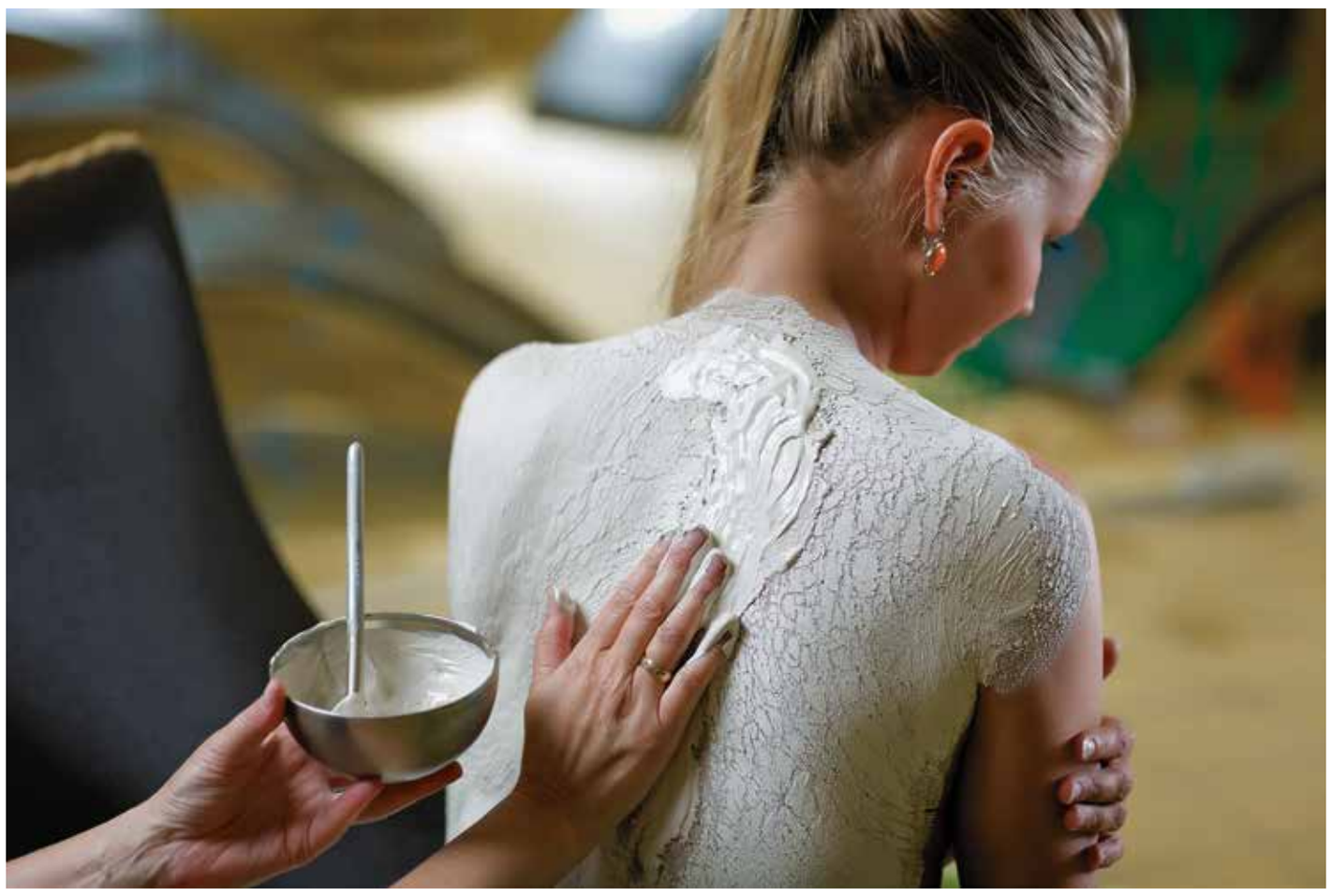
● **Weitere Informationen** https://inzynieria.com/geoinzynieria/projekty/46555,mazury-tunele-polacza-jezioro-tyrklo-i-buwelnostern

GESUNDHEIT UND WELLNESS

Das „weiße Gold“ der Insel Rügen

Heilkreide: Balsam fürs Auge, für Körper und Seele

VON TORSTEN SEEGERT



Wellness pur auf Rügen: Das reine „weiße Gold“, dazu Meerwasser und Wärme ergibt ein nachgewiesenes Heilmittel, das den Stoffwechsel anregt, entschlackt, der Haut guttut und bei bestimmten gesundheitlichen Problemen unterstützt *Foto: Parkhotel Rügen*

Wer kennt sie nicht? – Die Kreidefelsen der Insel Rügen. Sagenumwoben, von Caspar David Friedrich auf Leinwand gebannt, gilt Kreide heute als das „weiße Gold“ der Insel. Obgleich auch auf Wollin, an der Dievenow, bei Cammin oder Kolberg zu finden, ist „Rügener Kreide“ etwas Besonderes. Feinkörnig und hochporös entstand sie in der Kreidezeit – also vor etwa 70 Millionen Jahren. Genutzt wird sie aber nicht nur von der Industrie sondern längst auch zur Heilung.

Rohstoff erkannt

Nachweislich begann bereits um 1720 der Abbau der Kreide – nicht auf Jasmund, sondern am Hohen Ufer der Granitz. Hier ließ Graf Moritz Ulrich zu Putbus eine Kalkbrennerei anlegen, deren Name „Kalkofen“ sich bis heute gehalten hat. Doch der eigentliche Abbau erfolgte erst mit den Aktivitäten des pommerschen Naturforschers und Unternehmers Friedrich von Hagenow (1797-1865). Hagenow, dem die Insel schon als junger Mann vertraut war, pachtete sämtliche Kreidebrüche und ließ die gebrochene Kreide nach Greifswald zum Aufschlämmen bringen. So wurde die Halbinsel Jasmund zum Zentrum einer ganzen Branche. Allerdings machten sich die entstandenen Kreidebrüche erhebliche Konkurrenz, weshalb auch Hagenow letztlich aufgab. Erst Ende des 19. Jahrhunderts bildete sich schließlich ein Kartell, welches sowohl Preise als auch Fördermengen absprach.

Breites Verwendungsspektrum

Neben der industriellen Verwertung – u.a. für die Stettiner Zementindustrie – rückten Anfang des 20. Jahrhunderts gesundheitliche Anwendungen ins Blickfeld. So wurde die Zusammensetzung der „Sassnitzer Heilkreide“ am Chemischen Institut der Universität Breslau untersucht. Im Ergebnis wurde ein Anteil von 98,55% „kohlensaurem Kalk“ (CaCo3) ausgewiesen. Zudem prüfte man auch ihr thermisches Verhalten. Im Gegensatz zu anderen Schlammbädern gab Kreide ihre Wärme langsamer ab, war geruchlos und hygienisch. Zunächst im Kreiskrankenhaus Bergen, dann im Kreideheilbad Sassnitz, begann man nun mit den Heilkuren. Schon bald empfahl man sie bei Ischias, Rheuma, Gicht und Gelenkentzündungen. Neben Bädern, kosmetischen Kompressen und Umschlägen wurden sogar Inhalationen angeboten. Letztere sollten auch in den Folgejahren Gegenstand von Untersuchungen – u. a. an der Universität Greifswald – sein. Im Kurpreis enthalten waren Heilbäder, Kreideumschläge, Unterkunft, Verpflegung, Kurtaxe und Arzthonorar.

Erste Vermarktung misslungen

Parallel dazu bewarb sich Sassnitz als Kreideheilbad und bat am 9. März 1935 beim Rügener Landrat um eine entsprechende Fürsprache beim Preußischen Staatsministerium. Dem Wunsch nach staatlicher Anerkennung waren tiefgründige und kostspielige Untersuchungen vorausgegangen. Zumal: Kreide war ausreichend vorhanden und die Anwendungen konnten sowohl in Sassnitz als auch ortsunabhängig erfolgen. Zum Zweck des Ausbaus des Kreideheilbades und der Erschließung weiterer Geschäftsfelder, wie dem Versand von Kreidedosen und Packungen, erfolgte die Gründung der Rüganeschen Kreideheilbad GmbH. Auch wenn deren Geschäftstätigkeit schon bald zum Erliegen kam, sozusagen „ruhte“ und schließlich 1941 gelöscht wurde, gingen die Aktivitäten in Sassnitz weiter.

Selbst kurz nach Kriegsende wurde bereits über eine nahtlose Weiterführung des Kreideheilbades gesprochen, um das Potenzial, welches mit den hinterpommerschen Heilbädern, z.B. Moorbad Bad Polzin, verloren gegangen war, aufzufangen. Die Kreideanwendungen erfolgten nun unter dem Chefarzt des Sassnitzer Krankenhauses Dr. Friedrichkarl Wünn (1945-1963) mit einer eigenen Kreideschlammbäderabteilung und endeten erst mit dessen Ausscheiden aus dem Krankenhaus.

Welche nachhaltige Wirkung diese Jahrzehnte der Kreideanwendung auch bei den Rüganern haben sollte, zeigte sich nach dem politischen Umbruch 1989/1990: Auf Initiative von Gesine Skrzepski wurde 1995 eine Interessengemeinschaft zur „Wiederbelebung“ der Anwendungen der Heilkreide begründet, 2000 gründete sich der Rügener Heilkreide Verein, der sich auch um die entsprechende Öffentlichkeitsarbeit müht. „Rügener Heilkreide“ kann man heute deutschlandweit über das Internet beziehen. Doch nichts geht über die Anwendungen auf der Ostseeinsel, denn die würzige Ostseeluft trägt ebenfalls zum Kurerfolg bei. Kreideanwendungen werden auf der ganzen Insel – wie zum Beispiel im Parkhotel Rügen – angeboten. Nur die Stadt Sassnitz hat das Potential als staatlich anerkanntes Kreideheilbad leider noch nicht erkannt.

● **Info** www.heilkreide.de

HEIMATTREFFEN

69. Tag der Stettiner in Lübeck

Die Heimattreffen sind stets der Höhepunkt der Heimatarbeit im Verlauf des Jahres

Am 5. August fand der traditionelle Tag der Stettiner in der Gaststätte „Bootshaus“ unweit des „Haus Stettin“ am Hüxterdamm statt. In Vertretung der Vorsitzenden Ursula Zander, die aus persönlichen Gründen verhindert war, begrüßte Heidemarie Stein die Stettiner und die Gäste – und zu aller Freude den in diesem Jahr neu gewählten Stadtpräsidenten der Hansestadt Lübeck, Henning Schumann, der das erste Mal bei den Stettinern zu Gast war. Als Gastgeschenk wurde ihm eine Flasche des beliebten Kräuterlikörs „Schit lot em“ der einst in Stettin, jetzt in der in Neustadt/Holstein ansässigen Firma Sellin & Kasten hergestellt wird, überreicht. Ein Besuch im „Haus Stettin“ soll folgen.

Horst Born, der Landesvorsitzende der Pommerschen Landsmannschaft von Schleswig-Holstein, betonte in seinem Grußwort die Bedeutung der Mitarbeit in den Gruppen der Landsmannschaft. Der Festredner, Pastor Dr. Dr. Kuhlmann, konnte wegen Erkrankung nicht teilnehmen. Stattdessen berichtete der 93-jährige Zeitzeuge Karl-Heinz Engelmann über seine Kinder- und Jugendzeit in Stettin. Das sind stets aufmerksam verfolgte Berichte, sowohl für diejenigen, die diese Zeit auch erlebt haben, aber ganz besonders für die Nachkommen.

Nach dem gemeinsamen Matjesessen fand die Vereinsversammlung statt. Die üblichen Regularien wurden durchgeführt, dann standen Neuwahlen für die Amtsperiode 2024- 2025 an. Die bewährte Mannschaft mit der Vorsitzenden Ursula Zander wurde wiedergewählt, das sind: Uwe Burmester, Wolfgang Dahle, Eberhard Gaese, Max Manke und Heidemarie Stein. Den Aktiven ein glückliches Händchen bei der Bewältigung der vielfältigen Aufgaben um die Heimatstadt Stettin.

FOTO: PRIVAT

Kranzniederlegung am Haus Stettin: Eberhard Gaese sprach Worte des Gedenkens an der Kirchenglocke

Druckfrisch vorgelegt werden konnte der Stettiner Bürgerbrief, der viele heimatbezogene Informationen, aber auch aktuelle Informationen enthält und dem eine CD beigefügt ist für die, die lieber am PC lesen möchten.

Anlässlich so eines Treffens darf der Bericht des Vorsitzenden des Fördervereins „Haus Stettin“ nicht fehlen. Das denkmalgeschützte Gebäude beherbergt das Archiv und das Museum der Stettiner. Das Museum versteht sich nicht nur als Erinnerungsstätte, sondern auch als Bindeglied und Treffpunkt für Stettin-Interessierte. *H. Stein*

● **Info** www.heimatkreis-stettin.de

● MELDUNGEN

Eisbrecher, Hochzeit und Brunnenfest

Hamburg – Am 3. September wird das 90-jährige Jubiläum des Dampf-Eisbrechers Stettin, der im Musumshafen in Hamburg-Oevelgönne liegt, begangen. Von 11:00 bis 19:00 Uhr finden Führungen über das gesamte Schiff statt. Aktionen für Kinder und Junggebliebene, Lesungen, Postkarten mit Sonderpoststempel, in alten Seekarten stöbern und kaufen, Spezialitäten und Souvenirs, Kunst und Live-Musik. Eine Sonder-Jubiläumsfahrt wird am 10. September erfolgen. Gebaut von den Stettiner Oderwerken wurde die STETTIN am 16. November 1933 als bis dahin größter Eisbrecher unter deutscher Flagge in Dienst gestellt. Info: www.dampf-eisbrecher-stettin.de *BS*

Stettin – Der zweigleisige Ausbau der Bahnstrecke zwischen Angermünde und Stettin verzögert sich laut Angaben der Deutschen Bahn um 1 Jahr und wird damit erst 2026 abgeschlossen sein. Ursächlich für den verzögerten Abschluss der Arbeiten sei u.a. fehlendes Personal bei den Planungs- und Ausführungsfirmen. *TS*

Putbus – Am Sonntag, den 13. August, hat das älteste deutsche Hochadelsgeschlecht der Wittelsbacher auf Rügen Hochzeit gefeiert: Corbinian Prinz von Bayern und die Insulanerin Magdalena von Kessel gaben sich in der Putbusser Schlosskirche das Ja-Wort. Die Familie der Braut führt auf Rügen die „Pommernkate“ in Rambin. *TS*

Swinemünde – Wie am Donnerstag, den 17. August bekannt wurde, haben Taucher den Kopf eines G7-Torpedos im Bereich des ehemaligen Werftgeländes von Swinemünde geborgen. Der G7 galt im Zweiten Weltkrieg als wichtigster Torpedotyp der Kriegsmarine. Es war der 2. Einsatz dieser Art im August 2023. *TS*

Kenz – Am Sonnabend, den 2. September, wird ab 14 Uhr in dem ehemaligen Wallfahrtsort Kenz zum alljährlichen Brunnenfest eingeladen. Die Erlöse aus Essen und Trinken werden zum Erhalt des Brunnenhauses eingesetzt. Die Wallfahrtskirche, in der der pommersche Herzog Barnim VI. ruht, wird an dem Tag geöffnet sein. *TS*

Köslin und Belgard – In der letzten Woche fegte auch über Hinterpommern ein gewaltiger Sturm hinweg. Überschwemmte Straßen, geflutete Keller und umgestürzte Bäume prägten das Bild. Örtlich gab es nicht nur Starkregen, sondern sogar Hagelschauer. Die Feuerwehr befand sich dadurch im Dauereinsatz. *TS*

Grimmen – Die pommersche Vielseitigkeitsreiterin Malin Hansen-Hotopp debütierte mit der deutschen Mannschaft bei den Europameisterschaften in Frankreich und gewann die Silbermedaille. Die Reiterin aus Gransebieth an der Trebel sagte nach dem Wettkampf, sie sei trotz kleiner Fehler glücklich. *TS*

Stolpmünde – Drama um russisches Segelschiff „Polina“: Die Yacht war von Pillau in Richtung Bornholm unterwegs, als ein Besatzungsmitglied Herzprobleme bekam. Zwar konnte dem Mann geholfen werden, aber nun liegt die „Polina“ fest. Wegen ungültiger Papiere sind weder Landgang noch Ausreise möglich. *TS*

„Besten Dank für Ihre Serie von Sommergesprächen“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„Mit der *PAZ* hat meine konservative Seele ein Zuhause gefunden. Vielen Dank an alle Mitarbeiter! Auch als Saarländer kann man sich vertrieben fühlen, nicht körperlich, aber mental“

Frank Naumann

Ausgabe Nr. 33/2023

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

SOZIALE HÄNGEMATTE?

ZU: DIE ILLUSION IST GEPLATZT (NR. 33)

Wird der Begriff der Erwerbsätigkeit allein genannt, so hat er wenig Aussagekraft und dient gern zur Kaschierung des eigentlichen Problems. Wenn ich zum Beispiel in dem Artikel lese, dass 54 Prozent der 2015 nach Deutschland gekommenen Asylsucher in irgendeiner Weise erwerbstätig sind, befasst sich der Bürger nicht mit der Frage, wie Erwerbstätigkeit definiert ist. Erwerbstätig im Sinne der Definition der ILO (Internationalen Arbeitsorganisation) ist jede Person im erwerbsfähigen Alter, die in einem einwöchigen Berichtszeitraum mindestens eine Stunde gegen Entgelt gearbeitet hat. Zu der Erwerbstätigengruppe zählen auch die abhängigen Arbeitnehmer in Voll- oder Teilzeit, die sozialversicherungspflichtig sind. Deswegen ist die reine Angabe der Erwerbstätigkeit ohne Angabe der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse ohne Aussagekraft. Die Regierung muss jetzt handeln. Ein deutscher Sozialstaat mit offenen Grenzen ist nicht mehr haltbar. Wir brauchen endlich strikte Einreisekontrollen und strikte Abschiebungen.

Dr. Hans-Dieter Seul, Berlin-Lichterfelde

MEHR SCHEIN ALS SEIN?

ZU: SAUDIS ROLLEN DEN WELTFUSSBALL AUF (NR. 33)

Der Fußball scheint in Saudi-Arabien zu einem Hype der politischen Kaste dort geworden zu sein, die ihn nun mittels der Verpflichtung von Topstars beim gemeinen Volk populär machen will, wofür Unsummen bezahlt werden. Diese Rechnung ging allerdings schon Anfang der 2000er Jahre in den USA nicht auf, als die US-Clubs vor dem Karriereende stehende Stars wie David Beckham verpflichteten. Es entstand zwar eine kurzzeitige Euphorie, und natürlich hat sich der Fußball dort als „Nischensportart“ etabliert, aber bis heute sind in den USA American Football, Eishockey und Basketball die dominierenden Sportarten. Ebenfalls blieb durch die Verpflichtung von „Old-Stars“ aus Europa eine Entwicklung des US-Fußballs aus. Bei den aktuellen Hammertransfers der Saudis ist selbiges abzusehen, da diese nicht darauf abzielen, den saudischen Fußball zu entwickeln, sondern kurzzeitige PR-Erfolge und TV-Verträge zu erreichen. Um den europäischen Fußball vor dem Ausverkauf an saudische Investoren zu schützen, bedürfte es innerhalb der UEFA strengerer Regularien nach Vorbild der 50+1-Regel. Letztlich liegt es beim Fan, ob dieser sich dieser Farce aussetzt oder stattdessen nicht lieber auch weiterhin seinem Stammverein die Treue hält.

Marcel Jacobs, Berlin

FREISPRUCH FÜR KEROSIN?

ZU: WOCHENRÜCKBLICK: WARUM KEROSIN PLÖTZLICH NICHT MEHR „KLIMASCHÄDLICH“ IST (NR. 33)

Gut, wir – das „gemeine Fuß- und Wählervolk“ – sollen mit der Fliegerei etwas kürzertreten. Wie das gehen soll, hat Frau Baerbock mit ihrem Zwischenstopp in Abu Dhabi eindrucksvoll vorgemacht. Etwas Gutes hatte diese Doppelpanne also, denn Frau Baerbock musste höchst persönlich erfahren, dass man Kerosin eigentlich nicht mehr als Klimakiller einzuordnen braucht. Die Versuchsreihe „Kerosin“ hat eindrucksvoll gezeigt, dass abgelassener Treibstoff aus einem Bundeswehrflieger wie durch Zauberhand umweltfreundlich werden kann. Diese „grünen Weltklimaretter“ werden nichts unversucht lassen, um uns allen zu beweisen, dass sie reine Fantasten sind und bleiben werden.

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

NICHTS GELERNT?

ZU: KUBANER DRÄNGEN NACH DEUTSCHLAND (NR. 32)

Das ist ein Thema, das ja nicht ganz neu ist. Aber weder die EU noch Deutschland sind hier aktiv geworden. Auf die EU ist ohnehin kein Verlass. Deutschland könnte aber sehr wohl etwas unternehmen, will jedoch wie in anderen Fällen auch hier lieber nicht handeln. Auch die Kubaner kommen letztlich nur nach Deutschland, weil sie hier eine Rundumversorgung ohne Gegenleistung erhalten. Wer in Deutschland arbeiten will und ein unbefristetes Arbeitsverhältnis nachweisen kann, der ist willkommen. Aber wir müssen sicherstellen, dass auch jedem arbeitsfähigen deutschen Bürger ein Arbeitsplatz zur Verfügung gestellt werden kann. Mit Serbien hat sich die EU ein Land dazu geholt, das nie einen Hehl daraus gemacht hat, dass es ein enger Freund Russlands ist. Daran ändert auch nichts, dass Serbien auch russische Flüchtlinge aufnimmt. Die Flugzeuge aus Kuba müssen auch nicht auf ihrem Flug nach Serbien in Frankfurt/Main zwischenlanden und auftanken (das kann zum Beispiel auch in Paris, Lissabon oder Madrid erfolgen) und damit den Kubanern ermöglichen, bereits im Flughafengebäude Asyl zu beantragen. Die unendliche Gastfreundschaft Deutschlands führt dazu, dass die „richtigen“ deutschen Bürger immer weiter ins Abseits gedrängt werden. Das Thema Kuba zeigt, dass die Verantwortlichen nichts dazugelernt haben.

Heinz Peter Kröske, Hameln

MEHRFACHSCHLACHT

ZU: DENKMAL FÜR DIE GEFALLENEN VON 1870/71 (NR. 32)

Der 14. August als Jahrestag der „Schlacht von Metz“ ist zwar richtig, aber trotzdem etwas irreführend. Der 14. August – Schlacht bei Colombey-Nouilly – war der Auftakt zu den drei Metzer Doppelschlachten. Es folgten die beiden sehr viel verlustreicheren am 16. August bei Vionville-Mars la Tour und am 18. August bei Gravelotte-St. Privat. Als Ergebnis war der Ring um Metz geschlossen und die französische Rheinarmee unter Marschall Bazaine in Metz eingeschlossen. Nach mehreren gescheiterten Ausbruchsversuchen, unter anderem die Schlacht bei Noisseville 31. August und 1. September, kapitulierte Metz am 27. Oktober. 4000 Offiziere und 173.000 Mann gingen in Gefangenschaft. Doch grundsätzlich sind die historischen Berichte, Biographien etc. in der *PAZ* immer wieder sehr interessant und lehrreich. Vielen Dank dafür!

Norbert Haack, Duderstadt

DIREKTE DEMOKRATIE

ZU: SOMMERGESPRÄCH (NR. 32)

Aus der Schweiz vorab besten Dank für Ihre Serie von Sommergesprächen in der *PAZ*! In der Ausgabe 32 aber schüttet Michael F. Feldkamp das Kind mit dem Bade aus. Er behauptet: „Das grundsätzliche Problem ist, dass Volksabstimmungen die parlamentarische Demokratie gefährden.“ Das ist – gelinde gesagt – Unsinn. Hier zeigt sich sein Demokratieverständnis, dass vom Zusammenspiel von Parlament und (stimmberechtigter) Bevölkerung keine Ahnung hat oder absichtlich Nebelpetarden zünden will. In der Schweiz funktioniert dieses Zusammenspiel seit 1848 einwandfrei. Auch wenn in der Schweiz viele Volksinitiativen und Referenden zustande kommen, so erhalten in den meisten Fällen die Regierung (Bundesrat) und das Parlament (Eidgenössische Räte, bestehend aus den gleichberechtigten Kammern Nationalrat und Ständerat) hohe Zustimmung. Empfehlenswert hierzu ist das aktuelle Buch von Gertrude Lübbe-Wolf mit dem Titel „Demophobie. Muss man die direkte Demokratie fürchten?“ (Klostermann 2023). Die Verfasserin schreibt darin unter anderem: „Direktdemokratische Entscheidungsmöglichkeiten bieten ein Korrektiv für eine spezifische Schwäche repräsentativdemokratischer Politik: ihre Kurzfristorientierung. Gewählte Politiker wollen wiedergewählt werden. Daraus folgt eine Fokussierung auf den nächsten Wahltermin.“ Dem ist angesichts der aktuellen Politik in Deutschland – ein Blick in die übrigen Seiten dieser Ausgabe der *PAZ* genügt – nichts hinzufügen.

Daniel Reuter, Vizepräsident Schweizerische Gesellschaft für Parlamentsfragen (SGP)

ANZEIGE

Preußische Allgemeine
Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name:
Vorname:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Telefon:

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter **www.paz.de**

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN:
Bank:
Datum, Unterschrift:

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-R

Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

MUSIK I

Die erste Geige der Nation

Sie war Karajans Wunderkind und hat mit nunmehr 60 Jahren alles erreicht, was eine Geigerin erreichen kann: Anne-Sophie Mutter

VON ANDREAS GUBALLA

Stargast beim Schleswig-Holstein-Musikfestival: Die Geigerin Anne-Sophie Mutter *Foto: The Japan Art Association*

Ein Leben ohne Musik ist ein Leben im Irrtum“ – von dieser Geisteshaltung, welche die Violinistin Anne-Sophie Mutter mit Worten wie mit Taten für sich beansprucht, ist ihr ganzes Leben geprägt. Seit nunmehr 46 Jahren konzertiert die Virtuosin weltweit in allen bedeutenden Musikzentren und prägt die Klassikszene als Solistin, Mentorin und Visionärin. In diesem Jahr feierte der deutsche Weltstar seinen 60. Geburtstag.

Nach Erfolgen beim Wettbewerb „Jugend musiziert“ vom Dirigenten Herbert von Karajan gefördert und 1977, mit 13 Jahren, erstmals von ihm bei den Salzburger Festspielen präsentiert, galt Mutter schon früh als das größte deutsche Klassiktalent überhaupt. Die am 29. Juni 1963 als Tochter eines Badener Zeitungsverlegers geborene Geigerin eroberte sich mit CD-Aufnahmen unter Karajan schnell eine Spitzenposition auf dem internationalen Tonträger- und Konzertmarkt. Ausgeruht hat sich die Künstlerin auf diesem Thron jedoch nie. Immer wieder machte sie sich unter dem Slogan „Mutter modern“ mit großem persönlichen Aufwand für die zeitgenössische Musik stark, regte eigens für sie geschriebene Violinkonzerte an. Von ihrem zweiten Mann, dem Dirigenten und Komponisten André Previn, bekam sie sogar ein Violinkonzert als Verlobungsgeschenk.

Neben Previn komponierten für Anne-Sophie Mutter große Avantgarde-Komponisten wie Wolfgang Rihm, Krzystof Penderecki und Witold Lutosławski. Einige der von ihr uraufgeführten Violinkonzerte sind schon jetzt Repertoirestücke – was ihr den Ernst-von-Siemens-Musikpreis einbrachte, vielleicht die bedeutendste ihrer vielen Auszeichnungen. Ihr Horizont ist weit. Neben der Avantgarde liebt sie die Filmmusik. Auch John Williams komponierte für sie. 2019 erschien das Projekt „Across the Stars“, eine breit gefächerte Auswahl von Williams’ berühmten Filmthemen, die höchstpersönlich vom Komponisten neu für die Violinistin arrangiert und dirigiert wurden. Für den Soundtrack des neuen „Indiana Jones“ hat Mutter sogar ein Stück eingespielt.

Was Anne-Sophie Mutter von anderen Geigenvirtuosen unterscheidet, ist nicht nur ihre technische Brillanz, sondern auch ihre Fähigkeit, tiefe Emotionen und subtile Nuancen in ihre Interpretationen einzubringen. Ihre Spielweise ist geprägt von einer harmonischen Verbindung von technischer Virtuosität und emotionaler Intensität, welche die Zuhörer in ihren Bann zieht und ihnen eine neue Perspektive auf vertraute Werke ermöglicht.

So titelte die „New York Times“ anlässlich ihres jüngsten Geburtstags: „Manch ein Violinist hat den Klang, die Technik, das Verständnis. Doch nur Frau Mutter hat all das zusammen und obendrein diese ‚Verve‘, die alles erfasst, was sie spielt.“ Im Laufe ihrer Karriere hat Mutter zahlreiche Preise und Auszeichnungen für ihre Leistungen erhalten, darunter vier Mal den Grammy Award sowie das Bundesverdienstkreuz I. Klasse und zwei Ehrendoktortitel. Zudem wählte sie der Stiftungsrat der Deutschen Krebshilfe 2021 zur neuen Präsidentin der gemeinnützigen Organisation.

Neben ihrer aktiven Konzerttätigkeit engagiert sich Anne-Sophie Mutter stark für die Förderung musikalischer Talente. Gerade für junge Instrumentalisten, die sie in ihrer Stiftung intensiv fördert, ist Mutter Vorbild und Inspiration zugleich. So startete sie 2011 das Projekt „Mutter’s Virtuosi“: ein Elite-Ensemble aus aktuellen und ehemaligen Stipendiaten. Mit ihnen geht sie regelmäßig auf Tournee und demonstriert damit ihr Engagement für junge Musiker. „Ich sehe meine Musiker als Botschafter des guten Willens. Für die Kreativität des Menschen.“ Private Details gibt Anne-Sophie Mutter sehr ungern preis. Als Tochter eines Verlegers und Schwester eines Journalisten lernte sie schnell, wie man mit Medien umgeht: „Ich habe früh gelernt, das, was geschrieben wird, in realistische Relation zum privaten Leben zu setzen.“ Frühe Begegnungen mit der Boulevardpresse haben sie vorsichtig werden lassen.

Einen persönlichen Einblick in ihr Leben bietet die anlässlich ihres runden Geburtstags erschienene Dokumentation „Vivace“ der Filmemacherin Sigrid Faltin. Um die Stargeigerin kennenzulernen, begab sich Faltin mit Mutter auf über 1000 Höhenmeter zu einer Wanderung am Wilden Kaiser in Österreich.

Faltin wählte den Ansatz, die Künstlerin in ungewöhnliche Gesprächssituationen zu versetzen, um über den Dialog einen Zugang zu ermöglichen. Befragt, wen sie sich als Gesprächspartner wünscht, nannte Mutter spontan: den Tennisstar Roger Federer, den New Yorker Magier Steve Cohen, ihre Musikerfreunde Daniel Barenboim, den Filmkomponisten John Williams, Jörg Widmann und ihren langjährigen Pianisten Lambert Orkis, „musikalisch my best buddy“.

Und nun eine Reise nach Afrika

Im Austausch mit diesen Wegbegleitern erzählt sie, warum sie sich mit Hochleistungssportlern identifiziert, wie sie zu ihren Konzert-Roben gekommen ist, und warum sie bedauert, mit dem Klavierspielen aufgehört zu haben. Sie spricht ausführlich über ihr Leben als alleinerziehende Musikerin und zweifache Witwe – ihr erster Mann Detlef Wunderlich starb 1995 im Alter von 60 Jahren an Lungenkrebs, ihr zweiter Mann, mit dem sie bis 2006 verheiratet war, ist vor vier Jahren verstorben. Ergänzt durch Archivmaterial aus fünf Jahrzehnten ist so ein ungewöhnlicher Film entstanden, der Anne-Sophie Mutter nicht nur als eine der größten Musikerinnen unserer Zeit, sondern auch als sportliche, politisch und sozial engagierte Frau zeigt. Die Dokumentation läuft in ausgewählten Kinos und ist aktuell noch in der ARD-Mediathek zu sehen.

Über ihren Abschied hat Anne-Sophie Mutter schon vor vielen Jahren öffentlich nachgedacht. Die Reaktionen waren ziemlich überzogen. „Ich wünschte, ich hätte nie eine Andeutung in diese Richtung gemacht. Sicher werde ich nicht bis zum letzten Atemzug auftreten, sondern werde einfach eines Tages aufhören. Abschiedstourneen finde ich überflüssig.“ Zu ihrem 60. Geburtstag erfüllte sich Anne-Sophie Mutter übrigens einen Kindheitstraum: eine Reise nach Afrika.

MUSIK II

„Musik bestimmt mein Leben“

Stargeiger Daniel Hope ist Porträtkünstler des Schleswig-Holstein-Musikfestivals

Er ist im besten Sinne des Wortes ein Tausendsassa: Daniel Hope spielt nicht nur herausragend Geige, er hat auch Bücher veröffentlicht, moderiert Fernsehshows und ist Leiter des Zürcher Kammerorchesters. In diesem Jahr kam eine weitere Aufgabe dazu: Der kosmopolitische Geiger mit irisch-deutsch-südafrikanischen Wurzeln, der in diesem Jahr seinen 50. Geburtstag feiert, ist Porträtkünstler des Schleswig-Holstein Musik Festivals (SHMF).

Aus diesem Anlass finden unter dem Motto „Hope 50“ noch bis zum Ende des Jahres fünfzig sogenannte „Ereignisse“ statt. Die Idee dazu ist spontan entstanden: „Ich kuratiere seit mehreren Jahren im Rahmen des Festivals mein eigenes kleines Lübeck-Musikfest mit rund zwölf Konzerten ... Aus einer Rotweinlaune im Gespräch mit dem SHMF-Intendanten Christian Kuhnt heraus ist dann nach einem Konzert die Idee entstanden, meinen 50. Geburtstag mit 50 Veranstaltungen zu feiern“, so der Geiger, der bereits 1987 zum ersten Mal beim SHMF aufgetreten ist. „Die Atmosphäre beim ‚Musikfest auf dem Lande‘ war einmalig, unvergesslich. Daher kehre ich immer wieder gern zum SHMF zurück.“

Gerade 50 Jahre alt geworden: Der Geiger Daniel Hope gestaltete aus diesem Anlass 50 Veranstaltungen beim SHMF *Foto: Felix König*

Daniel Hope wird 1973 in Südafrika geboren. Seine Mutter ist Tochter deutscher Exilanten mit jüdischen Wurzeln, die vor dem NS-Regime in letzter Minute flüchten und in Südafrika eine neue Heimat finden. Der Zweig seines Vaters ist irischer Abstammung. Sein Vater ist ein kritischer intellektueller Verleger, der auch schwarze Autoren veröffentlicht und letztlich mit seiner Familie vor den politischen Repressalien aus Südafrika nach England emigrieren muss. Als Daniel Hope im Alter von nur vier Jahren in London auf den weltberühmten Geiger Yehudi Menuhin trifft, ist sein weiterer Lebensweg vorherbestimmt: Er möchte Geiger werden. Menuhin wird zu seinem Mentor, mit dem er viele gemeinsame Konzerte gibt. Der Durchbruch gelingt Hope im Jahr 2000, als er auf dem Münchner Marienplatz für Nigel Kennedy einspringt und 20.000 Zuschauer ihn bejubeln. Heute umfasst seine Diskografie mehr als 30 Alben, die mit den bedeutendsten Klassikpreisen ausgezeichnet wurden.

Was Hope von vielen anderen Geigenvirtuosen abhebt, ist sein Mut und seine Bereitschaft, über musikalische Grenzen hinwegzugehen. Sein Repertoire erstreckt sich von den klassischen Meistern wie Bach, Beethoven und Brahms bis hin zu zeitgenössischen Werken und Pop-Musik-Kollaborationen. Er selbst nennt sich „Musikaktivist“. Neben Plattenaufnahmen und ausgedehnten Konzertreisen leitet er Festivals, beispielsweise in den USA, engagiert sich für vergessene Komponisten und Crossover-Projekte. Der Blick über den Tellerrand der Klassik sei ihm „sehr wichtig, weil ich aus jeder Form von Musik neue Energie und neue Impulse ziehe. Egal, ob es ein Projekt mit Sting ist oder die vergessene Musik, die im KZ Theresienstadt entstand. Seit ich in meinem vierten Lebensjahr mit Musik infiziert wurde, bestimmt sie mein Leben.“

Seine Fähigkeit, Tradition und Moderne zu vereinen, hat Daniel Hope zu einem einflussreichen und inspirierenden Musiker gemacht. Mit seinem einzigartigen Talent, seiner dynamischen Bühnenpräsenz und seiner Hingabe zur musikalischen Vielfalt hat er sich als einer der führenden Geigenvirtuosen unserer Zeit etabliert. *Gub*

Karten für die Konzerte im Rahmen des SHMF gibt es unter www.shmf.de
Weitere Konzerttermine: https://www.deutschegrammophon.com/de/kuenstler/danielhope/live-termine

FÜR SIE GELESEN

Kein Thema für Ebert

Begriffe wie „Klimaleugner“ oder „Verschwörungstheoretiker“ sind argumentative Bankrotterklärungen. Eine solche gibt auch der Diplom-Physiker und Kabarettist Vince Ebert in seinem Buch „Lichtblick statt Blackout“ ab. Dieses soll zwar erklärtermaßen dem Zweck dienen, die vielen Dogmen und Mythen der Klimaforscher beziehungsweise -schützer kritischer als derzeit meist üblich zu hinterfragen und anschließend neue Anregungen für ein effektiveres „Weltverbessern“ zu geben.

Allerdings ist Ebert gleichzeitig peinlichst darum bemüht, den „Leugnern des menschgemachten Klimawandels“ ja keine Argumente zu liefern, die diese dazu benutzen könnten, ihre „unwissenschaftlichen Thesen“ und „damit ihre Ideologie zu rechtfertigen“. Ein solcher Spagat kann nicht gelingen – auch wenn Eberts Ausführungen sehr leicht verdaulich und humoristisch daherkommen.

Das Aufdecken von „Denkfallen und Irrationalitäten“ rund um das Thema Klimaschutz und die Präsentation von pragmatischen Lösungen und Alternativen, deren Realisierung eher Bildung statt Einbildung erfordert, setzt nämlich eines zwingend voraus: Die Loslösung von dem Grunddogma, dass sich die Wissenschaft weitestgehend einig sei, was den Klimawandel und dessen Ursachen und Folgen betreffe. Aber genau das ist kein Thema für Ebert. *Wolfgang Kaufmann*

Vince Ebert: „Lichtblick statt Blackout. Warum wir beim Weltverbessern neu denken müssen“, dtv Verlagsgesellschaft, München 2022, broschiert, 216 Seiten, 15 Euro

Thema Trauer im Roman

Die Londonerin Natalie lebt antriebslos vor sich hin, seit ihr Mann vor zwei Jahren gestorben ist. Nichts ist mehr wichtig für sie. Selbst ihre Musik hat die Pianistin aufgegeben. Ihre Freundinnen versuchen, sie wieder an den Mann zu bringen. Eines Tages liegen Notenblätter bei dem Klavier am Bahnhof, die Natalie zum Spielen bringen, denn es sind genau ihre Lieblingslieder oder die ihres Liebsten. Wer hat sie dort hingelegt? Natalie schöpft wieder Hoffnung, denn diese Noten haben ihre tiefen Gefühle für ihren verstorbenen Mann wieder aufflammen lassen.

Lia Louis’ Roman „Unser Lied für immer“ ist frisch und locker geschrieben. Man kann ihn gut in einem Rutsch durchlesen. Die Gefühle von Natalie können diejenigen gut nachempfinden, die ebenfalls einen lieben Menschen verloren haben und die oft bei anderen Menschen auf Unverständnis stoßen, die sich die Dauer der Trauer nicht vorstellen können.

Louis hat bereits zwei Romane geschrieben, die Bestseller wurden.

A. Selke

Lia Louis: „Unser Lied für immer“, Penguin Verlag, München 2023, Taschenbuch, 448 Seiten, 14 Euro

REISEFÜHRER DER WOCHE

FOTO: SHUTTERSTOCK

Paradiesisches Baltikum

Quirlige Metropolen, unberührte Landschaften und Wolken am weiten Himmel – Litauen, Lettland und Estland haben für Kultur- und Naturliebhaber einiges zu bieten

Die Kurische Nehrung und das Memelland mit seinen herrlichen Flusslandschaften und Städten sind den Lesern der *PAZ* bestens bekannt. Im neu erschienenen „Bildatlas Baltikum“ ist dieser Region Ostpreußens ein eigenes Kapitel gewidmet. Leider werden überwiegend nur die litauischen Namen verwendet. Nichtsdestotrotz hält der Reiseführer neben zahlreichen Fotos auch Kartenausschnitte der beschriebenen Regionen sowie Tipps zu Sehenswürdigkeiten und Übernachtungsmöglichkeiten bereit. Ergänzungen zur Geschichte und zu den Traditionen runden das Bild ab.

Neben altehrwürdigen Städten wie Riga, Wilna oder Reval laden Naturlandschaften wie Ostlettland, der Soomaa Nationalpark oder Ostestland zu Ausflügen in die Natur ein. Zahlreiche Museen, aber auch Vogelwarten, Leuchttürme und ungewöhnliche Aussichtstürme und -punkte warten darauf, besucht zu werden.

Manuela Rosenthal-Kappi

DuMont Bildatlas „Baltikum“, DuMont Reiseverlag, Ostfildern 2023, broschiert, 122 Seiten, 11,95 Euro

BIOGRAPHIE

„Liebe Mammi, lieber Papi“

Briefe des Buchautors und Journalisten Jörg Fauser an seine Eltern veröffentlicht

VON ANSGAR LANGE

Wie es sich für Rockstars gehört, starb auch er zu früh“, schreibt die Autorin Ronja von Rönne in ihrem Nachwort zu dem Buch „Man hängt halt so an dem, was man hat“, das die Briefe des Schriftstellers Jörg Fauser an seine Eltern enthält. Was wollte der „deutsche Charles Bukowski“ in der Nacht nach seinem 43. Geburtstag auf der Autobahn A94 bei München, als er volltrunken von einem Lastkraftwagen überrollt wurde? War es Selbstmord? Dies deuten Matthias Penzel und Ambros Waibel in ihrer Fauser-Biographie „Rebell im Cola-Hinterland“ an, in dem sie einen Satz aus der Feder von Gottfried Benn zitieren: „Die meisten Selbstmorde sind Spontanhandlungen, oft unter Alkoholeinwirkung, selten vorher bedacht.“ Fauser, am 16. Juli 1944 im Taunus geboren, war bekannt für seine regelmäßigen Zechgelage mit einer Vorliebe für Bier und Apfelwein.

Legenden um den frühen Tod

Wer früh und unter ungeklärten Umständen stirbt, um dessen Tod ranken sich Legenden. Bleiben wir bei den Fakten. Der Ex-Junkie konnte schreiben wie kaum ein anderer deutscher Autor – zupackend, witzig, schnell, mit einem illusionslosen Blick auf die Wirklichkeit, geschult an amerikanischen Größen wie William S. Burroughs, Charles Bukowski, Raymond Chandler und Dashiell Hammett.

Bücher wie „Marlon Brando – der versilberte Rebell“, „Der Schneemann“ (verfilmt mit Marius Müller-Westernhagen), „Rohstoff“ oder „Das Schlangenmaul“ werden bleiben. Seine Werke sind allesamt im Berliner Alexander Verlag und bei Diogenes erhältlich. Anders als die „sozialliberalen Kleinbürger“ (Martin Compart) unter den deutschen Autoren, die Fauser verachtete, kannte er das Leben. Nach seinem Abitur folgten verschiedene Auslandsaufenthalte (er lebte 1967/68 ein Jahr im Istanbuler Drogenviertel Tophane) und Tätigkeiten als Angestellter und Arbeiter (wie sein Vorbild Bukowski, der zum Beispiel bei der Post jobbte).

Fauser war nicht nur Buchautor, sondern auch Journalist. Er schrieb für Männermagazine wie „Lui“, interviewte Bukowski für den „Playboy“, schrieb für linksalternative Stadtteilzeitschriften und Hochglanzmagazine wie „Transatlantik“.

Im Jahr 1986 lieferte er diese kurze Selbstbeschreibung: „Keine Stipendien, keine Preise, keine Gelder der öffentlichen Hand, keine Jurys, keine Gremien, kein Mitglied eines Berufsverbands, keine Akademie, keine Clique; verheiratet, aber sonst unabhängig.“ Fauser, der einen „amerikanischen“ Ton in die deutsche Literatur brachte, passte nicht ins hiesige Kulturestablishment, nach den Worten seines Freundes Compart eine „Vollidiotenbranche voller Gestalten, die mit einer Halbautomatik russisches Roulette spielen würden“.

In dem vorliegenden Band lernen wir den „harten Hund“, der mit dem Schriftstellerkollegen Wolf Wondratschek ab 1979 in einem kleinen Boxkeller in München-Schwabing trainierte, von einer anderen, sensiblen, zugewandten Seite kennen. Fauser schreibt hier als liebevoller, oft von Geldnöten geplagter Sohn an seine Eltern, den Bildenden Künstler Arthur Fauser und die Schauspielerin Maria Razum. Die Antwortbriefe und -karten der Eltern sind leider nicht erhalten. „Lieber Papi“ beginnt der erste abgedruckte Brief am 23. Mai 1958. „Liebe Mammi“, so die Anrede des letzten Schreibens vom 5. Juli 1987. Zwölf Tage später wurde Fauser von dem Lkw erfasst.

Fausers sensible Seite

In seinem Vorwort schreibt der Herausgeber Peter Graf, im Elternhaus Fausers habe „es viel Geist und wenig Geld“ gegeben. Dies zieht sich wie ein roter Faden durch die Postkarten und Briefe Fausers. Man merkt, dass ihm der schriftliche Kontakt wichtig ist. Der aufstrebende Autor berichtet von seinen persönlichen Lebensumständen, seine Affinität zu Alkohol und Drogen, aber vor allem auch immer und sehr ernsthaft über seine vielfältigen literarischen und journalistischen Arbeiten.

Fauser hat verschiedene politische Wendungen durchlaufen. Er sympathisierte mit der terroristischen Rote Armee Fraktion und mit den Black Panthers, er bekam den Frankfurter Häuserkampf Anfang der 70er Jahre direkt mit, doch eigentlich mied er die politische Praxis. In der Nachrüstungsdebatte stand er auf Seiten der Regierung Schmidt gegen die Friedensbewegung.

In seinem autobiographischen Roman „Rohstoff“ beschreibt Fauser den Drogenrausch am Bosporus, als Anarchist in den Kommunen von Berlin und als Hausbesetzer in seiner Heimat Frankfurt am Main. Dies mag auf den ersten Blick nicht unbedingt der Stoff sein, der Konservative in Ekstase versetzt. Großen Spaß macht aber, wie der Nonkonformist Fauser gegen alles Spießige, Bornierte und Verengte der deutschen Linken anschreibt. Dieser Ton findet sich auch in seinen Briefen.

Rührend, wie Fauser immer wieder die besorgten Eltern beruhigen will: „Ihr braucht Euch nicht zu sorgen: ich lebe sehr arm, aber sauber, gesundend, mich entfaltend, manchmal glücklich.“ Was hätte Fauser noch alles schreiben können, wenn er nicht mit Anfang 40 aus dem Leben gerissen worden wäre? Dieses Wissen um den frühen Tod – vor dem Tod der Eltern – macht dieses Buch auch so traurig.

Jörg Fauser: „Man hängt halt so an dem, was man hat. Briefe an die Eltern“, Diogenes Verlag, Zürich 2023, gebunden, 463 Seiten, 25 Euro

BIRGER FORELL

Mit seelsorgerischer Kraft eines starken Glaubens

Im Einsatz für deutsche Kriegsgefangene und Vertriebene nach 1945: Zum 130. Geburtstag des schwedischen Pfarrers

VON MARGUND HINZ

Kriegsgefangenenlager Norton Camp 1945: Auf Initiative von Birger Forell wurde für die deutschen Internierten eine Theologenschule eingerichtet *Foto: akg images*

Seelsorge und nochmals Seelsorge ist das, wonach die seelisch Heimatlosen rufen.“ Mit diesen Worten fasst Birger Forell seine Eindrücke zusammen, die er bei Besuchen mehrerer Lager deutscher Kriegsgefangener 1945 in England gewann.

Durch seine Studienzeit 1919-1920 bei dem Religionswissenschaftler Rudolf Otto in Marburg und seiner Tätigkeit als Gesandtschaftspfarrer der schwedischen Victoriagemeinde ab 1929 in Berlin fühlt sich Forell zeit seines Lebens Deutschland eng verbunden. Nach dem unermüdlichen Einsatz für Verfolgte im Berlin der NS-Zeit, seiner Rückberufung nach Schweden 1942 und dem Antritt der Hauptpfarrstelle an der Carolikirche in der Stadt Borås, östlich von Göteborg, hatte er 1944 ohne Zögern die Leitung der geistlichen Betreuung der deutschen Kriegsgefangenen in England übernommen.

Bis 1948 wird Forell dafür von seiner Gemeinde in Borås fortgesetzt beurlaubt. Unentwegt reist er von Lager zu Lager und ist Seelsorger und Vertrauter in Notlagen. So spricht er in neun Sälen eines Krankenhauses jeweils zehn Minuten und wendet sich ganz persönlich den Verwundeten zu. Einem Zwanzigjährigen aus Köln hält er am Krankenbett eine halbe Stunde die Hand, nachdem dieser erfahren hatte, dass es keine Hoffnung mehr gebe, ihm das Augenlicht wiederzugeben.

Am 16. August 1945 wird im Norton Camp, einem Gefangenenlager in der Grafschaft Nottinghamshire, eine auf Initiative von Forell entstandene Theologenschule feierlich eröffnet. Forell selbst hält die Predigt über die Worte aus dem Johannesevangelium „Die Wahrheit macht euch frei!“. Gründungsidee war es, den während ihres Studiums einberufenen Theologiestudenten den Abschluss ihres Studiums zu ermöglichen und junge Pfarrer für Nachkriegsdeutschland heranzubilden, die nicht durch den Nationalsozialismus belastet waren. Für die Bibliothek der Schule stiftet Bischof George Bell von Chichester theologische Werke, und Professor Nathaniel Micklem, ein Freund Forells, stellt deutschsprachige Fachliteratur aus der Bibliothek des Mansfield College in Oxford bereit. Englische Privatleute senden Leihgaben. Hinzu kommen Bücherspenden aus Schweden, der Schweiz und den USA.

> Er trug „die Botschaft, der er sich in seinem Gewissen verpflichtet wusste, über alle Zerrissenheit der Zeit und die konfessionellen Gegensätze hinweg zu denen …, die der Hilfe bedurften “
>
> **Harald von Koenigswald**
> Deutscher Schriftsteller

Neben seiner Tätigkeit für die deutschen Kriegsgefangenen in England und deren Eingliederung bei der Heimkehr nach Deutschland initiiert Forell nach Kriegsende eine Reihe von Hilfen zur Linderung der Not der deutschen Zivilbevölkerung und unternimmt selbst immer wieder Vortrags- und Predigtreisen in Schweden zur Einwerbung von Spenden.

Hilfen für die deutsche Zivilbevölkerung

Mit seiner Gemeinde in Borås gründet er die „Christliche Nachkriegshilfe“. Sie hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Arbeit des deutschen Evangelischen Hilfswerks zu unterstützen. „So haben wir seit dem 1. Januar (1946) 7169 kg Kleider und Schuhe, sowie Einzelpakete mit 962 kg Lebensmittel nach Deutschland geschickt“, schreibt Forell im ersten Rechenschaftsbericht vom Mai 1946. Das Ziel, christliche Hilfe unabhängig vom „Strom politischer Absichten“ zu leisten, war inzwischen in einer ganz Schweden einbeziehenden Spendensammlung verwirklicht worden. Zahleiche Hilfslieferungen folgten.

Forells Wirken in der Notzeit der Nachkriegsjahre in Deutschland ist eng mit dem Namen Espelkamp verbunden. Die damalige Munitionsanstalt Espelkamp, im Raum Minden-Bielefeld gelegen, war im Krieg unzerstört geblieben. Bei einer Rundreise durch Deutschland kommt Forell erstmals im Dezember 1946 nach Espelkamp. In seiner Begeisterung für das mit Gleisanlagen, Fabrikationshallen und 160 Gebäuden bebaute Gelände entwirft er in der Folgezeit einen Plan zur Ansiedlung von 5000 Flüchtlingen und früheren Kriegsgefangenen, verbunden mit noch zu schaffenden Industriearbeitsplätzen vor Ort.

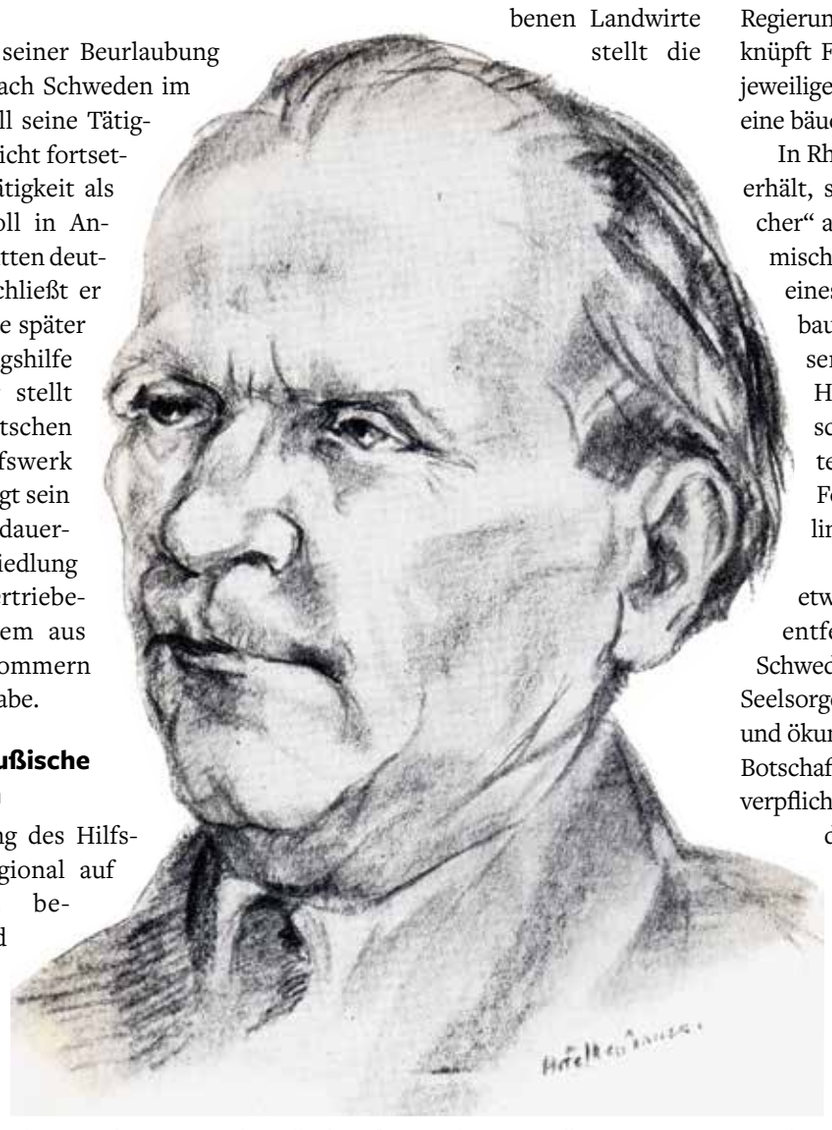
Während seiner Zwischenaufenthalte in Deutschland verhandelt Forell mit der britischen Militärregierung über die Freigabe Espelkamps, bemüht sich mit Vertretern des deutschen Evangelischen Hilfswerks, die vollständige Demontage der Gebäude und Sprengungen zu verhindern. Mit dem Hilfswerk stimmt er darin überein, für Notleidende Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. Auf Veranlassung Forells werden im August 1947 die ersten entlassenen deutschen Kriegsgefangenen aus England in Espelkamp angesiedelt. Dort liegt ihm ebenso die Förderung eines Kindererholungsheims als Sammelpunkt für Kindertransporte nach Schweden am Herzen. Es gelingt ihm, seine Gemeinde in Borås als Geldgeber für den Unterhalt des Hauses und für die Verpflegung der Kinder zu gewinnen.

Mit dem Ablauf seiner Beurlaubung und der Rückkehr nach Schweden im Jahr 1948 kann Forell seine Tätigkeit für Espelkamp nicht fortsetzen, da ihn seine Tätigkeit als Gemeindepfarrer voll in Anspruch nimmt. Auf Bitten deutscher Freunde entschließt er sich jedoch drei Jahre später erneut zur Flüchtlingshilfe in Deutschland. Er stellt sich dafür dem deutschen Evangelischen Hilfswerk zur Verfügung und legt sein Pfarramt in Borås dauerhaft nieder. Die Ansiedlung geflüchteter und vertriebener Bauern vor allem aus Ostpreußen und Pommern ist Forells neue Aufgabe.

Einsatz für ostpreußische Bauern in Holstein

Nach der Vorstellung des Hilfswerks sollte sie regional auf Schleswig-Holstein begrenzt sein. Dort sind von 2,6 Millionen Einwohnern fast eine Million Flüchtlinge. Die Bauern fanden in 800 weit verstreuten Flüchtlingslagern und Notunterkünften zwar ein karges Obdach, jedoch keine Arbeitsmöglichkeit. Dem Land fehlt es an Boden, um sie anzusiedeln. Lediglich knapp zehn Prozent der etwa 50.000 Flüchtlingsbauern, die in Schleswig-Holstein leben, konnten bislang angesiedelt werden.

Forell plant mit dem 400 Hektar großen Nebengut Wildenhorst in Kooperation mit Staat, Kirche und Siedlungsstellen sowie Flüchtlingsorganisationen und dem Ausland ein Modell für ähnliche Unternehmen zu schaffen. Als Hilfe für die vertriebenen Landwirte stellt die schwedische Seite 55.000 D-Mark und Sachspenden bereit. In seinem ersten Arbeitsbericht an Bischof Otto Dibelius kann Forell im September 1953 mitteilen, dass in Wildenhorst die Siedler auf ihren neuerbauten Höfen eingezogen sind und mit schwedischer Hilfe nun eine Kapelle gebaut wird.



Ein Gerechter: Der schwedische Pfarrer Birger Forell *Foto: privat*

Die von Forell gegründete Deutsch-Schwedische Flüchtlingshilfe erhält zu Beginn ihres Bestehens eine Spende von einer Million Kronen in Gestalt von 72 schwedischen Holzhäusern von der Stockholmer Regierung. Die Vergabe dieser Fertighäuser knüpft Forell an die Bedingung, dass die jeweilige Landesregierung den Boden für eine bäuerliche Siedlung beschafft.

In Rheinland-Pfalz, das 40 Holzhäuser erhält, stellt er befristet zwei „Landsucher“ an und geht selbst zu den einheimischen Bauern, um sie von der Abgabe eines Stücks Land an die Flüchtlingsbauern zu überzeugen. Niedersachsen erhält 25 und Hessen sieben Häuser. Etwa 80 Prozent der schwedischen Bauern unterstützten mit ihren Spenden die Arbeit Forells für die deutschen Flüchtlingsbauern.

Der am 27. September 1893 im etwa 350 Kilometer von Stockholm entfernten Söderhamn geborene Schwede wurde zu einem unermüdlichen Seelsorger, Vertrauten der Notleidenden und ökumenischen Wanderer. Er trug „die Botschaft, der er sich in seinem Gewissen verpflichtet wusste, über alle Zerrissenheit der Zeit und die konfessionellen Gegensätze hinweg zu denen […], die der Hilfe bedurften“, wie es Harald von Koenigswald in seiner wiederzuentdeckenden Biographie „Birger Forell. Leben und Wirken in den Jahren 1933–1958“ (Witten/Berlin 1962) eindrucksvoll dargestellt hat. Forell starb am 4. Juli 1958 in Borås.

AUFGESCHNAPPT

Fehler macht jeder mal, aber aus Fehlern sollte man lernen, heißt es. Ja, man sollte, man muss aber nicht, wie Gunnar Schupelius in der Berliner „B.Z." anhand des Berliner Flughafens BER aufdeckte. Dort waren zweimal Klimaextremisten aufs Rollfeld gelangt. Sie mussten bloß den Zaun aufschneiden, wofür lediglich der Einsatz eines handelsüblichen Bolzenschneiders nötig war. Schupelius wollte vom Flughafen wissen, ob man aus der Erfahrung gelernt, also die Absperrung verbessert habe und beispielsweise den Einbau eines Zauns plane, den man nicht durchschneiden kann. Das ist offenbar nicht der Fall. Ein Flughafensprecher habe ihm stattdessen geantwortet: „Der Flughafenzaun erfüllt alle nationalen und internationalen Anforderungen." Das unzulässige Eindringen der Klimakleber sei aber von allen zuständigen Stellen „analysiert" worden. Mit welchem Ergebnis, fragte Schupelius. Antwort: „Die Sicherheitsmaßnahmen am Flughafen BER erfüllen alle nationalen und internationalen Anforderungen (....)." *H.H.*

DER WOCHENRÜCKBLICK

Fiasko statt Wunder

Was Habeck von Erhard unterscheidet, und wo wir mit der Ampel nach 1948 gelandet wären

VON HANS HECKEL

Olaf Scholz scheint der einzige Mensch im Land zu sein, der sich die Laune nicht trüben lässt von den sich auftürmenden schlechten Nachrichten, die mittlerweile im Tagesrhythmus in allen Ecken und Sektoren des Landes aufpoppen. Auf die bemerkenswert schlichte Frage eines Bürgers beim „Tag der offenen Tür" im Bundeskanzleramt „Lieber Bundeskanzler Olaf Scholz: Warum tust du nix?" antwortete der Regierungschef selbstgewiss: „Ich mach' ja jeden Tag was!"

Dass er fleißig ist, der liebe Bundeskanzler, wollen wir ihm durchaus glauben. Nur erinnern seine Mühen mittlerweile an den Mann, der jeden Tag die Kieselsteine am Strand zählt oder im Herbst die Blätter wieder an die Bäume klebt. Das macht auch viel Arbeit, es kommt nur entweder rein gar nichts oder zumindest nichts Brauchbares dabei heraus.

Scholz' Ampel hat sich in einer Gründlichkeit und vor allem Geschwindigkeit festgefahren, wie es selbst die härtesten Kritiker dieser Koalition im Herbst 2021 nicht für möglich hielten. Warum ist es ausgeblieben, das „grüne Wirtschaftswunder", das man uns beim Bundestagswahlkampf vor zwei Jahren versprochen hat? Statt dynamisch durchzustarten, trudelt Deutschland in ein ökonomisches Desaster hinein.

Der Grund ist eigentlich gar nicht so schwer zu finden. Bei „Wirtschaftswunder" denkt man ja an Ludwig Erhard. Wenn man dessen Erfolg wiederholen wollte, sollte man sich allerdings auch an dessen Rezepte halten. Stattdessen hat die Ampel mit ihrem Wirtschaftsminister Habeck genau das Gegenteil getan – und daher auch das Gegenteil geerntet: Fiasko statt Wunder.

Erhard hob – ohne die Erlaubnis, ja sogar gegen den Willen der Besatzungsmächte – mit der Währungsreform 1948 auch alle Rationierungen auf und setzte den Markt frei. Das Resultat war ein marktwirtschaftlicher Urknall, der dafür sorgte, dass die entbehrungsreiche, harte Arbeit der Aufbaugenerationen Früchte trug, von denen die damaligen Zeitgenossen nicht zu träumen wagten. Die Mutter des Verfassers dieser Zeilen, 1948 knapp 20 Jahre alt, hat ihre Vision von damals so beschrieben: „Vielleicht werden unsere Kinder, wenn wir längst tot und die Kinder alt sind, mal wieder intakte Städte in Deutschland sehen." Tatsächlich ging es so weiter: Hamburg beispielsweise konnte schon 1953 die Beseitigung der letzten Trümmerfelder melden, und 1959 stieg die Bundesrepublik sogar zur zweitstärkste Wirtschaftsmacht der Welt auf.

Die Ampel dagegen denkt sich ständig neue Gebote und Verbote aus und versucht dabei, immer tiefer ins Regelwerk der Wirtschaft und des täglichen Lebens der Bürger hineinzuregieren. Alles soll bis ins Kleinste gesteuert werden, weshalb das Gesamtwerk binnen kürzester Zeit derart kompliziert geworden ist, dass es niemand mehr durchschaut: Deshalb passieren ständig Sachen, mit denen keiner gerechnet hat.

Da hat man den Strom so teuer gemacht, dass die Industrie abzustürzen oder abzuwandern droht. Also kommt Minister Habeck mit dem Vorschlag, den Industriestrom zu subventionieren. Bei „Hart aber Fair" beklagt sich nun eine Bäckerin, dass davon nur die Bäckerei-Großkonzerne profitieren würden, während die kleinen Betriebe, die ohnehin schon schwer zu kämpfen hätten, leer ausgingen. Was die tapfere Frau vergessen hat zu erwähnen: Sie würde mit ihren Steuergroschen die Stromsubventionen für die übermächtige Konkurrenz auch noch selbst bezahlen müssen.

Das Beispiel Cannabis zeigt alles

Das Beispiel steht für alles, was die grünrote Planwirtschaft ausmacht und anrichtet. Indes dämmern den Akteuren in der Regierung langsam die Grenzen der Finanzierbarkeit ihres ganzen Unsinns, weshalb sich Scholz auch gegen die Industriestrom-Subventionierung ausgesprochen hat. Der einfachste Weg wäre es laut einem Experten, bloß die Stromsteuer aufs EU-Minimum zu senken. Aber auf eine solche Idee kämen grünrote Planwirtschaftler nicht im Traum.

Wie es wohl 1948 weitergegangen wäre, wenn damals schon die Ampel die Weichen gestellt hätte? Um sich das vorstellen zu können, müssen wir uns nur angucken, wie es aussieht, wie diese Regierung etwas „freisetzt" wie Erhard damals die Preise. Wir reden von der Legalisierung von Cannabis. Dabei wollen wir die medizinischen Aspekte mal ganz außen vor lassen.

Was der zuständige Minister Lauterbach hier vorgelegt hat, ist ein bürokratischer Albtraum (siehe auch Seite 5). Wenn Sie verstehen, was denn nun wem und in welchem Umfang und im Rahmen welcher Einrichtungen und Strukturen erlaubt sein soll und was nicht, gehört Ihnen meine uneingeschränkte Bewunderung.

> Die Vorschriften von heute hätten den Wiederaufbau gewiss vereitelt. Und verhungert wären wir wohl auch

Heißt: Hätte die Ampel nach dem Zweiten Weltkrieg das Ruder übernommen, müssten die Hamburger und mit ihnen Millionen weitere Deutsche wohl heute noch Steine kloppen. Wenn sie das überhaupt dürften und die neueste Feinstaubverordnung die Trümmerbeseitigung nicht längst verboten hätte.

Und was hätte die Klopperei auch gebracht? Die Bauvorschriften von heute hätten den Wiederaufbau sowieso vereitelt, weshalb man die Steine gar nicht gebraucht hätte. Dass die Aufbaugeneration trotzdem gekloppt, gebaut und den Wohlstand geschaffen hat, den andere heute verjuxen, hat ihr am Ende nichts als das Etikett „Alte Umweltsau" eingetragen.

Wir wollen die Flinte aber nicht ins Korn werfen. Immerhin reden verantwortliche Politiker immerzu von „Bürokratieabbau". Daher dürfen wir doch hoffen, dass zumindest der Vorschriftendschungel, der sich immer dicker und schwerer auf das ganze Land legt und jede Entwicklung zu ersticken droht, bald gelichtet wird.

Selbst Markus Söder hat das Thema für sich entdeckt. Der CSU-Chef will bayerischer Ministerpräsident bleiben und hat daher versprochen, für Bürokratieabbau zu kämpfen. In der Theorie zumindest, also im Wahlkampf für die Landtagswahl am 8. Oktober.

Die Praxis sieht so aus: Im Mai, also mitten in der diesjährigen Bewirtschaftungssaison, schneite den bayerischen Bauern eine neue Verordnung zum Erosionsschutz auf den Tisch. Danach müssen auch Flächen, die hinsichtlich möglicher Bodenerosion bislang als völlig ungefährdet galten, durch neue Maßnahmen wie zusätzliche Grünstreifen geschützt werden. Wie in der Bürokratenhölle üblich, müssen die geplagten Landwirte jeden Arbeitsschritt sorgfältig dokumentieren, wie der „Merkur" aus München berichtet.

Auch will ihnen die Bürokratie künftig detailliert dreinreden, was sie in welcher Reihenfolge anbauen, wann sie pflügen und so weiter, als wenn Bauern das nicht selbst wüssten. Wir erweitern also unsere hypothetische Erwartung: Bei der heutigen Praxis wären wir 1948f. nicht nur obdachlos geblieben, sondern auch längst alle verhungert. Wenigstens die Schmerzen hätten wir mit einem schönen Joint, ganz legal, lindern können.

Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter **www.paz.de**

STIMMEN ZUR ZEIT

Der Bestsellerautor, Psychiater, Psychotherapeut und Theologe Manfred Lütz warnt in der „Welt" (17. August) vor den möglichen Folgen des moralischen Absolutheitsanspruchs der Klimaextremisten:

„Moralische Argumentationen können eine unerbittliche Logik entfalten, die die anfänglich gute Absicht in Horrorszenarien abgleiten lässt. Menschheitserlösungsideologien, die irgendein höchstes Ziel proklamierten, sei es die Klasse, die Rasse oder ein anderes Konstrukt, haben die Menschheit nie erlöst, sondern stets ins Verderben gestürzt."

Hugo Müller-Vogg erinnert FDP-Chef Lindner im „Focus" (17. August) an eine spöttische Aussage, die heute bittere Realität geworden zu sein scheint:

„Vor zwei Jahren, im Bundestagswahlkampf 2021, hatte Christian Linder alle Spekulationen über eine Ampel zurückgewiesen. Außer der Forderung nach Freigabe von Cannabis könne er in den Wahlprogrammen von SPD, Grünen und FDP keine Übereinstimmungen entdecken, spottete er damals. Das war ebenso weitsichtig wie zutreffend."

Während die wirtschaftlichen Probleme Überhand nähmen, beschäftigte sich die Ampel mit Kleinkram, moniert Jesko zu Dohna in der „Berliner Zeitung" (19. August) und sieht die Reise-Pleite von Außenministerin Baerbock als Zeichen für die Misere:

„Annalena Baerbock tat zwar so, als ob sie in Australien und Ozeanien wichtigen Regierungsgeschäften nachgehen würde, aber eigentlich wollte sie doch dort nur Urlaub machen. Und dabei nebenbei ein paar schöne PR-Bilder aus dem Paradies produzieren. Mit Baströckchen und Nasenkuss. Nicht einmal das hat geklappt. Womit wir wieder bei Thema ‚kranker Mann Europas' wären."

Dieter Schnaas wirft in der „Wirtschaftswoche" (20. August) einen bitteren Ausblick auf die zu erwartende Regierungspolitik bis zur kommenden Bundestagswahl 2025:

„Nein, auf diese Koalition können die Deutschen nicht mehr bauen ... der Rest, wir erleben es, ist ein unaufhaltsamer Zerfallsprozess, den auch keine öffentlichen Scheinschulterschlüsse, Kanzlermachtworte oder Mesebergklausuren mehr werden aufhalten können."

Ganz neue Töne lässt Ex-SPD-Chef Sigmar Gabriel gegenüber dem „RND" (17.August) zur illegalen Einwanderung verlauten:

„Wir müssen diese Leute dann allesamt in das Land zurückbringen, wo ihr Schiff gestartet ist."

WORT DER WOCHE

„Schrumpft die ökonomische Leistungskraft, schrumpft auch die Kraft zu ökologischer Erneuerung."

Werner Plumpe, Dozent für Wirtschafts- und Sozialgeschichte in Frankfurt am Main, nimmt die grüne Behauptung, „Verzicht" und „Minuswachstum" („Degrowth") seien ökologisch und klimafreundlich, in der „FAZ" vom 19. August auseinander